

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Manfred Funke

München 1938: Illusion des Friedens

Anselm Faust

Die „Reichskristallnacht“:  
Der Judenpogrom vom November 1938

Wolfgang Benz

Die deutschen Juden  
und der Nationalsozialismus 1933–1939

Kommentar und Replik

Zur Diskussion über den Widerstand  
in Österreich 1934–1945

B 43/88

21. Oktober 1988

**Manfred Funke, Dr. phil., geb. 1939; Studiendirektor am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.**

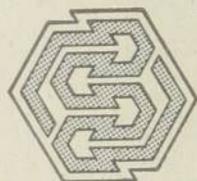
Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Karl Dietrich Bracher und Hans-Adolf Jacobsen) Nationalsozialistische Diktatur, Düsseldorf 1983, sowie Die Weimarer Republik, Düsseldorf 1987; (zus. mit Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz) Demokratie und Diktatur, Düsseldorf 1987.

**Faust, Anselm, Dr. phil., geb. 1943; Archivar am Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf.**

Veröffentlichungen u. a.: Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 1973; (Mitautor) Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, Bd. 3: 1914–1945, 1985; Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich, 1986; Die „Kristallnacht“ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, 1988<sup>2</sup>.

**Wolfgang Benz, Dr. phil., geb. 1941; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte.**

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Bundesrepublik Deutschland. Politik, Gesellschaft, Kultur, 3 Bde., 1983; Die Gründung der Bundesrepublik, 1984; Potsdam 1945, 1986; (Hrsg.) Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, 1988.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## München 1938: Illusion des Friedens

### Spuren der Hoffnung

Mit der Eröffnung des Nürnberger Parteitags der NSDAP am 5. September 1938 tritt die „Sudetenkrise“ in die entscheidende Phase. Deutsche Drohungen gegenüber Prag schaffen ein Stimmungsbild, das Frankreichs Botschafter François-Poncet beim Empfang des diplomatischen Corps in Nürnberg zur beschwörenden Grußadresse an Hitler drängt: „Der schönste Lorbeerzweig wird stets jener bleiben, der gepflückt wird, ohne daß er auch nur einer Mutter Tränen kostet.“

Unbeweglich hört Hitler zu. Unbeweglich steigert er in den Folgetagen weiter die Konfrontation. „Man lebt auf einem Vulkan“, hält François-Poncet in seinem Tagebuch fest. Erst am 28. September kommt in letzter Minute die Erlösung: Während Premierminister Chamberlain im Unterhaus von seinen Besuchen bei Hitler in Berchtesgaden und Bad Godesberg „als letzter Zuflucht“ zur Friedenswahrung mit ernster Stimme spricht, wird ihm ein Papier zugereicht. Der 70jährige Premier reagiert auf die Zeilen laut BBC-Rundfunkreporter Harold Nicolson so: „Er hob sein Gesicht, so daß das Licht von der Decke voll darauf fiel. Alle Furchen der Sorge und Müdigkeit schienen plötzlich geglättet zu sein; er wirkte zehn Jahre jünger und schien zu triumphieren. „Herr Hitler“, sagte er, „hat sich soeben einverstanden erklärt, seine Mobilmachung um vierundzwanzig Stunden aufzuschieben und mit Signor Mussolini, Monsieur Daladier und mir in München zu einer Konferenz zusammenzutreffen.“ . . . „Eine Sekunde lang herrschte Totenstille im Haus. Und dann brach das ganze Haus in tosende Hochrufe aus, weil alle wußten, dies könnte Frieden bedeuten.“

Zwei Tage später atmet Europa auf. Mittags, am 30. September 1938, ist das Dokument perfekt, das die Tschechoslowakei zur Abtretung der sudeten-deutschen Gebiete zwingt. Die im Pokerspiel um Krieg und Frieden von Hitler besieigten Staatsmänner werden zu deren eigener Überraschung begeistert gefeiert. „In Italien wird dem Duce vom Brenner bis Rom, vom König bis zu den Bauern ein Empfang bereitet, wie ich ihn noch nie gesehen habe“, trägt Graf Ciano, der italienische Außenminister, in sein Tagebuch ein.

„Daladier, vive la paix!“, jubeln die Münchner zum Fenster des Hotels Vierjahreszeiten hinauf, bis dem Staatsmann die Tränen rinnen. Seine Rückkehr nach Paris ruft nach Beobachtung des französischen

Außenministers Bonnet „ein Fieber hervor, welches die Bevölkerung auf den höchsten Grad feuriger Begeisterung bringen sollte“. Das zusätzlich zum Münchner Abkommen dem deutschen Diktator von Chamberlain abgehandelte deutsch-englische Verständigungspapier trägt den alten Herrn hinauf auf die höchsten Wogen der Sympathie. Als der Premier nach seiner Landung, der Menge den Text zeigend, ruft: „Peace in our lifetime!“, wollen nur ganz wenige wahrhaben, daß man erneut einen Rechtsbruch Hitlers hingenommen hat<sup>1)</sup>.

Das Diktat von knappsten Verhandlungsfristen, von ultimativen Androhungen des „So oder So“, verbunden mit demonstrativer Entschlossenheit zum Krieg bewirkten erneute Nachgiebigkeit. Hätten nicht endgültig in der Sudetenkrise die Großmächte Hitler die Zähne zeigen müssen? Wie konnte vor allem die europäische Schlüsselkraft Großbritannien durch Erfüllungsbereitschaft gegenüber Hitlers Forderungen („Appeasement“) hoffen, den Diktator in eine europäische Staatenwelt ohne Gewaltpolitik einbinden zu können?

Waren Hitlers Ziele aber so eindeutig, daß man zur Abwendung der Katastrophe einen Eindämmungskrieg gegen das Reich hätte führen müssen – und wenn ja, auf welcher völkerrechtlichen Grundlage? Handelten Chamberlain, Daladier und besonders Roosevelt, die alle die Vaterschaft des Münchner „Friedens“ beanspruchten und erst 1942 davon abrückten, politisch blind und naiv? Harold Nicolson „schämte sich des Unterhauses“ wegen dessen Frie-

<sup>1)</sup> Zitatnachweise zum Vorstehenden: André François-Poncet, Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz 1948, S. 327; Harold Nicolson, Tagebücher und Briefe 1930–1941, Stuttgart 1969, S. 306. Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949, S. 243; Erich Kordt, Nicht aus den Akten . . . , Stuttgart 1950, S. 277; Georges Bonnet, Vor der Katastrophe, Köln 1951, S. 119; Herbert von Dirksen, Moskau-Tokio-London, Stuttgart 1949, S. 235. Zur Darstellung der Vorgeschichte und Geschichte der Münchener Konferenz vgl. bes. Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany, Starting World War II, 1937–1939, Chicago 1970, S. 313–534 (mit Auswertung aller bis dahin erschienenen Literatur); Detlef Brandes, Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1978; Stephen Dolezel, Tschechoslowakei – Nationalitätenprobleme im Kraftfeld der NS-Expansionspolitik, in: Erhard Forndran/Frank Golczewski/Dieter Riesenberger (Hrsg.), Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung, Opladen 1977. Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt, Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 580 ff.

denshysterie. Winston Churchill sah in „München“ eine „Tragödie“: „Das britische und das französische Kabinett glichen damals zwei überreifen Melonen, die man gegeneinander drückt; aber was die Stunde verlangte, war aufblitzender Stahl.“<sup>2)</sup> Ist dieser Vorwurf bzw. Selbstvorwurf gegenüber den großen Demokratien nicht zu billig?

Diese Fragen bedürfen besonderer Zuwendung, um die Akteure in ihren Konfliktfeldern zu verstehen statt sie pauschalierend zu verdammen.

„Appeasement“ jedenfalls ist eine zu billige Signatur für das Konferenzdiktat von „München“ 1938, für das die Tschechen zahlten, die ihre Unterdrückung dann 1945 mit der Vertreibung der Sudetendeutschen rächten<sup>3)</sup> und dieses Faktum vor die Revisionsfähigkeit von Entwicklungen setzten, die ihren Quellgrund in der das Selbstbestimmungsrecht mißachtenden Siegespsychose von 1918/19 bei der Staatsgründung der Tschechoslowakei hatten.

## Der Weg in die Krise

Die innere und äußere Schwäche des Reiches legte Hitler zunächst die Strategie der Selbstverharmlosung nahe. Verdeckt hinter Friedensparolen und in Ausnutzung der günstigen internationalen Lage meisterte er die Risikozone. Den Aufbau der Wehrmacht ab März 1935 umhüllte er mit Gesten der Friedfertigkeit. Am 21. Mai 1935 versicherte er der Welt, keine Absicht zur Einmischung in Österreich oder gar den Willen zur Annexion zu haben: „Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen.“ Auch nach der Wiederbesetzung der Rheinlande am 7. März 1936 beruhigte Hitler: „Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen.“<sup>4)</sup>

Doch schon Anfang 1937 wurde der neue Kurs sichtbar: „Deutschland ist heute eine europäische Großmacht und ist wieder eine Weltmacht geworden!“, erläuterte Hitler „das Wunder“ der Wiederaufrichtung eines deutschen Volksheeres. „Kein Mensch kann mit uns anbinden, sie werden auch nicht anbinden. Nicht etwa, weil die anderen vielleicht nicht unter Umständen es ganz gerne wollten, wir brauchen bloß die Presse lesen, sondern weil sie nicht mehr können.“ Deutschlands Gegner würden künftig um so eher nach dem deutschen Ölzeig in der einen Hand greifen, als sie das Schwert in der anderen sähen<sup>5)</sup>.

Zu diesen Gegnern zählte Hitler England und Frankreich mit ihrer Klientel, die das Ziel der deutschen Politik, nämlich Sicherung und Vermehrung der „Volksmasse“ und des „Raumes“, behinderten. Zur Lösung dieser deutschen Frage „könne es nur den Weg der Gewalt geben“. „Zur Verbesserung

unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankendrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.“ Dabei müsse der Überfall auf die Tschechei „blitzartig“ schnell erfolgen<sup>6)</sup>.

Der kampflose Zugewinn Österreichs im März 1938 verwies indes auf die Möglichkeit einer ähnlichen diplomatischen Überrumpelung Prags, legte aber auch zugleich vorsichtiges Taktieren nahe, da die Tschechoslowakei abwehrstarke Befestigungen besaß und über Stützungsverträge mit Frankreich und Rußland verfügte, was für Deutschlands Presse Grund genug war, die ČSR als ‚Flugzeugträger des Bolschewismus‘ zu attackieren. Ein drittes Kalkül empfahl sich zudem, um die Doppelstrategie von Ölzeig und Schwert besonders druckvoll zu gestalten: die Benutzung der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei als Sprengsatz und fünfte Kolonne.

Hatte Hitler noch in der Phase der Schwäche im Februar 1933 in Richtung Prag versichert, keinerlei Beziehungen zu den deutschen Radikalen in der ČSR zu unterhalten, die den Anschluß an Deutschland wollten, so wurden bald die Verfechter der Autonomiebestrebungen verdeckt aus Berlin vom Auswärtigen Amt und anderen Institutionen der Volkstumspflege finanziell unterstützt. Hauptadressat und Hitlers Hoffnungsträger war eine deutsche Sammlungsbewegung, die am 30. April 1935 „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) benannt wurde. Ungeachtet interner Richtungskämpfe über Fragen der relativen Autonomie der Sudetendeutschen oder der völligen Lostrennung von Prag machte die SdP soviel Druck, daß die Prager Regierung ihrerseits durch Repressions- und Disziplinie-

2) Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg. Erinnerungen, Bd. 1, Frankfurt 1985, S. 368.

3) Nach dem Attentat auf Heydrich drohte Hitler in Prag für den Fall weiterer Vorkommnisse die Aussiedlung von Millionen Tschechen an. Vgl. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1977, S. 412.

4) Vgl. „Es spricht der Führer“. 7 exemplarische Hitler-Reden, hrsg. v. Hildegard von Kotze/Helmut Krausnick, Gütersloh 1966, S. 378 ff.

5) Vgl. Anm. 4, S. 88 ff.

6) Aufzeichnung von Oberst Hoßbach über Hitlers Besprechung am 5. 11. 1937 mit den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie D, Bd. 1, Nr. 19 (künftig zitiert: ADAP).

rungsmaßnahmen (Teplitz-Schönauer Vorfälle) die Lage verschärfte 7).

In einem umfassenden Geheimbericht vom 19. November 1937 informierte SdP-Führer Konrad Henlein Hitler über die unüberbrückbaren Schwierigkeiten seiner Bewegung mit der Prager Regierung. Beklagt wurde besonders die Tschechisierungspolitik geschlossener deutscher Siedlungsgebiete: „Es gibt heute kaum mehr eine sudetendeutsche Familie, in der nicht ein Angehöriger wegen eines politischen Delikts verfolgt würde, in Untersuchungshaft sitzt oder aber eingekerkert ist. Die tschechische Justiz ist vollständig zu einem Mittel der anti-deutschen Vernichtungspolitik des Regimes geworden und gehorcht den Bedürfnissen der tschechischen Regierung und des tschechischen Generalstabes.“ Zur Abwehr der Umklammerung wolle die SdP mit ihren eineinhalb Millionen Anhängern und 600 000 Organisierten die politische Zusammenfassung aller Sudetendeutschen, was ein „nationalsozialistisches Ergebnis“ verbürge. Erkenntnisleitend bleibe, „daß eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei praktisch unmöglich und eine Lösung der sudetendeutschen Frage nur vom Reiche her denkbar ist“ 8).

In welche Richtung Hitlers Gedanken bereits gingen, zeigte die Weisung des Reichskriegsministers von Blomberg am 24. Juni 1937 zum „Aufmarsch Grün“. Gemeint war die blitzartige Besetzung Böhmens und Mährens in Ausnutzung der völkischen Zersplitterung der Tschechoslowakei bei entsprechend vorhandener Nutzbarkeit „der politischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen“. Weitere Überlegungen Hitlers am 5. November und Blombergs am 21. Dezember 1937 verdeutlichten, daß es nur noch um das Wann und Wie ging — konkret: um die Schaffung eines Rechtfertigungsgrundes für eine Aggression. Im Gespräch mit OKW-Chef General Keitel am 21. April 1938 erwog Hitler sogar laut Aufzeichnung seines Adjutanten Major Schmundt „blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls (z. B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration)“ 9).

Offiziell machte Hitler das Volk mit dem neuen Etappenziel am Sonntag, den 20. Februar 1938, vertraut. In einer vom Rundfunk übertragenen Reichstagsrede nannte er es für eine Weltmacht auf Dauer unerträglich, daß zehn Millionen Deutsche die Vereinigung mit dem Reiche unter Mißachtung

7) Stephen Dolezel (Anm. 1), S. 262 ff. Zur Sprengsatz-Funktion vgl. bes. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt 1968, S. 441 ff. Ronald M. Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik, München 1980.

8) ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 23.

9) Vgl. Anm. 8, Nr. 133.

der feierlich beschworenen Selbstbestimmung vor-enthalten werde und sie draußen Verfolgung erleiden müßten. Entspannung und friedlicher Ausgleich seien notwendig. „Wer aber eine solche Entspannung durch einen Ausgleich in Europa mit Gewalt zu verhindern versucht, der wird eines Tages die Gewalt zwangsläufig unter die Völker rufen!“ 10)

Doch so leicht wie Österreich war ein Coup gegen Prag nicht zu landen. Dies stellte sich endgültig für Hitler heraus, als Gerüchte von deutschen Truppenmassierungen in der Nähe der tschechischen Grenze Staatspräsident Benesch am 20. Mai zu Teilmobilisierungen veranlaßten, begleitet von Schikanen und Gewalttaten gegen Deutsche. Getroffen wurde Berlin zudem von den bis dahin moderaten Briten und Franzosen, die schwerste Vorwürfe gegen Hitlers Gefährdung des Friedens erhoben. Taktische Erwägungen legten es demzufolge der Reichsführung nahe, dem tschechischen Gesandten am 23. Mai zu versichern, Deutschland hege keinerlei Angriffsabsichten. Henlein wurden Verhandlungen mit der tschechischen Regierung empfohlen und das Auswärtige Amt dementierte Truppenkonzentrationen. Die Reichsführung schien auf dem Rückzug. Doch bei Hitler bewirkten die Ohrfeigen der internationalen Presse das Gegenteil. Hatte er in seiner Weisung „Grün“ vom 20. Mai 1938 noch formuliert, daß es nicht in seiner Absicht liege, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, wenn nicht eine besonders günstige Gelegenheit dazu veranlasse, so hieß es am 30. Mai: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung.“ 11)

Die Durchsetzung dieses unabänderlichen Entschlusses bewies bald (dies darf angesichts der modischen Diskussion um Hitlers Führungsschwäche auch hier nicht unerwähnt bleiben), daß Hitler unter Assistenz Ribbentrops und Himmlers der eigentliche Koordinator und alleinige Motor des Stoßes gegen Prag wurde. Die Wehrmachtsspitze zeigte sich am 28. Mai 1938 bei einer Angriffsberatung mit Hitler höchst zögerlich. Vor allem der Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, widersetzte sich Hitlers riskanten Plänen. General Jodl vermerkte darüber: „Noch einmal flammt der ganze Gegensatz auf, der sich ergibt aus der Erkenntnis des Führers, wir *müssen* noch in diesem Jahre, und der Auffassung des Heeres, wir können noch nicht,

10) Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, München 1965, II, 1. Hlbbd., S. 801.

11) Zit. nach Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1959, S. 447.

da sicherlich die Westmächte eingreifen und wir ihnen noch nicht gewachsen sind.“ Auf Drängen Becks fand Anfang August eine Besprechung der Armeechefs statt, die mehrheitlich Becks Einwände akzeptierten. Eine weitere Konferenz Hitlers am 10. August auf dem Berghof mit jüngeren Generälen führte wegen deren Skepsis gegenüber den deutschen Westbefestigungen (Westwall) zum Eklat<sup>12)</sup>.

Zwischenzeitlich war auch Göring „unter die Pazifisten gegangen“, wie Staatssekretär von Weizsäcker in seinem Tagebuch festhielt. Weizäckers Chef, Außenminister von Ribbentrop, beschwerte sich über Generaloberst von Brauchitsch, „der erklärte, er könne nicht marschieren lassen; der Zustand der Wehrmacht und der Festungen verbiete das“. Ribbentrop hingegen figurierte im Berater-Ensemble Hitlers neben Himmler immer mehr als Kriegstreiber, während von Weizsäcker unter Vermeidung eines Krieges eine Abtretung der Sudetengebiete mittels einer Aktivierung des Nationalitätenproblems erreichen wollte<sup>13)</sup>.

Die Unterschiedlichkeit der Auffassungen spiegelte einen Schwebezustand, von dem sich Hitler zeitweilig beeindrucken, aber im Kern nicht beirren ließ. General Beck trat am 27. August zurück. Dem willfähigen OKW-Chef Keitel befahl Hitler am 3. September, die Truppen zum 28. September in Bewegung zu setzen<sup>14)</sup>. Fest auf sein Ziel eingeschworen, blieb Hitler gleichwohl hochelastisch im Erkunden des vorteilhaftesten Weges, der nur über London führen konnte in einer Situation, welche am treffendsten Stalins Kommissar des Auswärtigen, Litwinow, am 23. August gegenüber dem deutschen

Botschafter von der Schulenburg lapidar markierte: „Sie wünschen die Vernichtung der Tschechoslowakei. Sie wollen das Land erobern. Natürlich ziehen Sie es vor, Ihre Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Ein Krieg ist immer ein Risiko.“<sup>15)</sup>

Diese Risiken bestanden bis zu Mussolinis Konferenzangebot am 28. September unmittelbar und haben Hitler letztlich wohl zur Annahme eines Verhandlungssieges bewogen. Göring wisse von Hitler, so berichtete von Weizsäcker, daß Hitler zwei Gründe zur Wahl der friedlichen Methode veranlaßt hätten: erstens Zweifel am Kriegswillen des deutschen Volkes, was beim Durchmarsch einer motorisierten Division durch Berlin am 27. September deutlich zu spüren war, sowie, zweitens, Hitlers Sorge, daß ihn bei Ablehnung der Offerte Mussolini im Stich lassen würde<sup>16)</sup>. In der Tat war auffällig, daß zur markigen verbalen Unterstützung des Duce für Hitler entsprechende militärische Mobilisierungsmaßnahmen an der italienisch-französischen Grenze keineswegs parallel folgten. Auch war die Überlegung nicht abwegig, London und Paris könnten Roms „Schrei nach Korsika, Tunis, Nizza“ ein wenig erhören und den Duce in eine antideutsche Front einbinden. Besonders sorgte sich Hitler aber wegen eines möglichen „Verduns“ vor dem starken, der Maginotlinie nachgeahmten Festungswerk der Tschechei<sup>17)</sup>.

Entsprechend durfte Hitler aus vitalem Eigeninteresse keine diplomatischen Chancen leichtfertig vertun. Sie wurden zunächst mit militärischer Repression angereichert, aber durch diese nicht ersetzt, da London weitgehendes Verständnis für deutsche Korrekturwünsche gegenüber dem Versailler Vertragsbestimmungen signalisierte. Bei Verzicht auf Gewalt wäre ziemlich alles möglich und verhandelbar, hieß die Leit Tendenz Londoner Außenpolitik. Aber wie würde sich Frankreich verhalten, wie die UdSSR mit ihren Beistandsverpflichtungen gegenüber Prag?

<sup>12)</sup> Vgl. Anm. 11, S. 450 f. Vgl. zum Komplex Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich 1933–1939*, Paderborn 1987, S. 308 ff.

<sup>13)</sup> Leonidas Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Berlin 1980, S. 128; generell dazu Rainer A. Blasius, *Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen*, Köln 1981. Vgl. zur Besorgnis der Heeresführung Keitels Äußerungen in Nürnberg, zit. bei W. Churchill (Anm. 2), S. 388.

<sup>14)</sup> Vgl. A. Bullock (Anm. 11), S. 451.

<sup>15)</sup> ADAP, Serie D., Bd. II, Nr. 381.

<sup>16)</sup> Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*, München 1950, S. 188.

<sup>17)</sup> ADAP, Serie D., Bd. II, Nr. 424.

## Krieg in Sicht

Der Juli 1938 war von britischen Versuchen bestimmt, Berlin an den Verhandlungstisch zu bringen. Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan teilte dem deutschen Botschafter von Dirksen am 19. Juli mit, daß die Regierung fortlaufend („fast täglich“) bemüht sei, die Prager Regierung zu einer schnellen und weitherzigen Verhandlungsführung anzuhalten. In Berlin brachte der britische Botschafter Henderson gegenüber dem AA-Staatssekretär von Weizsäcker den „unbedingten Wunsch“ zum Ausdruck, die tschechische Krise friedlich zu bereinigen „und darauf aufbauend das deutsch-englische Verhältnis umfassend zu verbessern“<sup>18)</sup>.

Am 22. Juli versprach Premierminister Chamberlain persönlich Botschafter von Dirksen, daß London in Prag auf Nachgiebigkeit drängen werde<sup>19)</sup>. Da Frankreich der Bitte nicht nachkam und der Botschafter in Berlin, André François-Poncet, düster einen Krieg in drei Wochen voraussagte, entsandte Chamberlain seinen persönlichen Vertrauten Lord Runciman in die Tschechoslowakei, um ein eigenes Lagebild zu gewinnen. Gleichzeitig drängte der britische Außenminister Lord Halifax seinen deutschen Kollegen von Ribbentrop am 28. Juli zu einer „peaceful solution“. Das Echo aus Berlin war ungünstig. In der Sprachregelung vom 3. August wies von Ribbentrop die deutschen Missionen an, jegliche Intervention des Auslands als „gewaltiges Risiko“ darzustellen: „Eine Einmischung z. B. Frankreichs würde nichts anderes bedeuten als ein mutwillig gegen Deutschland gerichteter Angriffskrieg.“<sup>20)</sup>

Auch die Verschiebung einiger Flak-Batterien in Richtung CSR-Grenze, verstärkte Manöver und ein Entlassungsaufschub Wehrpflichtiger verfehlten wohl nicht ihre Wirkung. Jedenfalls versicherte in Paris Außenminister Bonnet dem deutschen Botschafter Graf Welzeck, man müsse bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gehen, auch wenn dies den Tschechen nicht behage<sup>21)</sup>. Englands Ringen um eine diplomatische Lösung, die Entwicklung des Franco-Regimes in Spanien, die Ungewißheiten hinsichtlich Mussolinis Konfliktverhalten, Frankreichs Parteienhader und seine desolante Wirtschaft sowie der entschiedene Kriegswille der Bevölkerung ließen kaum eine andere Wahl<sup>22)</sup>.

<sup>18)</sup> Vgl. ebda., Nr. 299, 302.

<sup>19)</sup> Vgl. ebda., Nr. 309.

<sup>20)</sup> Vgl. ebda., Nr. 323, 332.

<sup>21)</sup> Vgl. ebda., Nr. 345.

<sup>22)</sup> So konnte z. B. London ein Jahr später nach Hitlers Angriff auf Polen nur mit stärkstem Druck Daladier zur Kriegserklärung bewegen. „Mourir pour Danzig?“, soll Daladier gefragt haben. Vgl. H. Picker (Anm. 3), S. 355.

Als kraft eigener Beobachtung und umgarnt von der SdP Lord Runciman zur Überzeugung gelangte, „daß das Nationalitätenproblem in der Tschechoslowakei innerstaatlich unlösbar ist“<sup>23)</sup>, geriet Staatspräsident Benesch unter Druck. Am 18. August 1938 formulierte er einen Plan, der faktisch auf eine Autonomie der Sudetendeutschen hinauslief. Er versprach

1. die sofortige Einführung der Gleichberechtigung der deutschen Sprache in den historischen Ländern (Böhmen, Mähren, Schlesien);
2. die Durchführung des Beamtenproporz im sudetendeutschen Gebiet, und zwar zur schnellen Durchführung eine Überquote für deutsche Beamte;
3. den Erlaß eines Budget-Gesetzes, in welchem für die sudetendeutschen Gebiete ein besonderer Schlüssel im Staatshaushalt eingeführt wird;
4. die Auflegung einer Interventions-Anleihe zur Wiedergutmachung gewisser Schäden im sudetendeutschen Gebiet.

Benesch verlangte als Gegenleistung lediglich einen „Waffenstillstand“ der Presse von zwei Monaten. Das, was Jahre umkämpft war, schien nun greifbar nahe, doch Berlins Reaktion machte klar, daß die sudetendeutschen Belange nur das Mittel zum Zweck bedeuteten. Außenminister von Ribbentrop reagierte gegenüber der ratsuchenden SdP-Führung: „Henlein und seine Leute müßten sich selbst zu helfen wissen. Die Antwort auf den Benesch'schen Vorschlag ergebe sich aus den Henlein gegebenen allgemeinen Richtlinien, nämlich: Immer zu verhandeln und nicht den Faden abreißen zu lassen, dagegen immer mehr zu fordern als von der Gegenseite gegeben werden könne.“ Ein Eingehen auf Benesch „müßte unbedingt vermieden werden“<sup>24)</sup>.

Demgemäß blieb das Gespräch der SdP-Vertreter Ernst Kundt und Wilhelm Sebekovsky mit Benesch am 26. August ergebnislos, obgleich dieser ein Cannoisa seiner politischen Ambitionen eingestand, die aus der Siegerstimmung von 1918 geboren waren und nun durch einen Modus vivendi mit den Sudetendeutschen ersetzt werden sollten<sup>25)</sup>.

Doch schon zwei Tage zuvor formulierte in Berlin Alfred Jodl, Chef der Abteilung Landesverteidigung der Wehrmacht, einen Plan für Vorausmaßnahmen und die Angriffsgestaltung nach erfolgter Schaffung eines den deutschen Einmarsch in die Tschechei rechtfertigenden Zwischenfalls. Am

<sup>23)</sup> ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 366.

<sup>24)</sup> Vgl. ebda., Nr. 369, S. 468.

<sup>25)</sup> Vgl. ebda., Nr. 371, 373, 386, 391.

30. August akzeptierte Hitler die Vorschläge der Heeresführung<sup>26)</sup>.

Inzwischen ging das Pokerspiel weiter. Der französische Außenminister Bonnet warnte am 2. September den deutschen Botschafter, daß bei Kriegshandlungen Paris und London, auch Moskau und Washington, fest entschlossen seien, Prag zur Hilfe zu eilen. Andererseits nahm Bonnet die Äußerung Graf Welzecks hin, daß eine Lösung nur in der Angliederung der sudetendeutschen Gebiete bestehen könne. „Bonnet widersprach nicht. Er erwiderte, nach der Autonomie werde eine solche Angliederung ganz von selbst [sic], wenn wir warten könnten.“<sup>27)</sup>

Warten wollte und konnte Hitler immer weniger. Für einen Angriffs- und eventuellen Stellungskrieg (Hitler: „Bei 2. Armee kann sich Verdun wiederholen“<sup>28)</sup>) wurden die Witterungsbedingungen zum drängenden Zeitfaktor. Andererseits konnte Hitler den angefachten Pressekrieg nicht ohne Ergebnis in sich zusammenfallen lassen oder beliebig überdehnen. Der aufgestaute Erwartungsdruck unter den dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen, der seit dem Anschluß Österreichs aufgrund tschechischer Repressalien immer explosiver wurde, trieb Hitler in eine Propaganda-Offensive, die ohne konkreten Zugewinn die erheblichste Prestige-Gefährdung des „Führers“ bedeutet hätte. Die aufgeheizte Stimmung des politischen Klimas verdeutlichte wohl am intensivsten Hitlers späterer Dank an die Pressevertreter, vor denen er am 10. November 1938 lobend feststellte, daß die Nerven „der Herren in Prag“ dem Trommelfeuer der deutschen Medien nicht hätten standhalten können<sup>29)</sup>.

Indessen blieb Hitler klarsichtig genug im Hinblick auf das militärische Risiko, das die tschechischen Befestigungen darstellten. In der Nachtsitzung vom 9. auf den 10. September sprach Hitler gegenüber Generaloberst von Brauchitsch sowie den Generälen Keitel und Halder von den Problemen: zu schwache Artillerie gegenüber Forts, Festrennen (Verdun!), Bindungslosigkeit von Panzern und Infanterie aufgrund zeitverzögerten Vorankommens. Doch erneut wurde überdeutlich, daß es Hitler nicht hauptsächlich um den Anschluß der Sudetendeutschen ging, sondern um die Zerschlagung der gesamten Tschechoslowakei durch einen Zangenangriff der 10. und 12. deutschen Armee<sup>30)</sup>. Einen Ausweg aus der verschlungenen Lage bot möglicherweise das am selben Tag nachmittags in Berlin eintreffende Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in London. Er hatte aus absolut einwand-

freier Quelle erfahren, daß es Lord Halifax tags zuvor gegenüber dem französischen Gesandten Corbin als Unmöglichkeit bezeichnet hatte, die Waffen zu ergreifen, um 3,461 Millionen Menschen das Selbstbestimmungsrecht zu bestreiten. Corbin hatte dem beigepflichtet und nur ein militärisches Eingreifen Frankreichs für den Fall zugesagt, daß die Deutschen marschieren würden<sup>31)</sup>.

Im Wissen um diese Nachgiebigkeit hielt Hitler am 12. September am Schluß des Nürnberger Parteitags eine Drohrede, die überdeutlich war: „Herr Benesch hat diesen Deutschen keine Geschenke zu geben; sie haben das Recht, ein eigenes Leben zu beanspruchen, genau wie jedes andere Volk . . . Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen.“<sup>32)</sup> Die Brandrede Hitlers löste im Sudetengebiet aufstandsähnliche Unruhen aus. „Ein Volk – ein Reich – ein Führer!“ tönnten die Parolen besonders laut in Eger und Reichenberg. Henlein-Anhänger griffen tschechische Polizei und Gendarmerie an. Die Prager Regierung reagierte am 13. September mit der Verhängung des Standrechts im Sudetengebiet und einer Mobilisierung der Armee. Die Katastrophe schien unausweichlich. Da bot am Abend des 13. September Chamberlain Hitler an, sofort nach Deutschland zu kommen.

Während Henlein der von Chamberlain entsandten Runciman-Kommission am 14. September erklärte, daß die Sudetendeutschen „heim zum Reich wollen und daß keine Macht sie von diesem Willen abbringen würde“<sup>33)</sup>, machte sich der englische Premier auf zum Obersalzberg. Paris signalisierte sein Einverständnis mit einem Plebiszit nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts. Botschafter Sir Nevile Henderson, der Gast auf dem Parteitag war, äußerte sich dahin, daß er die Unterstellung der Sudeten unter tschechische Oberherrschaft für einen schweren Fehler halte<sup>34)</sup>. Wie sehr alles auf des Messers Schneide stand, zeigen zwei Aktenstücke: am 14. September telegraphierte AA-Staatssekretär von Weizsäcker auf Weisung von Ribbentrops dem deutschen Gesandten in Prag, Frauen und Kinder der Angehörigen der Gesandtschaft und Konsulate allmählich und unauffällig „herauszuziehen“. Der Gesandte selbst sollte am 17. nach Berlin kommen. Am selben Tag vermerkte von Weizsäcker für seinen Minister bezüglich der Reise Chamberlains: „Das Angebot des 70jährigen, sich persönlich so für den Frieden einzusetzen, um ein europäisches Chaos zu vermeiden, zeige seinen Willen zu einem letzten opfervollen Schritt.“<sup>35)</sup>

26) Vgl. ebda., Nr. 388.

27) Vgl. ebda., Nr. 422.

28) Vgl. ebda., Nr. 424 (Besprechung Hitlers mit von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, am 3. 9. 1938).

29) Vgl. Anm. 4, S. 274.

30) Vgl. Anm. 23, Nr. 448 (Aufzeichnung des Adjutanten Major Schmudt).

31) Vgl. ebda., Nr. 450.

32) Vgl. Anm. 10, S. 904/905.

33) Vgl. Anm. 23, Nr. 472.

34) Vgl. ebda., Nr. 482.

35) Vgl. ebda., Nr. 475, 480.

Unverblümt machte Hitler dem britischen Premier am 15. September klar, daß er „unter allen Umständen“ den drei Millionen Deutschen die Rückkehr ins Reich ermöglichen werde. Er würde jeden Krieg und sogar das Risiko eines Weltkriegs dafür in Kauf nehmen. Chamberlain seinerseits wies darauf hin, daß Großbritannien an sich an der sudetendeutschen Frage nicht interessiert sei und sie als deutsch-tschechische Angelegenheit erachte. „Großbritannien sei nur an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert.“ Auf eine entsprechende Frage Chamberlains nach Hitlers möglichen weiteren Forderungen antwortete Hitler: „Die tschechoslowakische Frage wäre allerdings das letzte größere Problem, das zu lösen wäre. Zwar gäbe es noch die Memelfrage, aber hier wolle sich Deutschland damit begnügen, daß Litauen das Memelstatut genau durchführe.“ Ferner wolle Deutschland auch weiterhin Kolonien, aber dies sei keine „kriegerische Forderung“. Dem zur Beratung mit seinem Kabinett nach London zurückkehrenden Premier wurde jedoch von Hitler bedeutet, daß möglicherweise zwischenzeitlich „der große Militärapparat, den Deutschland aufgebaut hätte, in Bewegung gesetzt werden müßte. Sei dieser Apparat erst einmal in Bewegung, so sei er sicher nicht mehr aufzuhalten.“<sup>36)</sup>

Hitlers Eskalationsbereitschaft hielt an: am 17. September genehmigte er die Aufstellung eines sudetendeutschen Freikorps. Tags darauf erging die Weisung zum Aufmarsch von fünf deutschen Armeen entlang der tschechoslowakischen Grenzen. Am 20. September empfing Hitler den ungarischen Ministerpräsidenten Imredy sowie Außenminister von Kanya und legte ihnen die Rückgliederung der Ungarn aus dem tschechischen Staatsverband nahe. Auch dem polnischen Botschafter riet Hitler am selben Tag zu einem ähnlichen Schritt. Schon einen Tag danach verlangte Polen von Prag eine Volksabstimmung im Gebiet von Tschechen. Auch die Slowaken forderten am 20. September völlige Autonomie, was ihnen von Berlin aus via SdP am 17. September nahegelegt worden war. Zur gleichen Zeit forderte Henlein: „Wir wollen heim ins Reich“, was Prag mit einem Auflösungsdekret gegen die SdP und zahlreichen Repressalien beantwortete. Diese wiederum führten im Reich zur Verhaftung von 150 Tschechen und der Anweisung an den deutschen Gesandten in Prag, der dortigen Regierung mitzuteilen, daß für jeden erschossenen Deutschen ein Tscheche liquidiert würde<sup>37)</sup>.

Am 18. September erging die gemeinsame Botschaft Londons und Paris' an Präsident Benesch, er möge das Sudetenland abtreten und dieses Opfer für den Frieden bringen. Darüber war Hitler keineswegs glücklich. Gegenüber Imredy tat er kund,

daß er die deutschen Forderungen gegenüber Chamberlain „brutal“ vertreten werde. Seiner Auffassung nach sei die einzig befriedigende Lösung ein militärisches Vorgehen. Es bestände aber die Gefahr, daß die Tschechen alles annehmen würden<sup>38)</sup>.

Entsprechend zeigte sich Chamberlain am nächsten Tag, (22. September) beim zweiten Treffen mit Hitler sehr enttäuscht (disappointed and puzzled), als Hitler der Forderung nach Sicherheitsgarantien für die restliche Tschechoslowakei auswich und eine Mitwirkung dritter Mächte bei der Gebietsregelung verweigerte: „Schnellste und beste Lösung bestände daher darin, das strittige Gebiet dem Zufall etwaiger Zwischenfälle durch eine Besetzung durch deutsche Truppen und Verwaltungsorgane zu entziehen.“<sup>39)</sup> Der am selben Tag gemeldete Rücktritt der Regierung Hodža in Prag und die Bestellung des Generalinspektors der tschechischen Armee, General Syrový, zum neuen Regierungschef irritierten Hitler keineswegs. Die Beratungen am 22./23. September in Bad Godesberg gestaltete er ultimativ. Chamberlain, der eine Abtretung in geordneter Form unter neutraler Aufsicht und ohne militärische Besetzung wünschte, stieß auf Granit: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“, schnürte Hitler seinem Gast ins Nachrichtenpaket, mit dem der Premier vors Unterhaus treten mußte. Freilich brachte er auch einen kleinen Zweig der Hoffnung mit, denn Hitler hatte ihm zugleich gesagt: „Das tschechische Problem sei, wie er bereits mehrfach erklärt habe, die letzte territoriale Forderung, die er in Europa noch zu stellen hätte.“<sup>40)</sup> Ward Price, dem Reporter der Daily Mail, versicherte Hitler, das „Krebsgeschwür“, das „tschechische Übel“ abzustellen, wobei niemand in Deutschland deswegen einen Krieg mit den Westmächten wolle („Wahnsinn“)<sup>41)</sup>.

Unbeirrt von Prags allgemeiner Mobilmachung am 24. September, von Roosevelts Friedensappell am 26. und der telegrafischen Bitte des mächtigsten britischen Zeitungsverlegers, Lord Rothermere, die letzte Frist am 1. Oktober nicht ablaufen zu lassen, beharrte Hitler auf der sofortigen Erfüllung seines Godesberger Memorandums vom 23. An dessen Ende hieß es: „die Übergabe der geräumten sudetendeutschen Gebiete hat zu erfolgen ohne jede Zerstörung oder Unbrauchbarmachung von militärischen, wirtschaftlichen und Verkehrsanlagen . . .“<sup>42)</sup>

Am 26. September lehnte Hitler es ab, die Abstimmung in den Sudetengebieten von der Britischen Legion (ehemalige Frontkämpfer) unter General-

38) Vgl. ebda., Nr. 554.

39) Vgl. ebda., Nr. 562.

40) Vgl. ebda., Nr. 583.

41) Vgl. Anm. 10, S. 910.

42) Vgl. Anm. 41, S. 920.

36) Vgl. ebda., Nr. 487.

37) Vgl. ebda., Nr. 507.

leutnant Sir Frederick Maurice kontrollieren zu lassen. Roosevelt erhielt zur Antwort, daß die Deutschen mit Wilsons Idealen getäuscht worden seien. „Nicht Deutschland trägt die Schuld daran, daß es ein sudetendeutsches Problem überhaupt gibt.“ Am Abend des 26. trieb Hitler in seiner Sportpalast-Rede zum Höhepunkt. Weitere Nachgiebigkeit gegenüber Prag nannte er „verderbliche Schwäche“: „Und nun steht vor uns das letzte Problem, das gelöst werden muß und gelöst werden wird! Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe, aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe, und die ich, so Gott will, erfüllen werde.“<sup>43)</sup>

Tags danach untermauerte Hitler seinen Entschluß gegenüber dem Chamberlain-Intimus Sir Horace Wilson. Wenn die Tschechei sein Memorandum vom 23. ablehne, sei er „fest entschlossen, dieses Land zu zerschmettern“. Für den Fall, daß England und Frankreich eingriffen, wäre in sechs Tagen der Krieg da. Er hätte nicht umsonst viereinhalb Milliarden für die Rheinlandbefestigungen ausgegeben. „Er müsse aber doch erklären, daß man hier einem frivolen Spiel mit einem Weltkriege gegenüberstehe, nur weil ein kleines Land seit 20 Jahren die Ermächtigung besitze, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen . . . Es sei verletzend, daß England offenbar Deutschland für weniger wichtig ansehe als die Tschechei.“<sup>44)</sup> Wilson versprach, die Tschechen zur Vernunft zu bringen („I still try to make those Czechos sensible“). Am selben Tag ging ein Brief Hitlers an Premier Chamberlain ab mit dem Tenor der Erträglichkeit und der Wahrung des Gesichts: „Es versteht sich für mich ganz von selbst, daß alle deutschen Stellen jede Härte gegen die tschechische Regierung vermeiden werden.“<sup>45)</sup>

Unterdessen zeigte sich Prag unverändert zäh: Massenverhaftungen von Deutschen, Beschlagnahme ihrer Rundfunkgeräte, Verdunkelungsanordnungen, der Bau von Schützengräben deuteten auf Kampfesentschlossenheit. Während Roosevelt erneut am 27. September Hitler bat, mit friedlichen Methoden das Problem zu lösen („peaceful manner“), befahl Hitler am selben Tag das Einrücken von sieben Divisionen in ihre Ausgangsstellungen dergestalt, „daß die Aktion gegen ‚Grün‘ ab 30. 9. möglich ist, nachdem ein Tag vorher bis 12.00 Uhr die Entscheidung gefallen ist“<sup>46)</sup>.

Die Entscheidung fiel am 28. September in unerwarteter Weise. Mit Blick auf die am 1. Oktober ablaufende Frist übermittelten der englische Botschafter (bereits am 27., 23 Uhr) und der französische dem Auswärtigen Amt die Bereitschaft, „in letzter Minute“ das „drohende Unheil“ abzuwen-

den und die Besetzung der Sudetengebiete im Prinzip zu billigen. „An dem Plan sei neu nicht nur“, meinte nach Darstellung von Weizsäckers François-Poncet, „daß er weitergehe als alles Bisherige, was uns entgegengebracht wurde, sondern auch insofern als der Plan den Tschechen noch nicht bekannt sei. Wir, Deutschland, würden zuerst gefragt. Stimmten wir zu, so werde die Französische Regierung die Tschechische zur Annahme auffordern. Lehne die Tschechei dann ab, so würden daraus Schlußfolgerungen abzuleiten sein, die er hier nicht näher zu präzisieren brauche.“<sup>47)</sup>

Damit war klar, daß Paris Prag allein lassen würde. Es ging nur noch um die angemessene Form der Befriedigung deutscher Wünsche bei möglicher Wahrung des Gesichts der Großmächte – vor allem Englands als Schlüsselkraft Europas. Nachdrücklich bat am 28. September der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, um Mussolinis Vermittlung bei der Erhaltung des Weltfriedens und um entsprechende Einwirkung auf den Führer. Mit größter Beschleunigung wurde Botschafter Attolico mit der Bitte des Duce um Aufschub zu Hitler in Marsch gesetzt. Parallel dazu wurde ein von Göring, von Neurath und von Weizsäcker erarbeiteter, von Hitler gebilligter Konferenzentwurf ohne Ribbentrops Wissen nach Rom lanciert und von dort als Konferenzvorschlag Mussolinis an Berlin gerichtet<sup>48)</sup>. Innerhalb von 24 Stunden wurde in München ohne Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung ein Abkommen zwischen Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier getroffen<sup>49)</sup>.

Umstände und Verlauf der Konferenz verdeutlichten einmal mehr Hitlers brutale Entschlossenheit des „So oder So“. Seinem Termin-Diktat lieferten sich die Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Italiens geradezu willfährig aus, als sie alle drei Hitlers „Einladung“ nach München für den folgenden Vormittag akzeptierten. Die Wahl Münchens als Konferenzort mochte aus Reverenz gegenüber dem Duce getroffen sein, dem als offiziellem Initiator der Konferenz der kürzeste Reiseweg zustand, was allerdings Hitler einen besonders wichtigen Vorteil bot: Er fuhr Mussolini bis Kufstein entgegen, um ihn auf dem Rest der Reise bis München für Deutschlands Belange einzunehmen. Die Tschechoslowakei müsse, so bekannte Hitler freimütig, in der jetzigen Form liquidiert werden, da sie

<sup>43)</sup> Vgl. ebda., Nr. 655, Nr. 656.

<sup>44)</sup> Vgl. Anm. 16, S. 188 f.

<sup>49)</sup> Zur Behandlung der von der Konferenzteilnahme ausgeschlossenen Delegation der Tschechoslowakei vgl. Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958, S. 461. Am 30. 9. gab die Regierung in Prag ihre offizielle Zustimmung zum Abkommen und erhob zugleich Einspruch „vor der ganzen Welt gegen Entscheidungen, die einseitig und ohne ihre Beteiligungen getroffen wurden“ (vgl. Fritz Peter Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, München 1984, S. 235). Der Text des Abkommens zu Lasten der Tschechoslowakei in: ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 675.

<sup>43)</sup> Vgl. ebda., S. 927.

<sup>44)</sup> ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 634.

<sup>45)</sup> Vgl. ebda., Nr. 635.

<sup>46)</sup> Vgl. ebda., Nr. 654.

40 deutsche Divisionen festlegen und die Hände gegenüber Frankreich binde.

Geschickt konnte indes der Duce die Avancen auspendeln und sich zum umschmeichelten Friedensstifter vor Chamberlain und Daladier stilisieren. Die Beratungen begannen um 12.45 Uhr im „Braunen Haus“. Schon in der ersten Runde der bis nach Mitternacht währenden, zweimal unterbrochenen Verhandlungen wurde der 1. Oktober als Stichtag für die Räumung der Sudetengebiete akzeptiert. Gegen 15 Uhr gab Hitler theatralisch Entwarnung, als er vor den Teilnehmern seinen Adjutanten Schmundt anwies: „die Mobilmachung unterbleibt“. Eine Fülle von Einzelfragen wollte Chamberlain bis auf Entschädigungsverfahren für enteignete tschechische Gebäude oder den Viehbestand tschechischer Besitzer ausdehnen, als Hitler grollend die Grenze zog: „Unsere Zeit ist mir zu schade, um mit derartigen Lappalien vertan zu werden.“

Kurz nach Mitternacht konnte das Abkommen unterzeichnet werden. Es war das Ergebnis erregter, zuweilen wohl tumultuöser Auseinandersetzungen (Chefdolmetscher Schmidt: „Schulklasse“) um Besatzungsmodalitäten, polnische bzw. ungarische Minoritätenprobleme sowie um Garantieleistungen für die restliche Tschechoslowakei. Bedrückend für alle war Hitlers erpresserisches „time table“, doch schien die Friedensrettung so wichtig, daß sonst übliche vertragliche Formalitäten unterblieben. Ein paar zusammengeheftete Schreibmaschinenseiten ohne Siegel, ohne Eingangsformel, ohne Nennung der bevollmächtigten Konferenzteilnehmer und ohne Konferenzprotokoll dokumentierten die von Hitler erzwungene Strategie der Improvisation<sup>50</sup>).

Hitler gewann den Anschluß der Sudetendeutschen, die drei anderen den Frieden. So wähnten sie. Denn Hitler hatte unter raum- und wehrpoliti-

ischem Aspekt nur einen halben Sieg errungen. Daß er damit nicht zufrieden war, deutete er in einer Rede vor handverlesenen Vertretern der deutschen Presse wenige Wochen nach München am 10. November an, als er, wie ein Beobachter es formulierte, den Vorhang der Hinterbühne hochzog: „Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete . . . Irgendwie glaube ich, habe sich diese Platte, die pazifistische Platte, bei uns abgespielt.“ Nun müsse das Volk lernen, „fanatisch an den Endsieg zu glauben . . . Es muß erzogen werden zu dem absoluten, sturen, selbstverständlichen, zuversichtlichen Glauben: Am Ende werden wir alles das erreichen, was notwendig ist.“ Zu dieser Notwendigkeit zählte für Hitler, wie er am 28. Mai 1938 seinen Generälen eröffnet hatte, die Beseitigung der Tschechei „als Rückenfeind“ im Falle eines Krieges gegen die Westmächte<sup>51</sup>).

Am 15. März 1939 zwang Hitler den Staatspräsidenten der Rest-Tschechoslowakei, Dr. Hacha, im Beisein seines Außenministers Dr. Chvalkovský in Berlin vertraglich dazu, „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des deutschen Reiches zu legen“<sup>52</sup>). Daß das Sudetenland nicht Hitlers „letzte territoriale Forderung“ sein würde, wie er am 26. September 1938 der Welt verkündet hatte, war nun auch den Gutwilligsten klar geworden. Sie waren schon bald nach „München“ als „Appeasers“ verschrien, die Hitler den Weg zur Zerstörung Europas freigegeben hätten. Um so lauter geriet die Klage, als man davon ablenken wollte, daß man aus Angst vor Krieg moralische Prinzipien unter dem Termindiktat Hitlers verraten hatte — und dies offenbar wohl völlig vergeblich. Aber waren die Appeasers leichtfertig und blind? Schlossen sie „einen Frieden um den Preis der Schande“?<sup>53</sup>)

## „Appeasement“ — eine Problemskizze

Es wäre zu billig, solche Vorwürfe aus unserem Wissen um die Ereignisse nach München abzuleiten. Vielmehr sind die Möglichkeiten der Akteure zu erkunden, die im Spätsommer 1938 Hitler gegenüberstanden<sup>54</sup>). Aus dem Blickfeld der Westmächte konnte man Hitler schlecht das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorenthalten, das die

Siegermächte 1918 proklamiert, aber einseitig zur Anwendung gebracht hatten. Erfolgreich hatten die tschechoslowakischen Staatsgründer Masaryk und Benesch in Paris den Westmächten suggeriert, daß es keine geschlossenen deutschen Siedlungsräume gebe. Das Votum der Sudetendeutschen für einen Anschluß an Deutsch-Österreich wurde hintertrie-

<sup>50</sup>) Vgl. zum Vorstehenden Helmuth K. G. Rönnefahrth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, 2 Tle., Wiesbaden 1961, S. 653 ff., Annex S. 327. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1952, S. 414 ff.

<sup>51</sup>) Textnachweis bei H. von Kotze/H. Krausnick (Anm. 4), S. 270 ff. Bereits drei Wochen nach München erfolgte Hitlers Weisung zur „Erledigung der Rest-Tschechei“, vgl. K. Müller (Anm. 12), S. 358. Zur außerordentlichen militärischen Kampfstärke der Tschechoslowakei vgl. die Zahlen in: Die

Hintergründe des Münchner Abkommens von 1938, hrsg. von Karl Obermann/Josef Polišenský, Berlin (O) 1959, S. 223 f.

<sup>52</sup>) Vertragsfaksimile in ADAP, Serie D, Bd. IV, (Vorsatzblatt).

<sup>53</sup>) So in Anlehnung an Churchill Karl-Heinz Janßen in: Die Zeit vom 16. 9. 1988.

<sup>54</sup>) Zur Appeasement-Problematik konzentriert und gehaltvoll: H.-U. Thamer (Anm. 1), S. 582 ff.

ben. Nach 20jähriger Tschechisierungspolitik mußte eine nationale Versöhnung und Integration als gescheitert angesehen werden, wie Benesch selber eingestand<sup>55</sup>).

Die kriegerische Verhinderung einer Ausgliederung der Sudeten durch einen Angriff am Rhein hätte eigene Rechtsauffassungen der Westmächte und die Prinzipien des Völkerbundes diskreditiert. Zudem war der Zeitgeist der dreißiger Jahre, nicht zuletzt unter dem Eindruck der deutschen Olympiade-Inszenierung als Festspiele des Friedens, durchtränkt von prodeutscher Entspannungspolitik. Hitlers geschickte Einklage von Wilsons 14 Punkten brachte die Westmächte in Verlegenheiten, förderte ihre Beschämung über die armelige Vertragskunst des Versailler Friedens. Durfte man aus Mißtrauen gegen Hitler Deutschland Gleichberechtigung, sichere Grenzen und nationale Selbstbestimmung verweigern und gleichermaßen mit einem Präventivkrieg (der schon als Antwort auf die Rheinlandaktion am 7. März 1936 von vielen verlangt wurde) Deutschland niederringen, d. h. den *sicheren* Krieg beginnen aus Sorge vor einem *möglichen* Krieg?

Die Kosten-Nutzen-Frage war indes nicht nur moralischer Natur. Trotz aller propagandistischer Übersteigerung besaß das Reich 1938 eine ernstzunehmende, machtvolle Armee. Weder aus Londoner noch aus Pariser Sicht war das Reich einfach zu überrennen. Durfte und konnte man Deutschland zerstören, um Hitler zu bremsen? Ein längerer Abnutzungskrieg zwecks Abschreckung Hitlers mußte Folgen haben, die das Sudetenland bedeutungslos erscheinen ließen. Dies verdeutlichen zwei Zitate. Am 23. August 1938 äußerte Horace Wilson zum deutschen Geschäftsträger in London: „Es wäre der größte Wahnsinn, wenn diese beiden führenden Völker einander in einem Krieg vernichten würden. Nur der Bolschewismus würde dabei gewinnen.“ Der französische Botschafter in Moskau sagte drei Tage später seinem deutschen Kollegen Graf von der Schulenburg: „Ich hoffe im Herzen, daß es zu keinem deutsch-französischen Konflikt kommt. Sie wissen ebensogut wie ich, für wen wir arbeiten, wenn wir uns in die Haare geraten.“<sup>56</sup>

Frankreich konnte und wollte ohne englische Rückendeckung nichts unternehmen; doch Londons Kräfte waren gebunden. Im Mittelmeerraum war nach der Eroberung Abessinians Italien, das in der „Achse“ mit Hitler alliiert war, zum schärfsten

Konkurrenten Britanniens aufgestiegen. Rom schielte nach Alexandria. Die eben errichtete Franco-Diktatur machte das Schicksal Gibraltars ungewiß. In Fernost stand Japan auf dem Sprung. Am 20. Februar 1938 hatte Hitler Japans Marionettenstaat Mandschukuo anerkannt und betont, er werde es in Ostasien auf jeden Fall mit den Japanern halten<sup>57</sup>). Sollte Großbritannien der Ehre wegen die tschechischen Kastanien aus dem Feuer holen und seinerseits einen das Empire bedrohenden Weltbrand entfachen? Zumal gerade die Sudetenkrise die Unzulänglichkeit des britischen Rüstungsstandes aufgedeckt hatte und man einen (wiederum Hitler reizenden) Nachholbedarf feststellen mußte<sup>58</sup>). Durfte man Prags wegen einen Durchbruch Deutschlands bis zum Ärmel-Kanal riskieren? Und dies alles vor dem Hintergrund der Versicherung Hitlers, der Anschluß der Sudeten sei seine letzte territoriale Forderung? Womit war zudem von vornherein die Wertlosigkeit der deutsch-französischen Nichtangriffserklärung vom 6. Dezember 1938 beweisbar? Gewiß hätten die Kritiker des Appeasements andersherum die Auslösung des Krieges durch London zumindest als politische Don-Quichoterie gegeißelt, als unzulässige Vonselbständigung ethischer Prinzipien gegen alle Realität und jegliche Ziel-Mittel-Relationen und damit als Zerstörung der europäischen Politik gebrandmarkt. Eine tiefe Tragik liegt darin, daß die Westmächte um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit nach innen und außen willen erst auf Hitlers Versuch der Zerstörung Europas am 3. September 1939 reagieren konnten.

Eigene Schlüsse zog inzwischen Stalin: Obwohl bündnispolitisch mit Frankreich und der Tschechoslowakei liiert<sup>59</sup>), hielt sich Moskau in der Sudetenkrise auffällig zurück. Erst wenn Frankreich marschiere, würde auch Rußland eingreifen, faßte Graf von der Schulenburg seine Erkundungen am 26. Dezember zusammen<sup>60</sup>). Ohne laute Stimme plädierte Moskau endlich für eine internationale Schiedskonferenz, nachdem es mehrfach in Richtung Berlin versichert hatte, die Abtretung der Sudetengebiete als eine innertschechische Angelegenheit zu betrachten. Spekulierte Stalin auf eine Selbsterfleischung der kapitalistisch-imperialistischen Großmächte? Die erstaunliche Nichteinladung nach München ließ in Moskau den Verdacht einer Neuauflage des Viererpaktes (Rom-London-

<sup>57</sup>) Vgl. Anm. 10, S. 799.

<sup>58</sup>) W. S. Churchill (Anm. 2), S. 399 ff.; Hitler sei auf die Engländer „geladen“ und traue ihnen nicht mehr über den Weg. (7. 11. 1938), vgl. Goebbels Tagebücher, Bd. 3, München 1987, S. 536. Am 3. Oktober hatte Chamberlain im Unterhaus erklärt, daß England zur Aufrüstung entschlossen sei, um nicht bei einer erneuten Krise ungerüstet zu sein; vgl. H. von Dirksen (Anm. 1), S. 236.

<sup>59</sup>) Zur Vertragslage vgl. Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 3, 1935/36, Berlin 1942, S. 294 f.

<sup>60</sup>) ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 620.

<sup>55</sup>) In seiner Melniker Rede vom 14. Oktober 1945 gab Benesch dies in besonderer Weise zu, als er, sich nun selbst auf Runcimans Votum von 1938 berufend, die Unverträglichkeit von Deutschen und Tschechen feststellte, womit nur eine Lösung verbliebe: der Exodus der Deutschen; vgl.: Von Anfang an ungerecht. Die Behandlung der sudetendeutschen Frage in der Tschechoslowakei. Eine Dokumentation, hrsg. vom Sudetendeutschen Rat, München 1972, S. 92.

<sup>56</sup>) ADAP, Serie D, Bd. II, Nr. 382, Nr. 396.

Paris-Berlin) entstehen, was für Stalin zwei Konsequenzen haben mußte: erstens mit Deutschland die Hauptmacht aus der antirussischen Komplizenschaft herauszubringen (was mit dem Vertrag vom August 1939 scheinbar gelang) und sich, zweitens, vor allem so stark als möglich zu machen.

Das Versagen des Völkerbundes im japanisch-chinesischen Konflikt wie auch im italienisch-abessinischen Krieg, die Niederlage der Roten in Spanien und jüngst die praktische Auslieferung der CSR in München zerfetzen die Prinzipien kollektiver Sicherheit. Eigene Machtpolitik bildete fortan den einzigen Vertrauensgrund. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 1. September 1939 (!) verkündete Stalin in der Prawda: „Wir müssen jederzeit bereit sein, einen bewaffneten Angriff auf unser Land zurückzuschlagen, um den Feind auf seinem eigenen Territorium zu vernichten.“ Auch ihm ging es wie Hitler darum, das von Frankreich und England kontrollierte, „alte in Europa bestehende Gleichgewicht zu beseitigen“ (Stalin am

<sup>61)</sup> Zit. nach Klaus Hildebrand, Krieg im Frieden und Frieden im Krieg, in: Historische Zeitschrift, Bd. 244, (1987), S. 9. Im Kontext vgl. demnächst Manfred Funke, Hitler —

1. Juli 1940)<sup>61)</sup>. Das Ringen um die Vormachtstellung in Europa degradierte „München 1938“ zur Episode im Kalendarium der Weltpolitik.

Die Konferenz von München vor fünfzig Jahren markierte den Wendepunkt in Hitlers Außenpolitik. Erstmals verdichtete er seine eigenen revolutionären Ziele mit den revisionistischen großdeutschen Bestrebungen zur offenen Androhung brutaler Gewaltpolitik. „Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich“, kommentierte Hitler am 10. November 1938 im vertrauten Kreise seinen Strategiewechsel, „dem deutschen Volke Schritt für Schritt die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war.“ Auch „München“ diente bei allen „polykratischen“ Widersprüchlichkeiten in Terminierungs- und Verfahrensfragen der generalstabsmäßigen Vorbereitung kriegerischer Expansion.

starker oder schwacher Diktator? Ein Essay zur Deutungskontroverse um die totalitäre Struktur des NS-Systems, Düsseldorf 1989 (i. Vorb.).

# Die „Reichskristallnacht“: Der Judenpogrom vom November 1938

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 und in den Tagen darauf wurden in Deutschland die meisten der ca. 400 Synagogen in Brand gesteckt oder demoliert, jüdische Friedhöfe wurden verwüstet, jüdische Wohnungen und Geschäfte zerstört und geplündert. An die 100 Juden wurden ermordet, zahllose andere gequält und vergewaltigt, ca. 30 000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt.

Von den Nationalsozialisten „Judenaktion“ oder „Aktion gegen die Juden“ benannt, gingen diese Vorgänge als „Kristallnacht“ bzw. „Reichskristallnacht“ in die Geschichte ein<sup>1)</sup>. Diese Bezeichnung

stammt möglicherweise aus dem Berliner Volksmund, der sie in Anspielung auf den Kristallüster eines Berliner Kaufhauses, der am 9./10. November 1938 zerschlagen wurde, geprägt haben dürfte. Obwohl sie keine Schöpfung des nationalsozialistischen Regimes ist, verharmlost sie das Geschehene.

Sie scheint bereits vor 1945 inoffizieller Sprachgebrauch geworden zu sein, wird aber heute mehr und mehr durch den zutreffenderen Begriff Pogrom („Verwüstung“) ergänzt und ersetzt, der mit Bezug auf frühere antijüdische Ausschreitungen in Rußland einen gewalttätigen Angriff auf Eigentum und Leben einer Bevölkerungsminderheit bezeichnet.

## I. Der Anlaß

Der Novemberpogrom von 1938 war eine an das In- und Ausland adressierte Inszenierung der nationalsozialistischen Machthaber, die sie unter Inanspruchnahme aller ihnen zur Verfügung stehenden Herrschaftsinstrumente gleichzeitig in ganz Deutschland stattfinden ließen, ohne daß allerdings die Ausführung in jeder Einzelheit ihren Intentionen entsprach. Anlaß der gelenkten Ausschreitungen war das Attentat des polnischen Juden Herschel Grünspan (in polnischer Schreibweise: Grynszpan) auf den deutschen Legationsrat vom Rath.

Dem Attentat auf vom Rath war die spektakuläre Abschiebung eines Teils der in Deutschland wohnenden polnischen Juden vorausgegangen<sup>2)</sup>. Um diese zumeist schon lange Jahre im Deutschen Reich lebenden polnischen Staatsbürger nicht nach ihrer Zwangsemigration, die sich angesichts der jüdenfeindlichen Politik der Nationalsozialisten als realistische Möglichkeit abzeichnete, aufnehmen zu müssen, hatte die polnische Regierung sie aufgefordert, ihre Pässe überprüfen zu lassen. Allen, die

sich länger als fünf Jahre außerhalb Polens aufgehalten hatten, drohte der Entzug der Staatsbürgerschaft. Daran war das nationalsozialistische Regime indessen nicht interessiert. Kurz vor Ablauf der Überprüfungsfrist wurden Ende Oktober 1938 ca. 18 000 der in Frage kommenden Juden verhaftet und nach Osten transportiert, wo sie teils im polnischen Grenzgebiet unter elenden Bedingungen Unterkunft fanden, teils so lange notdürftig im deutsch-polnischen Niemandsland kampierten, bis sie in ihre Heimatstädte zurückgebracht wurden.

Unter den abgeschobenen polnischen Juden hatte sich auch die Familie Grünspan aus Hannover befunden. Der siebzehnjährige Herschel, der sich zu dieser Zeit bei seinem Onkel in Paris aufhielt, beschloß daraufhin, den deutschen Botschafter in Frankreich zu ermorden, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die Vorgänge in Deutschland zu lenken. Am Morgen des 7. November sprach er auf der Botschaft vor und wurde an den — ihm unbekannt — Gesandtschaftssekretär Ernst vom Rath verwiesen, den er mit zwei Revolverschüssen lebensgefährlich verletzte<sup>3)</sup>.

Die Berichte über das Attentat beherrschten am 8. und 9. November die Frontseiten der deutschen Presse. Von Goebbels Propagandaapparat sorgsam gesteuert, deuteten die Zeitungen die Tat eines Einzelgängers sofort in das Werk des „internationalen jüdischen Verbrechergesindels“ um und drohten den deutschen Juden „Folgen“ an<sup>4)</sup>. Schon kam es zu ersten Ausschreitungen.

1) Wichtigste Literatur zum Thema: Hermann Graml, Der 9. November 1938. „Reichskristallnacht“. Bonn 1957; Wolfgang Scheffler, Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/78; Heinz Lauber, Judenpogrom: „Reichskristallnacht“ November 1938 in Großdeutschland. Daten — Fakten — Dokumente — Quellentexte — Thesen und Bewertungen, Gerlingen 1981; Herbert Schultheis, Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten. Bad Neustadt a. d. S. 1985; Anselm Faust, Die „Kristallnacht“ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938. Düsseldorf 1988; Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt/M. 1988.

2) Hierzu zuletzt Trude Maurer, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: W. H. Pehle (Anm. 1), S. 52—73.

3) Helmut Heiber, Der Fall Grünspan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 5 (1957), S. 134—172; Friedrich Karl Kaul, Der Fall des Herschel Grynszpan, Berlin (Ost) 1965.

4) So z. B. die Rheinische Landeszeitung vom 8. November 1938. Zur Presseberichterstattung vor allem Karl-Ludwig Günsche, Phasen der Gleichschaltung. Stichtagsanalysen deutscher Zeitungen 1933—1938, Osnabrück 1970.

## II. Die Inszenierung des Pogroms

Am späten Nachmittag des 9. November erlag vom Rath seinen Verletzungen. Zu dieser Zeit hielten sich alle, die in der nationalsozialistischen Bewegung Rang und Namen hatten, in München auf, wo alljährlich an diesem Tag die zentralen Veranstaltungen zur Erinnerung an den Hitler-Putsch von 1923 stattfanden. Gegen 21 Uhr wurde Hitler, der sich auf einem Kameradschaftsabend der „alten Kämpfer“ befand, die Nachricht aus Paris überbracht, und etwa eine Stunde später verkündete Goebbels sie den versammelten Parteiführern. Goebbels hielt eine wüste antisemitische Rede, in der er auch erwähnte, „daß es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“<sup>5)</sup>

Obleich sich Goebbels einer direkten Aufforderung zur Aktion enthielt, verstanden die Anwesenden seine Absicht: Nach Ende der Veranstaltung eilten die Funktionsträger der NSDAP und etwas später auch die Führer der SA zu den Telefonen, um ihre Dienststellen in mehr oder minder präziser Form anzuweisen, gegen Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen loszuschlagen. Fünf Minuten vor Mitternacht kündigte der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin (Gestapa), SS-Standartenführer Heinrich Müller, den Dienststellen der Geheimen Staatspolizei fernschriftlich an, es würden „in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden“. Sie seien nicht zu stören; vielmehr sei die Festnahme von 20 000 bis 30 000 Juden vorzubereiten<sup>6)</sup>.

Müller scheint auf Informationen über die Goebbels-Rede hin selbständig gehandelt zu haben, denn die nach München gefahrenen Spitzen von SS und Polizei, die beim Kameradschaftsabend kaum vertreten waren, wurden erst durch Meldungen über die beginnenden Ausschreitungen auf die Vorgänge aufmerksam. Nachdem sich der „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ Heinrich Himmler bei Hitler rückversichert hatte, ließ er um 1.20 Uhr den Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, einen ausführlichen Befehl an die Geheime Staatspolizei und an den Sicherheitsdienst (SD) absetzen, der das Fernschreiben Müllers im wesentlichen bestätigte und es zugleich konkretisierte. Um

1.40 Uhr schließlich versandte Goebbels eine Zusammenfassung seiner Rede an die Gauleitungen.

Mittels dieser teils schriftlichen, teils mündlichen Anweisungen wurden während der Nacht vom 9. zum 10. November innerhalb weniger Stunden die Rollen für die Inszenierung des Pogroms verteilt:

– Die „Aktion gegen die Juden“ sollte in Form spontaner Demonstrationen der über die Mordtat empörten Bevölkerung erfolgen. Während sich die Partei offiziell zurückhielt, fiel es den unteren Gliederungen der NSDAP und der SA zu, vor Ort den „Volkszorn“ zu mobilisieren, ohne selbst allzu sehr in Erscheinung zu treten.

– Die Polizei sollte den richtliniengemäßen Ablauf der Aktion garantieren, Plünderungen verhindern, nichtjüdische Geschäfte schützen, hierfür ggf. SS und SD in Anspruch nehmen und mit der Verhaftung wohlhabender Juden ein Hauptziel des Pogroms realisieren.

Organisation und Ablauf des Pogroms waren somit vorgegeben, weshalb er überall im Reich nach demselben Muster vonstatten ging; die Einheitlichkeit der Aktionen wurde durch die personellen Verflechtungen zwischen der Partei und ihren Verbänden, den kommunalen Verwaltungen und dem Polizeiapparat gefördert. Da am Abend des 9. November nicht nur in München, sondern auch andernorts Parteiveranstaltungen anlässlich des „Marsches auf die Feldherrnhalle“ von 1923 stattgefunden hatten, war das notwendige Personal durch Alkoholgenuß und Hetzreden zumeist schon eingestimmt und leicht zu mobilisieren. Ziel der NS-Truppen waren zunächst die Synagogen und Betsäle, dann die Friedhöfe, Geschäfte und Wohnungen der Juden. Kleinere Gemeinden ohne eigene starke Parteioorganisation wurden vom Terror von auswärts angelegter Verbände überzogen.

Formal korrektes Verhalten, ja auch Vorbehalte einzelner innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates blieben demgegenüber im Endeffekt wirkungslos. Vielmehr zeigte sich, daß das Regime Energien freisetzte, die sich der von ihm beanspruchten totalen Kontrolle eine Zeitlang entzogen. Durch Unzulänglichkeiten der Befehlsgebung und durch die Unfähigkeit oder den Unwillen der Sicherheitsorgane zum energischen Einschreiten begünstigt, nahmen die nationalsozialistischen Verbände die Gelegenheit wahr, ihre seit Jahren systematisch aufgebauten, aber auf höheren Befehl zumeist gezügelten Aggressionen gewalttätig auszuleben. Daß sie hierbei oft über die Intentionen ihrer Auftraggeber hinausschossen, gereichte dem Regime letztlich mehr zum Nutzen als zum Schaden: Neben dem Terror stellte die immer neue Festigung der Loyalität seiner organisierten Anhänger durch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse eine wesentliche Voraussetzung seiner inneren Stabilität dar.

<sup>5)</sup> (IMT) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. XXXII, Dok. 3063-PS: Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP vom Februar 1939, Nürnberg 1947/49.

<sup>6)</sup> Die verschiedenen Befehle zur Organisation des Pogroms sind wiedergegeben bei W. Scheffler; H. Lauber; A. Faust (alle Anm. 1).

Den marodierenden NS-Verbänden folgte der Mob, der die Ausnahmesituation zur persönlichen Bereicherung, zur Rache für vermeintliches oder tatsächliches Unrecht, zur Demonstration ressentimentgeladener Überlegenheitsgefühle und zum Austoben sinnloser Gewalt nutzte. Die Mehrheit

der Bevölkerung jedoch verweigerte die ihr von der Propaganda zugeordnete Rolle empörter Demonstranten. Erschrocken, hämisch, neugierig oder teilnahmslos, aber jedenfalls passiv verharrte sie in der Zuschauerkulisse.

### III. Die Absichten des Regimes

Die Absichten, die das nationalsozialistische Regime mit dem Pogrom verfolgte, erschließen sich aus dessen Vorgeschichte und Durchführung sowie aus den ihm folgenden Maßnahmen<sup>7)</sup>. Die tödlichen Schüsse auf vom Rath fielen zu einer Zeit, als die Nationalsozialisten zur „Lösung der Judenfrage“ entschlossener waren denn je, da das Resultat ihrer auf die Vertreibung der Juden zielenden Diskriminierungspolitik bis dahin weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Die jüdische Auswanderung war seit ihrem Höhepunkt im Jahr 1933 rückläufig, und dem Regime erschien die Präsenz der Juden in seinem Herrschaftsbereich um so unerträglicher, je näher der Zeitpunkt des Krieges heranrückte. Dieser Krieg war längst geplant, ohne daß der Termin schon feststand.

Seit Herbst 1937 kam es deshalb zu einer Verschärfung der antijüdischen Repressionsmaßnahmen. Nach einer längeren Phase relativer Ruhe, mit der man u. a. auf die Olympischen Spiele 1936 Rücksicht genommen hatte, schwoll die Welle der Hetzpropaganda, der Ausschreitungen und der alltäglichen Schikanen wieder an. Im Interesse der Rüstungsfinanzierung wie gleichermaßen der Forcierung der Auswanderung richtete das Regime sein Augenmerk nun vor allem auf die Vermögen der verbliebenen Juden und deren Rolle in der Wirtschaft<sup>8)</sup>. Die Verdrängung der Juden aus dem privatwirtschaftlichen Sektor war zunächst eher unsy-

stematisch erfolgt, indem ihnen in Handwerk und Einzelhandel Geschäftseröffnungen und -übernahmen verweigert wurden (was seit 1933/34 generell möglich war) oder jüdische Geschäftsleute durch teils offenen, teils stillen Boykott der Kunden und Lieferanten zur Schließung bzw. zum Verkauf ihrer Betriebe unter ungünstigen Bedingungen gedrängt worden waren.

Die Periode dieser „freiwilligen“, jedoch äußerst effektiven „Arisierung“ ging 1938 in den offenen Zugriff auf die jüdischen Betriebe und Vermögen über, der die „Entjudung“ der Wirtschaft vollenden sollte. Er wurde mit der Registrierung aller Vermögenswerte bei den Behörden im Frühjahr 1938 vorbereitet. § 7 der „Anmeldungs-Verordnung“ deutete die Absicht an: „Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.“<sup>9)</sup> Am gleichen Tag wurden Verkauf, Verpachtung und Neueröffnung jüdischer Betriebe genehmigungspflichtig, womit sich die gegebenen Steuerungsmöglichkeiten verbreiterten. Und im Oktober betonte Hermann Göring, dem als „Beauftragten für den Vierjahresplan“ die Koordinierung der Wirtschaft für die Aufrüstung oblag, die „Judenfrage müßte jetzt mit allen Mitteln angefaßt werden, denn sie müßten aus der Wirtschaft raus“<sup>10)</sup>.

### IV. Improvisationen

Wenngleich also die Ermordung vom Rath überaus gut in das jüdenpolitische Konzept der nationalsozialistischen Führung paßte, so war der Pogrom dennoch ebenso wenig das Ergebnis vorausschauender Planung, wie er ein impulsiver Racheakt der Bevölkerung war. Angesichts der Gleichzeitigkeit und Massenhaftigkeit der Ereignisse hat wohl niemand in Deutschland der am nächsten Tag von

Presse und Rundfunk verbreiteten Version von „spontanen Kundgebungen“ Glauben geschenkt. Die Annahme, der Pogrom sei vorausgeplant gewesen, lag dem gegenüber sehr viel näher<sup>11)</sup>. In Wirklichkeit aber bestand er aus einer Vielzahl hastig befohlener und flüchtig koordinierter Einzelaktionen.

Zwar kann man davon ausgehen, daß seit dem 7. November in den politischen Schaltstellen des Regimes überlegt worden ist, auf welche Weise das zu

7) Siehe neben den in Anm. 1 genannten Titeln Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972; Klaus Drobisch / Rudi Goguel / Werner Müller, *Juden unter dem Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945*, Berlin (Ost) 1973; Arnold Paucker / Sylvia Gilchrist / Barbara Suchy (Hrsg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943*, Tübingen 1986 (deutsch-englisch).

8) Hierzu zuletzt Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt/M. 1988.

9) Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens vom 26. April 1938, RGBl. 1938/I, S. 414.

10) IMT, Bd. XXVII, Dok. 1301-PS, S. 163.

11) So z. B. in den Stellungnahmen der KPD im November 1938, abgedr. bei H. Lauber (Anm. 1), S. 179 ff.; vergl. Wolfgang Benz, *Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom*, in: W. H. Pehle (Anm. 1), und Uwe Dietrich Adam, *Wie spontan war der Pogrom?*, in: ebd.

erwartende Ableben vom Raths gegen die Juden verwandt werden könnte. So hatte Gestapa-Chef Müller offenbar eine Verfügung bereits in der Schublade liegen, denn anders hätte er wohl kaum schon vor Mitternacht selbständig konkrete Anweisungen erteilen können, die später zwar noch modifiziert, aber nicht mehr entscheidend abgeändert wurden. Und womöglich war auch Goebbels taktisch raffinierte Rede, mit der er zum Pogrom ermunterte, die Partei aber bedeckt hielt, wohl vorbereitet, obgleich er zu Improvisationen durchaus fähig war.

Indessen belegen die Reaktionen innerhalb der nationalsozialistischen Führung wie auch die Befehlsgebung, die Aufeinanderfolge der Anweisungen sowie deren Inhalt und Weitergabe durch die Instanzen, daß sich die politischen Spitzen selbst nicht einig waren (so mokierte sich Himmler über Goebbels Vorpreschen, und Göring erregte sich über die angerichteten Sachschäden) und daß Vorüberlegungen allenfalls in der einen oder anderen Dienststelle ohne konkretisierende gegenseitige Absprachen angestellt worden sein können. Auf jeden Fall waren sie über die Münchner und Berliner Zentren nicht hinausgelangt, denn die mittleren und unteren Führungsebenen von Verwaltung, Polizei und Partei waren völlig unvorbereitet.

„Nirgends wird ein SA-Brandstiftertrupp auf Abruf bereitgestellt, nirgends gibt es Vorkehrungen für die Lagerung von Brennmaterialien, nirgends wartet gar ein Partei- oder SA-Funktionär am Telefon auf die Durchsage eines Codewortes.“<sup>12)</sup> Sowohl für den Beginn als auch für den Abbruch der Aktion bedurfte es mehrerer Befehle. Häufig wurden sie verkürzt, verändert oder verspätet weitergegeben. Nicht selten hatten Partei und SA schon losgeschlagen, bevor die Polizei informiert worden war. Anderswo tat sich in der Nacht zum 10. November überhaupt nichts. Der NSDAP-Kreisleiter von Erbach im Odenwald z. B. zögerte mangels eines prä-

zisen Befehls bis zum Vormittag des 10. November, um dann doch seinen Ortsgruppenleitern die letzte Entscheidung selbst zu überlassen. Die Gestapo-Stelle Düsseldorf alarmierte ihre Außendienststellen erst zwei Stunden nach dem Fernschreiben Müllers von 23.55 Uhr, und die Anweisung Heydrichs von 1.20 Uhr gab sie erst nach etwa zweieinhalb Stunden weiter. Die Polizeifunkstelle Mönchengladbach-Rheydt empfing erst morgens um halb neun Uhr aus Berlin offizielle Informationen für die Ordnungspolizei. Die Gestapo und das Regierungspräsidium in Köln benachrichtigten die Landräte zwischen acht und neun Uhr, so daß die Polizei längere Zeit nicht Bescheid wußte und in der Gemeinde Ruppichterath die Zerstörung der Synagoge gar zu verhindern suchte.

Die SA-Brigade „Kurpfalz“ in Mannheim z. B. erhielt den Befehl, die Synagogen „zu sprengen oder in Brand zu setzen“, wogegen der Landrat des pfälzischen Kreises Wittlich einen Funkspruch bekam, daß „Brandlegungen unter allen Umständen zu vermeiden“ seien.

Entgegen den Intentionen der Propagandaleitung waren die Akteure an ihren Uniformen oft leicht zu erkennen. Unklarheit bestand auch über die Beteiligung der SS. Laut der Weisung Müllers konnte sie zur „Gesamtaktion“, laut Heydrich aber nur zur „Durchführung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen“ herangezogen werden. Die Gestapo-Stelle Düsseldorf übernahm einfach beide Formulierungen, und häufig gingen die SS-Formationen ganz selbständig vor.

Vielenorts entglitten die Aktionen der Straße der Kontrolle des Regimes. Mehrfach befahl Berlin im Laufe des Tages die Verhinderung von Plünderungen und die Verfolgung der Täter. Als Goebbels am Abend die Demonstrationen abbrach, waren viele Parteigliederungen und der unorganisierte Mob so schnell nicht wieder zu bremsen. Noch Tage später kam es zu Akten der Gewalt und der Zerstörung.

## V. „Einschneidende Maßnahmen gegen die Juden“

Das Regime ließ gegenüber der Öffentlichkeit keinen Zweifel, daß die „Kristallnacht“ nur der Auftakt der „Folgen“ war, die es den Juden gleich nach dem Attentat Grünspons angedroht hatte. Es verbarg auch weder seine Absicht, die Vorfälle zur Intensivierung der Vertreibung zu nutzen, noch die hierzu eingesetzten Mittel, die vor allem darauf abzielten, den Juden die bislang noch verbliebene materielle Existenzgrundlage zu entziehen.

<sup>12)</sup> U. Adam (Anm. 11), S. 88. Zu den nachfolgenden Beispielen siehe H. Graml (Anm. 1), S. 32 f.; Johannes Simmert (Bearb.), Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933 bis 1945, in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, hrsg. von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken, Bd. 6, Koblenz 1974, S. 1–256; H. Lauber (Anm. 1), S. 88 f.; A. Faust (Anm. 1), Kap. 2 und 3.

Nachdem bereits am 10. November damit begonnen worden war, die äußeren Zeichen der Zerstörungswut zu beseitigen, wurden die Juden am 12. November zur Behebung aller Schäden auf eigene Kosten verpflichtet; ihre Versicherungsansprüche verfielen zu Gunsten des Reiches. Die Ruinen der Synagogen mußten aus dem Stadtbild verschwinden. Wie die zerstörten Gemeindehäuser und Betsäle durften sie nicht wieder hergerichtet werden, sondern wurden auf Kosten der Synagogengemeinden abgerissen, sofern sie nicht umgebaut und zweckentfremdet wurden, nachdem die Grundstücke in „arischen“ Besitz übergegangen waren.

Die „Ausschaltungs-Verordnung“ vom 12. November untersagte den Juden mit Wirkung vom 1. Januar 1939 den Betrieb von Einzelhandels- und Versandgeschäften sowie handwerklicher Unterneh-

men und die Tätigkeit als Betriebsführer und leitende Angestellte, weshalb seit dem Pogrom geschlossene Geschäfte, Handwerksbetriebe und Gaststätten gar nicht erst wieder öffnen durften. Darüber hinaus konnten die Inhaber jüdischer Gewerbebetriebe jeglicher Art nach der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938 zum Verkauf ihrer Geschäfte gezwungen werden. Das gleiche galt für Grundeigentum. Damit ging die „Arisierung“ der Wirtschaft in ihre Endphase. Ein weiterer Schritt zur faktischen Enteignung war die „Sühneleistung“ von einer Milliarde Reichsmark, an deren Aufbringung sich jeder Jude in Form einer Abgabe von 20 Prozent (später 25 Prozent) seines Vermögens zu beteiligen hatte.

Daß der Pogrom und die anschließenden Maßnahmen weniger als Rache- und Sühneakte, sondern in erster Linie als Mittel der nationalsozialistischen Verdrängungspolitik konzipiert waren, zeigten nicht zuletzt die Verhaftung der Juden und ihre Einlieferung in Konzentrationslager, durch die der auf die Juden ausgeübte Druck, ihre wirtschaftlichen Positionen aufzugeben und das Land zu verlassen, nochmals erhöht werden sollte. Darauf deutet schon das ausschließliche Interesse des Regimes an

der Verhaftung wohlhabender männlicher Juden hin.

Die Verhaftungen begannen im Verlauf des 10. November und wurden danach noch tagelang fortgesetzt. Anschließend wurden die meisten Inhaftierten in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau überführt — im gesamten Reichsgebiet zwischen 26 000 und 36 000 Personen. Buchenwald mußte bald wegen Überfüllung gesperrt werden, doch auch in den anderen Lagern herrschten katastrophale Zustände. Die Juden wurden brutaler als die anderen Häftlingsgruppen behandelt, so daß die Lagersterblichkeit sprunghaft anstieg. Gleichwohl unterschieden sich die schlimmsten Verhältnisse, denen sie unterworfen wurden, noch von den unsäglichen Haftbedingungen der späteren Vernichtungsperiode.

Noch während die Transporte in die Lager unterwegs waren, setzten die ersten Entlassungen ein, bei denen die ausreisewilligen und zur „Arisierung“ ihrer Betriebe bereiten und benötigten Juden bevorzugt wurden. Nach und nach kamen dann auch die übrigen wieder frei, so daß sich z. B. — nach einem Höchststand von 9 812 am 14. November 1938 — am Ende des Jahres nur noch 1 637 „Aktionsjuden“ im KZ Buchenwald befanden<sup>13)</sup>.

## VI. Reaktionen

Der Pogrom war die vorläufige Zuspitzung der nationalsozialistischen Politik, die Juden aus dem deutschen Volk „auszutilgen“, und nur wenige der Betroffenen erkannten die Absicht nicht. Insofern erfüllte er seinen Zweck. Manchen Juden trieb die Verzweiflung in den Selbstmord, und die Auswanderung wurde nun zur Massenflucht. Zwischen Herbst 1938 und dem Kriegsbeginn im September 1939 verließen fast ebenso viele Juden das Deutsche Reich wie in den vorausgegangenen fünfzehn Jahren. Die Verbleibenden waren — im stetig engmaschiger geknüpften Netz diskriminierender und entwürdigender Vorschriften eingeschnürt — mehr denn je auf den moralischen, finanziellen und organisatorischen Beistand der jüdischen Gemeinschaft angewiesen, da ihnen das Regime jede Unterstützung verweigerte und die nichtjüdische Bevölkerung nur selten helfen wollte und konnte.

Von den Gruppierungen des organisierten Widerstandes im Inland nahm allein die KPD öffentlich zu den Ausschreitungen Stellung. Die katholische Kirche, neben Teilbereichen des evangelischen Raumes die einzige gesellschaftlich bedeutsame Gruppe, die den Gleichschaltungsdruck der Nationalsozialisten als unabhängige Institution überdauerte, fand kein offenes Wort des Protestes, weil sie selbst in einem „gemäßigten“ Antisemitismus verfangen war, die Juden ihr zu fern standen und sie ihre Kräfte im eigenen Interesse auf den „Kirchenkampf“ konzentrierte. Die „Bekennende Kirche“ blieb ebenfalls stumm. Das kirchenamtliche Schweigen schloß allerdings mutige Einwände. So-

lidaritätsbekundungen und die tätige Barmherzigkeit einzelner Geistlicher, Ordensangehöriger und Laien nicht aus, und insgesamt entsprach die Reaktion der Bevölkerung auf den Pogrom keineswegs den Erwartungen des Regimes und den Behauptungen seines Propagandaapparats<sup>14)</sup>.

Wenngleich quantitative Angaben nicht möglich sind, kann man doch die Bevölkerung des „Dritten Reiches“ gemäß ihrer Haltung zu ihren jüdischen Mitbürgern in drei Gruppen einteilen. Zwischen den vergleichsweise kleinen Gruppen der aktiven Judenfeinde auf der einen und der Vorurteilslosen auf der anderen Seite gab es die Mehrheit der Indifferenten, deren latenter „passiver“ Antisemitismus die Lebensbedingungen der Juden nicht weniger bestimmte als der Haß der Fanatiker. Denn diese konnten sich der Zustimmung jener sicher sein, solange sie sich in einem bestimmten, durch die bürgerlichen Normen „Anstand“ und „Ordnung“ gesetzten Rahmen bewegten — ohne freilich befürchten zu müssen, offene Gewalt könne offenen

<sup>13)</sup> Bundesarchiv, NS 4 Bu / vorl. 137.

<sup>14)</sup> Zum folgenden insbesondere Ian Kershaw, Antisemitismus und Volksmeinung: Reaktionen auf die Judenverfolgung, in Martin Broszat / Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2, München 1979, S. 281–347; William Sheridan Allen, Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht“ — Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Detlev Peuckert / Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 397–411; Sarah Gordon, Hitler, Germans, and the „Jewish Question“, Princeton 1984.

Widerstand provozieren. So fanden beispielsweise die diskriminierenden „Nürnberger Gesetze“ von 1935, die die Radikalen keineswegs befriedigten, in „gemäßigten“ Kreisen ein durchaus positives Echo, weil man meinte, daß mit ihnen eine Wiederherstellung rechtlicher Zustände gelungen und das Ende von Willkür und Terror gegenüber den Juden eingeleitet sei.

So weit die Quellen verallgemeinernde Aussagen zulassen, scheinen die Novemberereignisse die Polarisierung der Bevölkerung über die nationalsozialistische Judenpolitik vertieft zu haben. Die Judenfeinde fühlten sich durch das Attentat Grünspons gerechtfertigt und durch die offizielle Billigung der Aktionen ermuntert. Wohl nicht ohne aktuellen Anlaß wurden Anfang 1939 die Regierungspräsidenten angewiesen, dem „Unwesen“ der Denunziationen wegen „judenfreundlichen“ Verhaltens Einhalt zu gebieten, da sie „einen in jeder Hinsicht unerfreulichen Mißstand“ bedeuteten, der die „unbedingt erforderliche gleichmäßige Anspannung aller deutschen Menschen für produktive lebenswichtige Aufgaben“ erschwere<sup>15)</sup>.

Auf der anderen Seite sahen sich die Gegner der nationalsozialistischen Judenpolitik bestätigt, und manchen bislang Gleichgültigen ließ sie nicht länger unberührt. In vielen Quellen ist zu erkennen, daß der Pogrom allzu offensichtlich gegen wichtige Wertvorstellungen der deutschen Gesellschaft verstieß. Denn er entlarvte schlagartig die selbst noch durch die „Nürnberger Gesetze“ genährte Vorstellung einer scheinbar legalen, „humanen“ Verdrängung der jüdischen Mitbürger als Illusion. Plünderungen und Zerstörungen widersprachen bürgerlichen Besitz- und Sicherheitsidealen und zudem existentiellen Bedürfnissen der Bevölkerung in einer Zeit, in der sich der Lebensstandard eben erst wieder dem vor der Weltwirtschaftskrise erreichten Niveau annäherte und die Propaganda ständig Sparsamkeit zugunsten der kriegsnotwendigen Selbstversorgungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft predigte.

Als krasser, illegaler und „unordentlicher“ Vorfall schreckte der Pogrom alle, die Recht und Ordnung schätzten, und sei es auch nur die Scheinlegalität und die polizeistaatliche Ordnung des „Dritten Reiches“. Offene Gewalt verletzte schließlich den christlichen Grundsatz der Nächstenliebe und das bürgerliche Prinzip der Unantastbarkeit der Menschenwürde, die sich so lange mit Judenfeindschaft vertrugen, so lange diese für die Mehrheit der Bevölkerung eher abstrakt blieb: eine Ideologie, die von anderen verkündet und von anderen in eine Politik umgesetzt wurde, die andere betraf. Buchstäblich über Nacht war jedoch der Antisemitismus so konkret wie nie zuvor geworden, richtete er sich nicht mehr gegen „die Juden“, die nach und nach und für teilnahmslose Zeitgenossen kaum wahrnehmbar aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, sondern gegen den gedemütigten und drangsalierten jüdischen Nachbarn.

<sup>15)</sup> Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 18–14, Bl. 149.

Daß solcherart wertorientierte Vorbehalte gleichwohl nicht notwendigerweise den antisemitischen Konsens weiter Bevölkerungskreise mit dem Regime ernsthaft in Frage stellten, verdeutlichen die Reaktionen des Regimes selbst. Denn nicht zum erstenmal, aber wegen der Häufung der Vorgänge besonders augenfällig zeigte sich bei der Verfolgung der in den Novembertagen begangenen Straftaten die den Nationalsozialisten eigene Doppelmoral. Sie gebot ihnen, einen Schleier sinnentleerter Rechts- und Ordnungsnormen aufrechtzuerhalten, und gestattete es ihnen zugleich, in seinem Schutz verbrecherisches Tun zu befehlen und zu akzeptieren.

Das Regime ließ während des Pogroms geschehene Eigentumsdelikte polizeilich und gerichtlich verfolgen, Tötungen, schwere Körperverletzungen und Beschädigungen jüdischer Wohnungen und Geschäfte jedoch nur, wenn „eigensüchtige Motive“ zugrunde lagen; Sachbeschädigungen an Synagogen und jüdischen Friedhöfen nahm es von der Verfolgung aus. Angehörige der NSDAP und ihrer Gliederungen hatten sich zunächst vor der parteieigenen Gerichtsbarkeit zu verantworten, vor der sie selbst bei schweren Verbrechen mit Milde, wenn nicht gar mit Straffreiheit rechnen konnten, sofern ihr Verhalten sich im Rahmen der nationalsozialistischen Vorstellungen von „Anstand“ und „Ordnung“ gehalten hatte. Zudem wurde ihnen die Annahme zugebilligt, auf höheren Befehl gehandelt zu haben. Doch auch vor der ordentlichen Justiz kam es auf Anweisung aus Berlin gewöhnlich nur wegen Plünderung, Raub, Erpressung und Sittlichkeitsverbrechen zu Verurteilungen, während Verfahren wegen Mord und Totschlag niedergeschlagen wurden.

So ist die vom Regime beschworene „Empörung der Bevölkerung“ zwar häufig auf Widerwillen und Ablehnung in der Bevölkerung gestoßen, doch hat dies die allgemeine Stimmung im Herbst und Winter 1938/39 wohl nicht geprägt. Wenngleich die Mißbilligung der antisemitischen Verfolgungen zunahm, so hatten die meisten Deutschen doch andere Interessen und Sorgen als das Schicksal der Juden, mit denen zu sympathisieren außerdem verhängnisvolle Folgen haben konnte. Überdies rückte das Regime die Judenpolitik alsbald wieder aus den Schlagzeilen der Zeitungen und schlachtete lediglich das Begräbnis Ernst vom Rath, das am 17. November mit großem Zeremoniell in dessen Heimatstadt Düsseldorf stattfand, propagandistisch aus. Es wäre interessant zu wissen, wieviele der Tausende, die den Weg des Trauerzuges für vom Rath säumten, dies aus eigener Betroffenheit taten, und wieviele nur ihre Neugier auf den „Führer“ und die übrige angereiste Prominenz befriedigten.

Der Überlegung wert erscheinen darüber hinaus die — mit einem Abstand von 50 Jahren allerdings kaum schlüssig zu beantwortenden — Fragen, wieviele Menschen den Pogrom überhaupt miterlebten, wieviele bereit waren, ihn bewußt wahrzunehmen, und inwieweit ihr Denken und Handeln durch den Pogrom bestimmt wurde. 1939 wohnten 90 Pro-

zent aller deutschen Juden in nur 200 Gemeinden, weshalb die Novemberereignisse in den zahllosen Kleinstädten und Landgemeinden ohne jüdische Bevölkerung allenfalls ein Medienereignis waren. Wo es zu Aktionen kam, gab es zumeist nur relativ wenige Augenzeugen; wer später die Trümmer sah, brauchte nicht zu verharren und konnte schnell zur Tagesordnung, zu den Pflichten und Ablenkungen des Alltags übergehen<sup>16)</sup>.

Während die jüdischen Geschäftsleute noch die Trümmer ihrer Läden von den Bürgersteigen räumten, fand z. B. auf der Düsseldorfer Pferderennbahn das „Ernst-Bischof-Rennen“ statt. An der Börse drückten lediglich kleinere Glattstellungen auf das Kursniveau; rasch kam es zu einer „kräftigen Erholung“. Die Glasindustrie profitierte von

der Zerstörungswut. Die Bevölkerung klagte in diesen Wochen über die mangelhafte Qualität der Kartoffeln und diskutierte eine Verlängerung der Arbeitszeit. Vielerorts liefen die Kinder in diesen Novembertagen mit den Martinszügen durch die Straßen, und am 11. 11. begann der rheinische Karneval. In Köln wurde zum Auftakt der Saison die Grundsteinlegung des Ostermann-Brunnens auf dem „Ostermann-Pläätzge“ vorgenommen. Dem „Westdeutschen Beobachter“ zufolge zeigte die kleine Feier „so recht das fröhliche alte Köln, das in Willi Ostermann einen unvergeßlichen Kunder gefunden hat und in seinen Liedern ewig weiterleben wird<sup>17)</sup>“. Weitsichtige Menschen begannen schon mit den ersten Vorbereitungen für das Weihnachtsfest. Wurde ihre Vorfreude von Gedanken an die Juden getrübt?

## VII. Der Pogrom und der Holocaust

Der Novemberpogrom war der Höhepunkt der gegenüber den Juden vor dem Krieg angewandten Gewalt, doch war er kein „Voraussignal für Auschwitz“<sup>18)</sup>, wenngleich er manchem Zeitgenossen erst die Augen über das wahre Ausmaß des nationalsozialistischen Judenhasses öffnete und eine noch schlimmere Zukunft als nicht ausgeschlossen erscheinen ließ. Aber es führt kein geradliniger historischer Entwicklungsstrang von den Transporten nach Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen im November 1938 in die späteren Ver-

richtungslager Osteuropas: Der seit 1933 praktizierten Umsetzung des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus in staatlich sanktionierte Diskriminierungs- und Vernichtungsmaßnahmen lag kein ausgearbeiteter und streng eingehaltener Plan zugrunde<sup>19)</sup>.

Das Endergebnis der nationalsozialistischen Judenpolitik, der Holocaust, wie auch das propagandistisch manipulierte Selbstbild des Regimes und sein Sprachgebrauch („Endlösung“, „Ausrottung“, „Ausmerze“ etc.) verleiten leicht zu falschen Schlüssen. Es ist zwar unübersehbar, daß die Judenfeindschaft ein zentrales und durchgängiges Element nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik war, aber die tatsächliche Form und die Durchführung blieben lange Zeit vage und wurden von pragmatischen Überlegungen mitbestimmt. Die nationalsozialistische Rassenpolitik wurde nicht konsequent und nicht ohne jede Hinderung durch andere Ziele durchgesetzt. Vielmehr sahen sich die Führungsspitzen genötigt, auf wirtschaftliche Notwendigkeiten ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf die Reaktionen des Auslandes und Empfindlichkeiten in Teilen der deutschen Bevölkerung gegenüber den antijüdischen Maßnahmen.

Die Politik des „Dritten Reiches“ gegenüber den deutschen Juden zerfällt in zwei große Abschnitte: In den Jahren von 1933 bis 1941 erfolgt schrittweise die rechtliche und soziale Ausgliederung der Juden aus der deutschen Gesellschaft, um ihnen den Aufenthalt in Deutschland zu verleiden und sie zur Emigration zu bewegen. In dem 1941 beginnenden zweiten Abschnitt ist hingegen nicht mehr ihre Auswanderung bzw. ihre Ausweisung das Mittel zur

<sup>16)</sup> Zum folgenden ausführlicher A. Faust (Anm. 1), Kap. 5.

<sup>17)</sup> Westdeutscher Beobachter vom 12. November 1938.

<sup>18)</sup> So Max Oppenheimer / Horst Stuckmann / Rudi Schneider. Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute. Frankfurt/M. 1978. S. 14. Siehe beispielsweise jetzt auch W. H. Pehle in der Vorbemerkung zu der von ihm herausgegebenen Aufsatzsammlung (Anm. 1). Pehle vertritt die Auffassung, daß die Ausschreitungen des November 1938 „konsequent auf ein Ziel“ hinausgelaufen seien: auf die Vernichtung der Juden (S. 10), was von den Autoren des von ihm edierten Bandes allerdings sehr viel differenzierter gesehen wird. Zur ausgedehnten und z. T. sehr heftig geführten wissenschaftlichen Diskussion um die „Planmäßigkeit“ der nationalsozialistischen Judenpolitik siehe u. a. Konrad Kwiet. Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 27 (1980), S. 149–92; Otto D. Kulka. Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the „Jewish Question“ (1924–1984), in: Year Book XXX of the Leo Baeck Institute, London 1985, S. 215–42; Kurt Pätzold. Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Dietrich Eichholz / Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Köln 1980<sup>2</sup>, S. 181–208; Uwe Dietrich Adam. Der Aspekt der „Planung“ in der NS-Judenpolitik, in: Thomas Klein / Volker Losemann / Gunther Mai (Hrsg.), Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart. Düsseldorf 1984, S. 161–78; Wolfgang Scheffler. Wege zur „Endlösung“, in: Herbert A. Strauss / Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985, S. 186–214; H. Graml, in: Pehle (Anm. 1).

<sup>19)</sup> Zur Einordnung des Novemberpogroms in den Gesamtzusammenhang der „Lösung der Judenfrage“ sehr dezidiert Kurt Pätzold. Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938. Zu einer Kontroverse, in: Jahrbuch für Geschichte, 26 (1982), S. 193–216; siehe auch A. Barkai (Anm. 8), S. 146 ff.

„Endlösung“, sondern ihre physische Vernichtung.

Im ersten Abschnitt lassen sich mehrere Perioden aufzeigen, die den Wechsel der Strategien und die Verschärfung der Maßnahmen verdeutlichen:

— 1933/34 erfolgt zunächst die von „wilden Aktionen“ begleitete Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben.

— 1935 bis 1937 weitet sich die jüdische Isolierung vor allem durch den Ausbau des rechtlichen Diskriminierungsinstrumentariums und durch die fortschreitende Verdrängung aus der Wirtschaft aus, während Einzelaktionen zurücktreten.

— Mit dem Ziel, die Auswanderung voranzutreiben, wird 1938/39 insbesondere im wirtschaftlich-sozialen Bereich der auf die Juden ausgeübte Druck verstärkt. Hierbei spielt der Pogrom vom November 1938 eine herausragende Rolle. Doch seine äußere Form ist nicht mehr typisch. Als offener Exzeß nationalsozialistischer Horden und des unorganisierten Mobs wiederholt er sich nicht; vielmehr erscheint er als Nachklang der „revolutionären“ Phase des Nationalsozialismus, dessen Terror zunehmend in bürokratisierten und effizienteren Bahnen abläuft.

Daß diese Perioden nicht die Abfolge eines vorgegebenen Stufenplanes nachvollziehen, zeigt sich nicht zuletzt in der improvisierten Organisation des Novemberpogroms und wird im Zweiten Weltkrieg besonders deutlich, als der bisher verfolgte Weg zur „Endlösung“ in eine Sackgasse mündet. Während einerseits in schneller Folge Millionen Juden unter den Zugriff der bald zügellosen nationalsozialistischen Willkür geraten, wird das Ziel ihrer „Ausschaltung“ durch Auswanderung aufgrund des Kriegszustandes mit den meisten Aufnahmeländern und aufgrund des gewaltigen Umfangs des in Frage kommenden Personenkreises immer illusorischer.

Als Versuche, die Juden in bestimmten Regionen der besetzten Gebiete zusammenzuziehen, im Chaos enden und Pläne, sie auf die Insel Madagaskar oder hinter den Ural abzuschicken, spätestens mit der unerwarteten Dauer des im Juni 1941 begonnenen Krieges gegen die Sowjetunion hinfällig werden, geht das Regime im Herbst 1941 zum Mittel der systematischen Deportation und Vernichtung über, nachdem es schon vorher zu Tötungsaktionen an polnischen und sowjetischen Juden gekommen ist. Insgesamt fallen diesem Massenmorden ca. 5,7 Millionen Juden zum Opfer.

# Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus 1933—1939

## I. Der Antisemitismus wird Staatsdoktrin

Anfang 1933 lebten im Deutschen Reich etwas mehr als eine halbe Million Menschen, die sich zum Judentum bekannten (0,76 Prozent der Gesamtbevölkerung). Zur Besonderheit dieser Minorität gehörte, daß sie in einigen Berufen überproportional häufig vertreten war, vor allem im Handel (u. a. als Makler und Bankiers), in den Berufsgruppen der Ärzte und Rechtsanwälte und in künstlerischen Berufen. Das hatte lange zurückliegende soziale und politische Gründe, für die die Juden selbst die geringste Verantwortung trugen. Die traditionelle Judenfeindschaft mit ihren lange über die formelle bürgerliche Gleichstellung der Emanzipationszeit hinaus wirksamen gesellschaftlichen Diskriminierungen scherte sich indes nicht darum, was Ursache, was Wirkung war. Ebenso war es den Antisemiten wenig wichtig, wie die Juden als kulturelle und religiöse Minderheit in Deutschland tatsächlich lebten; ihnen war nur am Zerrbild einer allen Deutschen feindlich gesonnenen, Wucher und Schacher treibenden Schar fremdartiger „Schmarotzer“ gelegen, das sich als politisches Instrument gebrauchen ließ<sup>1)</sup>. Überspitzt formuliert hätte der Antisemitismus gar nicht gegen die in der Wirklichkeit existenten Juden gerichtet sein müssen, denn seine Funktion bestand ja auch — und bis 1933 sogar in erster Linie — darin, als Motivations- und Rechtfertigungsideologie Anhänger zu mobilisieren und beim Kampf um die Macht zu aktivieren.

Konkretisieren ließ sich der seit dem 19. Jahrhundert anwachsende Rassenantisemitismus am ehesten an der Gruppe der — mehrheitlich die polnische Staatsbürgerschaft besitzenden — Ostjuden, die im Deutschen Reich lebten. Diese Ostjuden, die

den Kaftan oder wenigstens einen Gehrock trugen, die jiddisch sprachen und nicht nur im Religiösen orthodox waren, traten überwiegend in Berlin in Erscheinung. Im Scheunenviertel, unweit vom Alexanderplatz, führten die meisten von ihnen ein kümmerliches Leben. Man konnte sich ins osteuropäische „Stetl“ versetzt fühlen, unter die Kleinhändler und Arbeitslosen, die die Straßen bevölkerten, und unter die Frommen, die die Bethäuser und Synagogen füllten.

Aus der Perspektive der deutschen Juden, der Emanzipierten und Assimilierten, für die Jiddisch eine Fremdsprache war, die die Sitten und Gebräuche der Ostjuden als seltsam empfanden, waren diese Menschen allenfalls Objekte der Fürsorge, wie man sie in Elend und Not lebenden entfernten Verwandten eben schuldet. Die Unterstützung von Auswanderungsbestrebungen dieser Ostjuden nach Übersee lag den alteingesessenen deutschen Juden vor allem am Herzen, aus naheliegenden Gründen. Denn keinesfalls wollten sie mit diesen knapp 99 000 Glaubensbrüdern identifiziert werden, die 1933 in der Statistik des Deutschen Reiches besonders aufgeführt wurden, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht hatten. Daß ihnen genau dieses widerfuhr, vergrößerte nur noch die Distanz.

Schlimmer als diese auf bewußter Karikatur oder absichtsvollem Mißverständnis beruhende Konkretisierung des Jüdischen in der nationalsozialistischen Propaganda waren freilich die Verschwörungstheorien, die auf sozialem Neid aufbauten und die die — keineswegs in der Überzahl befindlichen — wohlsituierten Juden zum Ausgangspunkt nahmen, um Machenschaften eines „Weltjudentums“ gegen „die Deutschen“ zu unterstellen. Das war insbesondere bei Kleinbürgern und verarmten Angehörigen des Mittelstands wirksam, weil es simple Erklärungsmuster für die kaum zu durchschauenden Ursachen der ökonomischen Katastrophe der Inflation von 1923 lieferte. Weniger primitiv, aber nicht weniger falsch war der Vorwurf, die deutschen Juden lebten in einer doppelten Loyalität, nämlich zuerst als Juden, dann als Deutsche. Genauso falsch war die Behauptung, die jüdische Minderheit in Deutschland sei eine soziologisch, kulturell, politisch und geistig geschlossene Gruppe mit gleichartigen Überzeugungen und Verhaltensweisen.

<sup>1)</sup> Zum Antisemitismus, zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Judenpolitik und ihren Wirkungen zusammenfassend am besten: Hermann Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich. München 1988; siehe auch Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Bonn 1985; Hermann Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt 1983; Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933—1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1988 (Auf diese im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte veröffentlichte Darstellung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Existenz der jüdischen Minderheit stützt sich dieser Aufsatz in vielen Einzelheiten.); Arnold Paucker/Sylvia Gilchrist/Barbara Suchy (Hrsg.), Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Tübingen 1986.

Am 30. Januar 1933 hatte sich die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten als erfolgreich erwiesen. Der Antisemitismus wurde — daran waren bald alle Zweifel vergeblich — zur Staatsdoktrin erhoben, und es war — wenn auch nur für eine ganz kurze Zeit — allenfalls die Frage, ob die Ju-

denfeindschaft durch staatliche Maßnahmen in Taten umgesetzt werden oder ob sich der zum Erfolg gelangte Nationalsozialismus mit Drohgebärden begnügen würde. Darauf hofften natürlich viele, die in angstvollem Abwarten die Hitler-Regierung beobachteten.

## II. Reaktionen auf den 30. Januar 1933

Die „Jüdische Rundschau“, das Organ der Zionisten, schrieb zum Amtsantritt Hitlers, mit der Bildung einer Regierung, in der die NSDAP die wichtigsten Positionen innehatte, sei der Zustand der Unklarheit beendet: „Wir stehen als Juden vor der Tatsache, daß eine uns feindliche Macht die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hat.“ Der Nationalsozialismus sei „eine entscheidende Kraft im deutschen Volke“ geworden, „die gering zu schätzen irrig wäre“. Wenn Hitler „im letzten halben Jahr der Weg zur Macht versperrt“ gewesen sei, „so gewiß nicht wegen seines antisemitischen Programms“. Vielmehr könne man eher behaupten, unter dem Druck der NSDAP sei „auch ohne Machtergreifung Hitlers die Ausschaltung der Juden bereits betrieben“ worden<sup>2)</sup>.

Mit dieser Auffassung standen die Zionisten der Zukunft skeptischer gegenüber als die im „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ organisierten Juden, die sich programmatisch ebenso zum „Judentum“ wie zum „Deutschtum“ bekannten, die dem Traum einer deutsch-jüdischen Symbiose anhängen und deren nationale Hoffnungen und Sehnsüchte sich in nichts von denen der nichtjüdischen deutschen Staatsbürger unterscheiden. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten gaben sich aber die jüdischen Kommentatoren auch in den folgenden Wochen und oft noch darüber hinaus überzeugt, daß zwischen dem Volkstribun Hitler mit seiner SA, die „Juda verrecke“ brüllte, und dem von deutschnationalen und anderen hochkonservativen Notablen flankierten Reichskanzler Hitler ein grundlegender Unterschied bestehe. Was der Parteiführer Hitler propagiert habe, könne der Kanzler Hitler nicht realisieren, ja nicht einmal wollen. Im übrigen glaubte man an die Kraft der Normen, an die Verankerung der Gleichberechtigung der deutschen Juden in der Reichsverfassung, die nicht durch das Programm der NSDAP einfach ersetzt werden könne, und beschwor die Realitäten, die man für unabänderlich hielt: das Interesse der Juden der Welt an ihren deutschen Glaubensbrüdern, die Kräfte im deutschen Volk, „die sich gegen eine barbarische antijüdische Politik wenden würden“, und die Stellung Deutschlands „innerhalb der ge-

samten Kulturnationen“, die vom Verhalten des Reiches in der Judenfrage abhängig sei<sup>3)</sup>.

Das Präsidium des Centralvereins übergab am 30. Januar 1933 der Öffentlichkeit eine Resolution, deren Quintessenz lautete: „Im übrigen gilt heute ganz besonders die Parole: Ruhig abwarten.“ Dies war auch der Tenor des Artikels, den Ludwig Holländer, der Direktor des Centralvereins, anlässlich der „Machtergreifung“ verfaßte: „Ernst und besorgt blicken die deutschen Juden in die Zukunft“, hieß es da, und es habe keinen Sinn sich über die Gefahr zu täuschen, die darin bestehe, daß die führenden Männer seiner judenfeindlichen Partei nun die Politik beherrschten. Aber: „Auch in dieser Zeit werden die deutschen Juden ihre Ruhe nicht verlieren, die ihnen das Bewußtsein untrennbarer Verbundenheit mit allem wirklich Deutschen gibt . . . Viel zu tief ist in ihnen das Bewußtsein verwurzelt, was für sie der deutsche Lebensraum bedeutet. Dieses Bewußtsein und nicht zuletzt die Tatsache ihrer Leistungen für Deutschland geben den deutschen Juden heute Kraft und Halt.“

Holländer steigerte sich zu einer pathetischen Beschwörung jener Tugenden, die dem Centralverein als Leitmotive galten (und die auch die ideologische Gegenposition zum Zionismus markierten): „Nur aufrechtes Bekenntnis zu unserem wahren Wesen, unbedingte Mannhaftigkeit und stärkster Nachdruck in der Selbstbehauptung dessen, was wirklich deutsch und wirklich jüdisch ist, wird dem heute lebenden Geschlecht der deutschen Juden Anspruch geben, vor der Geschichte zu bestehen.“<sup>4)</sup>

Darüber hinaus baute man im Centralverein auf Recht und Gesetz und auf die — viele Gegner der Regierung Hitler tröstende — Vermutung, daß sich das Bündnis der bürgerlichen Konservativen mit der NSDAP als kurzlebiges Experiment herausstellen würde. Zudem setzte man auf den greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, zu dessen „Gerechtigkeitssinn und Verfassungstreue“ man Vertrauen bekundete und von dem man hoffte, daß er sich als Fels in der Brandung erweisen werde<sup>5)</sup>.

<sup>3)</sup> Ebd.

<sup>4)</sup> C. V.-Zeitung vom 2. Februar 1933 (Ludwig Holländer, Die neue Regierung).

<sup>5)</sup> C. V.-Zeitung vom 2. Februar 1933.

<sup>2)</sup> Jüdische Rundschau vom 31. Januar 1933 (Regierung Hitler).

Auf den Reichspräsidenten richteten sich im Frühjahr 1933 die Hoffnungen vieler. Vor allem den kleinen Leuten erschien er als mächtiger Gebieter, dessen Wort dem Treiben der Antisemiten Einhalt gebieten könne. Eine Berlinerin, Frieda Friedmann, klagte in einem Brief vom 23. Februar 1933 dem Reichspräsidenten ihr Leid. Es war kein Einzelschicksal: „Ich war 1914 verlobt, mein Verlobter fiel 1914. Zwei meiner Brüder Max und Julius Cohn fielen im Jahre 1916 und 1918. Mein letzter Bruder Willy kam erblindet durch Verschüttung aus dem Felde zurück . . . Alle haben das Eiserne Kreuz für Verdienst am Vaterland. Jetzt jedoch ist es in unserem Vaterlande so gekommen, daß auf der Straße öffentlich Broschüren gehandelt werden: ‚Juden raus!‘ öffentliche Aufforderung zu Pogromen und Gewalttaten gegen die Juden. Wir sind Juden und haben unsere vollste Pflicht für das Vaterland erfüllt. Sollte Ew. Exzellenz da nicht Abhilfe schaffen können und dessen eingedenk sein, was auch die Juden dem Vaterland geleistet haben? Ist die Judenhetze Tapferkeit oder Feigheit, wenn es im deutschen Staat bei 60 Millionen Menschen 1 % Juden gibt?“

Das Büro des Reichspräsidenten bestätigte umgehend den Empfang des Schreibens. Staatssekretär Meissner versicherte Frau Friedmann, daß der Herr Reichspräsident mit Anteilnahme vom schweren Kriegsschicksal der Familie Kenntnis genommen habe und mitteilen lasse, daß er die erwähnten Ausschreitungen gegen jüdische Reichsangehörige lebhaft mißbillige und bedauere. Der Brief wurde auch der Reichskanzlei zur Kenntnis gebracht und Hitler vorgelegt, der an den Rand schrieb: „Die Behauptungen dieser Dame sind ein Schwindel! Es ist selbstverständlich nicht eine Aufforderung zum Progom (so!) erfolgt!“<sup>6)</sup>

So groß die Besorgnis bei den Vertretern der jüdischen Organisationen war, stärker war die Begeisterung eines beträchtlichen Bevölkerungsteils, der die schlechten Zeiten für überwunden hielt und sich emotionalen Aufwallungen hingab, stimuliert durch nationale Reden, durch Fackelzüge, durch Demonstrationen, die den Anbruch eines neuen Zeitalters illustrierten. Selbst im kühlen Hamburg gingen die Wogen hoch, als Nationalsozialisten und die Männer vom Stahlhelm gemeinsam durch die Straßen zogen: „Wir waren wie berauscht vor Begeisterung, geblendet vom Licht der Fackeln gerade vor unsern Gesichtern und immer in ihrem Dunst, wie in einer süßen Wolke von Weihrauch. Und vor uns Männer, Männer, Männer, braun, bunt, grau, braun, eine Flut von einer Stunde und 20 Minuten . . . ‚Juda, verrecke‘, wurde auch mal gerufen

6) Zit. nach Klaus J. Herrmann, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934*, Köln 1969, S. 55 f.

und vom Judenblut gesungen, das vom Messer spritzen solle.“

Luise Solmitz, die diese Sätze am 6. Februar 1933 in ihr Tagebuch schrieb, fügte später, als sich ihre Begeisterung über Hitler gelegt hatte, hinzu: „Wer nahm das damals ernst?!“ Frau Solmitz war mit einem Juden verheiratet. Ihr Mann war als Fliegeroffizier des Ersten Weltkriegs mit Göring persönlich bekannt und durfte sich deshalb später dessen schützender Hand erfreuen, aber das änderte nichts daran, daß die Familie dann von den Nürnberger Gesetzen betroffen war, daß die Tochter der Tagebuchschreiberin als „Halbjüdin“ ihre Schule verlassen mußte. Das bewirkte schließlich die Bekehrung der Frau Solmitz vom Nationalsozialismus<sup>7)</sup>.

Die optimistische Vermutung, daß die Judenfeindschaft der NSDAP nicht in Judenverfolgung münden würde, teilten mit dem Centralverein auch andere Gruppen im deutschen Judentum. Im „Israelit“, dem „Centralorgan für das orthodoxe Judentum“, war zu lesen, daß das Kabinett Hitler zwar eine „schwere stimmungsmäßige Belastung der ganzen deutschen Judenheit“ bedeute. Aber man gab sich zuversichtlich, daß die neue Regierung nicht nach den Rezepten im „Völkischen Beobachter“ und im „Angriff“ vorgehen, also „kurzer Hand die deutschen Juden ihrer verfassungsmäßigen Rechte entkleiden, sie in ein Rassen-Ghetto sperren oder den Raub- und Mord-Instinkten des Pöbels preisgeben“ werde. Des Ernstes der Lage müsse man sich jedoch bewußt sein, denn je weniger die neuen Männer die versprochenen wirtschafts- und sozialpolitischen Wunder wirken könnten, desto näher liege für sie der Wunsch, „doch wenigstens ein paar Absätze aus dem rassentheoretischen Programm der Partei in die politische Wirklichkeit umzusetzen“, und das könne „ohne sensationelle und kompromittierende Judengesetze auf dem Wege des ‚trockenen Pogroms‘, der systematischen Aussperrung und Aushungerung der Juden im wirtschaftlichen und kulturellen Leben leicht geschehen“<sup>8)</sup>.

Es gab aber auch Gruppierungen im deutschen Judentum, die sich bemühten, die neue Regierung in rosigem Licht zu sehen. Der „Verband nationaldeutscher Juden“ hatte sich längst weit rechts im politischen Spektrum der Weimarer Republik etabliert. Zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 hatte der Verband die Parole ausgegeben „Wählt deutsch! (Gemeint war die Deutschnationale Volkspartei.) Unser Vaterland ist dort, wo unsere Seele ist . . . Diese unverbrüchliche Verbundenheit mit dem deutschen Volke kann uns nicht geraubt werden, nicht durch Drohungen irregeleiteter

7) Werner Jochmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933*, Dokumente, Frankfurt a. M. 1963, S. 423.

8) Der Israelit vom 2. Februar 1933 (Die neue Lage).

Judenfeinde, nicht durch Hirngespinnste einiger dem Deutschtum künstlich entfremdeter Zionisten, nicht durch Angstpolitik einer kleinen wurzellosen Zwischenschicht. Das Volksgefühl gibt den Ausschlag, nicht die sogenannte ‚Rasse‘.“<sup>9)</sup>

Verschiedene Motive bestimmten die Haltung der „nationaldeutschen Juden“: Die Frontstellung gegen den Marxismus gehörte dazu, aber auch das zwanghafte Bedürfnis, äußersten Patriotismus zu beweisen. Daß der Verband unter Führung des Rechtsanwalts Max Naumann sich von den Zionisten wie auch von den Ostjuden distanzierte, lag auf der Hand, ebenso, daß er von den anderen Richtungen im Judentum mit Argwohn betrachtet wurde. Nationalsozialismus ohne die antisemitischen Ingredienzen seiner Ideologie wäre dieser Richtung – und anderen patriotischen deutschen Juden bis hin zu jener kleinen Organisation, die sich „Deutscher Vortrupp-Gefolgschaft deutscher Juden“ nannte und sich besonders chauvinistisch gebärdete – schon recht gewesen.

Die „nationaldeutschen“ Juden wurden natürlich von der NSDAP höhnisch zurückgewiesen. Im „Völkischen Beobachter“ konnten sie lesen, daß die „plumpen und verächtlichen Anbiederungsversuche“ des Verbands nationaldeutscher Juden den Nationalsozialisten pathologisch anmuteten und daß die ultradeutsche Gebärde sinnlos sei<sup>10)</sup>. Der Verband wurde im Herbst 1935 verboten. Im Frühjahr 1935 hatte Max Naumann noch von Hitler verlangt, bei der Wiedereinführung der Wehrpflicht die „nationaldeutschen Juden“ den „Ariern“ gleichzustellen und nicht vom Waffendienst auszuschließen. Zudem hatte Naumann das Angebot gemacht, für die notwendige „Abgrenzung zwischen den zuzulassenden nationaldeutschen Juden und den nicht zuzulassenden Fremdjuden“ Anregungen zu unterbreiten<sup>11)</sup>.

Auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten übte sich in selbstverleugnender Loyalität. Seine Hauptaufgabe sah der betont national auftretende Reichsbund wie schon vor 1933 darin, mit Hinweis auf die 12 000 jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs der antisemitischen Propaganda vom „Drückebergertum“ der Juden entgegenzutreten. Dazu diente in erster Linie die Zeitschrift „Der Schild“, die im August 1933 in einer Sondernummer erschien, in der die Rechtsposition der jüdischen Deutschen eindringlich beschworen wurde. Der Hauptmann a. D. und Bundesvorsitzende Löwenstein z. B. be-

tonte, daß die jüdischen Frontkämpfer auch nach dem Krieg ihren Mann in den Kämpfen „gegen Chaos und Bolschewismus“ gestanden hätten, und definierte das Recht und die Pflicht der deutschen Juden: „Auf deutschem Boden ist das geistige und körperliche Erbgut der deutschen Juden in fast zwei Jahrtausenden gewachsen; das innere Recht an diesem deutschen Boden kann keiner uns streitig machen. Dieses Recht ist aber ebenso das Fundament unserer Pflicht gegenüber Deutschland, an dessen nationalem Neubau wir mit all unseren Kräften mitwirken wollen und für das wir allezeit nach innen wie nach außen in der Treue stehen, die das Mark auch unserer Ehre ist.“<sup>12)</sup>

Die öffentlichen Reaktionen der verschiedenen politischen bzw. ideologischen Richtungen im Judentum dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der Juden die Ereignisse sicherlich ängstlich abwartend, aber vor allem indifferent hinnahm. Es waren die wenigsten, die auf die neue Regierung mit dem Gedanken an Auswanderung reagierten. Diejenigen, die sich politisch oder literarisch gegen die Hitlerbewegung exponiert hatten – wie der Schriftsteller Lion Feuchtwanger oder der Pazifist Emil Gumbel –, flohen natürlich ins Exil. Aber die Mehrzahl fühlte sich persönlich nicht bedroht und dachte nicht an Auswanderung. Daß nur die Emigration lebensrettend war und daß viele trotz der Flucht nach Frankreich und Holland den Häschern der Gestapo in die Hände fallen sollten – wer konnte das vor dem November 1938 wissen? Zudem gab es bürokratische, juristische und emotionale Hindernisse, die der Auswanderung entgegenstanden.

Im Rückblick ist es nicht schwer festzustellen, daß diejenigen, die am frühesten von Maßnahmen der neuen Regierung betroffen wurden, die größeren Chancen hatten. Margot Bloch-Wresinski etwa, eine junge Sozialarbeiterin in Berlin, verlor im Mai 1933 ihre Stelle und schloß sich einem Jugendgefährten an, der schon zwei Monate vorher als Jude die Kündigung erhalten hatte. Er wollte sich „als Pionier zum Aufbau von Palästina melden“. Die jungen Leute bereiteten sich im Memelland auf einem Gut auf das Siedlerleben in Palästina vor. „Hachscharah“, Ertüchtigung, hieß dieses Training. Ende 1934 gingen sie in Haifa an Land<sup>13)</sup>.

<sup>12)</sup> Der Schild vom 15. August 1933 („Unsere Pflicht – unser Recht“); Herman O. Pineas, Erinnerungen an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Leo Baeck Institute New York, Pineas Collection; vgl. Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938, Düsseldorf 1977.

<sup>13)</sup> Margot Bloch-Wresinski, Streiflichter aus dem einfachen Leben einer deutsch-jüdischen Einwanderin, Manuskript im Leo Baeck Institute, New York; vgl. Werner T. Angress, Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985.

<sup>9)</sup> Zit. nach Anschläge – 220 politische Plakate als Dokumente der deutschen Geschichte 1900–1980, ausgewählt und kommentiert von Friedrich Arnold, Ebenhausen b. München 1985, S. 111.

<sup>10)</sup> Völkischer Beobachter vom 23. August 1933 (Zum zionistischen Weltkongreß).

<sup>11)</sup> K. J. Herrmann (Anm. 6), S. 25.

Die Wendung zum Zionismus und der Anschluß an den „Hechaluz“, die Pionierorganisation der jungen Juden für Palästina, war jedoch die Ausnahme. Die Erinnerung des jungen Frankfurter Juden Georg Kiever an die Anfänge der NS-Zeit überliefert die typischere Reaktion. Die Wendung vieler Juden zum Zionismus war ihm ebenso unverständlich wie die Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft. Er lebte in einem bewußt assimilierten El-

ternhaus, in dem keine tiefe Bindung zur jüdischen Religion bestand. „Dem ganzen damaligen Rummel vom wiedererweckten jüdischen Bewußtsein stand ich ablehnend gegenüber. Dabei war anfänglich durchaus nicht eine betonte deutsche Haltung meinerseits ausschlaggebend, das kam erst später. Vorläufig war meine Absicht, in absehbarer Zeit einen technischen Beruf zu ergreifen, wesentlicher.“<sup>14)</sup>

### III. Legalität und Loyalität

Ludwig Feuchtwanger, der Bruder des Schriftstellers Lion Feuchtwanger und Herausgeber der „Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung“, veröffentlichte Mitte Februar 1933 grundsätzliche Betrachtungen zur jüdischen Situation, in denen er u. a. das Kardinalproblem aller Staatsbürger unter nationalsozialistischer Herrschaft aufwarf, nämlich die Frage nach der dem NS-Regime zustehenden Loyalität und nach der Legalität einer Obrigkeit, die verfassungsrechtliche Maximen offensichtlich nicht ernst nahm und die „jeden Widerstand und jede Gegenwehr zum Unrecht und zur Rechtswidrigkeit, zur ‚Illegalität‘“ machte<sup>15)</sup>.

Feuchtwanger nannte die Dinge früher als andere beim Namen und zitierte keinen Geringeren als Carl Schmitt, der im Jahr vor Hitlers Machtbeginn das Problem von Legalität und Legitimität untersucht und darauf hingewiesen hatte, welche Möglichkeiten darin lagen, wenn die Mehrheit Legalität willkürlich definieren könne: Wer 51 von hundert beherrsche, könne die restlichen 49 auf legale Weise illegal machen.

Feuchtwanger, der Mitte Februar 1933 allenfalls ahnen konnte, daß nach den Märzahlen 1933 und mit dem Ermächtigungsgesetz genau dies geschehen würde, ließ seine Leser nicht im unklaren darüber, daß die Weimarer Verfassung die Möglichkeit bot, mittels qualifizierter Mehrheit die Juden auf „legale“ Weise zu entrechten. Er schloß seine Betrachtung mit resignierter Gelassenheit, aber trotz allem wohl in der Überzeugung, daß Legalität und Vernunft schließlich triumphieren müßten: „Die letzten Jahre haben uns gelehrt, nichts für unmöglich zu halten . . . Über Menschen- und Bürgerrechte eines Teils des deutschen Volkes kann nicht

abgezahlt werden. Ohne Furcht, ja zuversichtlich und gelassen schreiten wir den Ereignissen entgegen. Ein erhärtetes und völlig sicher gewordenes, geachtetes Judentum wird aus den Wechselfällen unseres staatlichen und politischen Lebens hervorgehen.“<sup>16)</sup>

Nach der Reichstagswahl vom 5. März, die der NSDAP 43,9 Prozent und der Koalition mit den Deutschnationalen knapp die absolute Mehrheit brachte, wurden die Stimmen stärker, die eine Art Rückzug ins innere Exil, verbunden mit der Belebung jüdischer Tradition und der Neubesinnung auf jüdische Religiosität und jüdischen Geist, propagierten. Im „Israelitischen Familienblatt“, das in den innerjüdischen Richtungsstreitigkeiten neutral war, konnte man Mitte März als Nutzenanwendung aus dem Tagesgeschehen lesen, wenn es draußen gewitterte, müsse man den Schutz seines Hauses, die Geborgenheit der jüdischen Familie und Gemeinde aufsuchen. „Die jüdische Familie ist die feste Burg, in die wir uns in der Stunde der Not flüchten. Aber diese Burg muß stark, mit Idealismus ausgestattet sein. Und die jüdische Gemeinde ist ihrem Ursprunge und ihrem Berufe nach eine erweiterte jüdische Familie, unserem Herzen ebenso nah und teuer wie jene.“

Geboten schien die Tugend der Entsagung, empfohlen als alte jüdische Kunst, und als notwendig wurde das Wiederfinden jüdischer Eigenart, die Bewahrung jüdischer Ehre und — als Voraussetzung dazu — die Überwindung der Zerrissenheit im Judentum erachtet: „Wenn je ein Waffenstillstand im Kampfe der Richtungen und Parteien not tat, dann heute. Die schwere Lage muß uns einig finden. Das jüdische Bewußtsein muß gestärkt, das Gefühl für jüdische Würde gesteigert werden.“<sup>17)</sup>

<sup>14)</sup> Georg Kiever, Erinnerungen 1921—1983, Manuskript im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, F 231.

<sup>15)</sup> Bayerische Israelitische Gemeindezeitung vom 15. Februar 1933 (Zwischen 30. Januar und 5. März. Versuch einer Klärung der jüdischen Situation).

<sup>16)</sup> Ebd.

<sup>17)</sup> Israelitisches Familienblatt vom 16. März 1933 (Fabius Schach, Vergangenheit redet zur Gegenwart).

#### IV. Die Reaktionen auf den 1. April 1933: Protest und Plädoyer für Vernunft und Anstand

Die von der NSDAP Ende März angekündigte und am 1. April 1933 in Szene gesetzte Boykott-Aktion brachte für die Juden nach den Wochen bangen Ahnens das erste tiefe Erschrecken und das erste Signal, daß die Nationalsozialisten sich nicht, wie gehofft, auf die gewohnten antisemitischen Deklamationen beschränken würden. Die Proteste und Verwahrungen, die Ende März von jüdischen Offiziellen verfaßt wurden, bestanden aus einer Mischung aus feierlicher Zurückweisung der „ungeheuerlichen Anschuldigungen, die gegen uns deutsche Juden erhoben werden“, aus entschiedener Distanzierung von der ausländischen Presse, die mit ihrer Berichterstattung über die Judenpolitik der Hitler-Regierung den Vorwand für den April-Boykott geliefert hatte, und aus Appellen an Anstand und Vernunft. In keinem dieser Dokumente, die den Regierungsstellen aller Ebenen bis hinauf zur Reichskanzlei zugestellt oder in der jüdischen Presse veröffentlicht wurden, fehlte der Hinweis auf die jüdischen Opfer im Ersten Weltkrieg. So schrieb Dr. Alfred Neumeyer als Präsident der Bayerischen Israelitischen Gemeinden „in tiefer Ergebenheit“ an den neuen Ministerpräsidenten von Bayern, General von Epp: „Wir deutschen Juden haben stets für Deutschland gearbeitet, viele Tausende von uns haben im Krieg ihr Leben für Deutschland geopfert, das Wohl des Vaterlandes war uns stets die höchste Aufgabe. Wir können und wollen den Maßnahmen, die sich gegen uns wenden, nicht mit äußeren Mitteln entgegentreten. Aber wir werden sie standhaft ertragen im Bewußtsein, daß uns schweres Unrecht geschieht. Der göttliche Herrscher der Welt wird uns die Kraft dazu geben. Wir beten zu ihm, daß er unseren deutschen Volksgenossen bald die Einsicht schenken möge, daß der Weg zum großen Ziel des nationalen Wiederaufbaues Deutschlands nicht über die Unterdrückung der Juden geht.“<sup>18)</sup>

An den frischgebackenen Oberpräsidenten der Provinz Hannover, den SA-Führer Viktor Lutze, schrieb der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten in Hannover, als einstiger Frontkämpfer und Offizier könne er es nicht mit seiner Ehre vereinbaren, „zuzusehen, wie gegen die jüdische Gemeinschaft ohne Unterschied ihrer Einstellung und Vergangenheit Vorwürfe gerichtet werden, die nicht nur ihre materielle Existenz vernichten, sondern was noch schlimmer ist, ihre Ehre in den Staub ziehen“<sup>19)</sup>.

<sup>18)</sup> Zit. nach Hans Lamm (Hrsg.), *Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München*. München 1982, S. 431.

<sup>19)</sup> Zit. nach Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*. Düsseldorf 1977, S. 193.

Weniger selbstbewußt wurde auf höherer Ebene agiert. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte am 24. März eine Presseerklärung herausgegeben, in der es hieß: „Das deutsche Volk befindet sich seit Wochen in einem politischen Umschwung gewaltigen Ausmaßes. Hierbei ist es zu politischen Racheakten und Ausschreitungen auch gegen Juden gekommen. Die Reichsregierung wie die Länderregierungen haben sich mit Erfolg bemüht, möglichst schnell Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der Befehl des Reichskanzlers, Einzelaktionen zu unterlassen, hat seine Wirkung getan.“<sup>20)</sup> Der „Völkische Beobachter“ hielt indes auch diesen Beschwichtigungsversuch für eine jüdische Frechheit und prophezeite: „Auch dieser Central-Verein mit dem irreführenden Namen ‚deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ wird sich an die Tatsachen gewöhnen müssen, die die wahrhaft berechnete Ausschaltung des Judentums auf allen Gebieten des deutschen Lebens mit sich bringen.“<sup>21)</sup>

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland erhob in ihrer Erklärung vom 26. März weltweiten Einspruch „gegen jede deutschfeindliche Propaganda“, gegen „alle nicht der Wahrheit entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlose Sensationsnachrichten“, und die „Jüdische Rundschau“ beteuerte am Tag vor dem Boykott noch einmal, die „Greuelpropaganda“ im Ausland sei nicht jüdischen Ursprungs. Ob man in der Redaktion der „Jüdischen Rundschau“ den folgenden Satz wirklich glaubte, muß dahingestellt bleiben: „Wir sind überzeugt, daß auch große Teile der nationalsozialistischen Partei und selbst ihre höchsten Führer, die in dieser Zeit mit anderen Geschäften überlastet sind, die wirklichen Zusammenhänge nicht entsprechend würdigen.“ Vermutlich wußten die Redakteure es besser, wollten aber nichts unversucht lassen, den Schaden zu begrenzen.

Die Mahnung zur Vernunft wurde immerhin mit einiger Skepsis artikuliert, wenn es hieß, die NSDAP habe heute die unbeschränkte Macht in Deutschland und könne den angeordneten Boykott durchführen. Die deutschen Juden würden dann zur Auswanderung gezwungen, aber ein solcher beispielloser Vorgang würde der Hilfe von legitimen völkerrechtlichen Instanzen bedürfen. Daß so etwas geschehe, könne man nicht glauben, weil sich die Machthaber doch nicht der Wahrheit verschließen könnten, daß das Judentum keinen Kampf gegen oder in Deutschland erstrebe. Freilich sei es Heuchelei, zu behaupten, daß die „nationale

<sup>20)</sup> C. V.-Zeitung vom 30. März 1933.

<sup>21)</sup> Zit. nach Jüdische Rundschau vom 28. März 1933.

Revolution“ von den Juden freudig begrüßt worden sei, da der siegreiche deutsche Nationalismus im Zeichen radikaler Judenfeindschaft stehe. Trotzdem habe das nationale Judentum – gemeint waren die Zionisten – volles Verständnis „für jede nationale Bewegung und besonders auch für jede Erhebung gegen einen unerträglichen, die Ehre eines Volkes verletzenden Druck“<sup>22)</sup>.

Stellungnahmen innerhalb der jüdischen Gemeinden waren darauf abgestimmt, Trost zu spenden, Zuversicht zu stärken und die Hoffnung zu verbreiten, daß das Eintreten für den Fortbestand der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden in Deutschland wenn nicht Erfolg haben würde, so doch wenigstens in Besonnenheit und Würde geschehe. „Verzagt nicht! Schließt die Reihen!“, rief der Vorstand der Frankfurter Israelitischen Gemeinde seinen Gemeindemitgliedern zu: „Kein ehrenhafter Jude darf in dieser Zeit fahnenflüchtig werden. Helft uns, das Vätererbe zu bewahren, und wenn die Not der Zeit den Einzelnen hart anfaßt, so gedenkt der Worte, die wir am bevorstehenden Pesachfest, dem Fest der Befreiung, von altersher sprechen: Von Geschlecht zu Geschlecht sind sie gegen uns aufgestanden, uns zu vernichten. Aber der Heilige, gelobt sei Er, hat uns aus ihrer Hand errettet.“<sup>23)</sup>

Die offizielle Reaktion der Repräsentanten des deutschen Judentums auf die Boykott-Ankündigung bestand in einem Appell an den Reichskanzler, in dem sie beteuerten, daß sie sich „mit allen

Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden“ fühlten. Das Plädoyer, Rechtsverwahrung und Hilferuf in einem, schloß mit Beschwörungen: „Wir rufen dem deutschen Volke, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu: Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt aufs tiefste unsere Ehre. Um der Wahrheit willen und um unserer Ehre willen erheben wir feierlich Verwahrung gegen diese Anklage. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden. Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volke, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist.“<sup>24)</sup>

Gegen solche Erklärungen standen die Aktionen einzelner wie des jungen zionistischen Rabbiners und Jugendführer Joachim Prinz. Prinz gestaltete den Sabbatgottesdienst im Berliner Friedenstempel vor dem Boykott-Tag zu einer dramatischen Demonstration jüdischen Selbstverständnisses und erklärte in seiner Kanzelrede: „Wir Juden werden unser Judentum verteidigen, wir haben keine Waffen, denn das ist unsere Waffe.“<sup>25)</sup> Bis zu seiner Auswanderung nach New York im Jahre 1937 wurde der unerschrockene Mann mehrfach verhaftet, weil er die Kanzel immer wieder zum Forum jüdischer Selbstbehauptung und der Anklage gegen die nationalsozialistische Diktatur machte.

## V. Die Wendung nach innen – „Ja-Sagen zum Judentum“

Die jüdischen Reihen schlossen sich auch nach dem 1. April 1933 nur zögernd. Das Bedürfnis nach Positionsbestimmung, nach Definition des jüdischen Selbstverständnisses, nach der Wiederbelebung jüdischer Eigenart wurde allenthalben artikuliert und – streng nach Richtungen geschieden – zur wichtigsten Forderung der Zeit erhoben. In der jüdischen Presse tauchte verschiedentlich folgender Gedankengang auf: Der Nationalsozialismus sei

Ausdruck der Selbstbesinnung der deutschen Menschen, er stehe für die nationale Wiedergeburt des deutschen Wesens, und die Antwort auf jüdischer Seite müsse (schon weil der Antisemitismus der Nationalsozialisten dies erzwingen) in der Rückbesinnung auf traditionelle jüdische Werte und Leistungen bestehen.

Das wurde von den einzelnen Fraktionen des Judentums ganz unterschiedlich verstanden. Die Zionisten warfen den Mitgliedern des Centralvereins vor, sie erschöpften sich in der Aufzählung der Leistungen und Verdienste, die das deutsche Judentum zugunsten der deutschen Nation erbracht habe, um mit dem Goethe-Wort „Wenn ich dich liebe, was geht's dich an“ zu resignieren. Die Zionisten verlangten statt dessen ein energisches Bekenntnis zum Judentum und die Auseinandersetzung in „der Judenfrage“ mit dem „Deutschtum“, die sie sich freilich ehrenvoller gedacht hatten: „Wir hätten gewünscht, daß die Initiative rechtzeitig von den Juden ausgegangen wäre oder daß wenigstens in einem Stadium, wo die Zuspitzung der Lage bereits

<sup>22)</sup> Jüdische Rundschau vom 31. März 1933 (Versuch einer Klärung).

<sup>23)</sup> Aufruf vom 30. März 1933, in: Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt, zit. nach Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, Frankfurt 1963, S. 17.

<sup>24)</sup> Zit. nach K. J. Herrmann (Anm. 6), S. 60f.

<sup>25)</sup> Zit. nach Kurt Jakob Ball-Kaduri, Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht, Frankfurt 1963, S. 90f.; andere Beispiele jüdischer Selbstbehauptung und jüdischen Widerstands in: Wolfgang Dreßen (Hrsg.), Jüdisches Leben, Berlin 1985, S. 66; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, S. 217ff.; siehe auch Arnold Paucker, Jewish Self-Defence, in: ders. (Anm. 1), S. 55ff.

offenkundig war, die deutschen Juden das Wesen des Geschehens begriffen hätten.“<sup>26)</sup>

Besonders kritisch äußerten sich die jungen Juden, die sich in der zionistischen Jugendbewegung engagierten und nach bewußt jüdischen Antworten auf die nationalsozialistische Herrschaft suchten. Im Rundschreiben des Kreises „Werkleute — Bund deutsch-jüdischer Jugend“ wurden Ende April 1933 die Motive dargelegt, warum diese jungen Leute, die bisher als Juden entschieden in Deutschland engagiert waren, nun entschlossen waren, einen Kibbuz in Palästina aufzubauen. Sie wollten zwar nichts übereilen, sich aber auch nicht richtungslos treiben lassen und „vor allem nicht der bei Eltern heute recht häufigen Panikstimmung nachgeben“. Aber auch die Bitterkeit über die Zerrissenheit innerhalb der deutschen Judenheit wurde deutlich artikuliert: „Wir meinen, daß die vielen Mißstände, die wir heute im deutschen Judentum sehen, ganz weitgehend an seiner jüdisch-geistigen Substanzlosigkeit liegen. Denn wir sind enttäuscht von den deutschen Juden. Wir hatten gehofft, daß die jüdische Antwort auf das Geschehen nur eine sein würde: restlose Solidarität, innere Einkehr, Revision der bisherigen Überzeugungen, echte Sorge um die Gemeinschaft. Statt dessen sehen wir Verneinung, krassen Egoismus, bei großen Organisationen mangelnden Mut zum wirklichen Neudenken, Schimpfen statt Besinnung.“<sup>27)</sup>

Die „Werkleute“ standen ideologisch dem „Haschomer Hazair“ nahe, einer in Galizien gegründeten zionistischen Jugendgruppe, die ihren politischen Standort links von der Sozialdemokratie und in ihrem lebensreformerischen Anspruch elitäre Züge hatte. „Werkleute“ und „Haschomer Hazair“ waren — trotz ihrer geringen Zahl — als Siedler erfolgreich. Kibbuzim wie Hasorea und Daliah sind Beweise dafür<sup>28)</sup>.

Von orthodoxer Seite wurde die Erneuerung aus dem Geist der jüdischen Religion propagiert, was im Aufruf zur Teschuwo (Umkehr und Buße) gipfelte. Kritik an der Uneinigkeit der Juden mischte sich mit Sendungsbewußtsein: „Warum schweigen die Führer, die Berufenen in diesen schicksalsträchtigen Tagen . . . wahrlich, stünde heute die Orthodoxie da, markvoll, kernig und geschlossen, jene zahlreichen liberalen, assimilierten, pseudojüdischen Kreise würden aufhören, Sicherheit suchen

und Richtschnur bei den Getreuen der Thora.“<sup>29)</sup>

Der Eifer der Frommen ging weit, und die Notwendigkeit der Erneuerung aus dem Geist der Religion wurde auch aus der Ablehnung von Zionismus und Assimilantentum begründet. Es sei ein tragisches Verhängnis, daß der Nationalsozialismus „bei der Prüfung seiner Beziehungen zum deutschen Judentum überhaupt noch nicht auf die historische jüdische Religion und deren Repräsentanten, die deutsch-jüdische Orthodoxie“ gestoßen sei. Denn der geschichtliche Sinn des jüdischen Menschen in der deutschen Gegenwart könne nur von der historischen jüdischen Religion erfaßt und gedeutet werden. Selbstbesinnung und Selbsterneuerung des deutschen Judentums müßten daher in der Wiederanknüpfung an die religiösen Traditionen bestehen. Dann werde auch das deutsche Volk, das sich soeben auf seine eigene Geschichte besinne, „Deutschlands Juden verstehen, wenn sie in ihrer geschichtlich beglaubigten Gestalt, als Menschen der überlieferten Religion, in seiner Mitte weilen“<sup>30)</sup>.

Die traditionell-gesetzestreuen und orthodoxen Rabbiner Deutschlands deuteten in einem Aufruf im April die Ereignisse des Frühjahrs 1933 als höhere Fügung, die in harter Sprache zur deutschen Judenheit spreche, „um durch Heldenmut in Leid und Kummer uns auf eine höhere Stufe sittlichen religiösen Menschentums emporzuheben“, und forderten, vor allem zwei Wege zur Umkehr zu beschreiten, die Heiligung des Sabbats und die Beobachtung der Speisegesetze. In der Mißachtung dieser Religionsgesetze sahen sie historische Schuld, die zu überwinden den Anfang der Umkehr bedeute<sup>31)</sup>.

Die Widrigkeiten des Alltags wurden aber bald für gesetzestreue Juden zu großen Problemen. Die Veränderung der Lebensumstände im nationalsozialistischen Deutschland traf die frommen Juden in doppelter Hinsicht: Mit der beruflichen Situation war auch das religiöse Leben tangiert. Das galt insbesondere für die „Landjuden“, die Viehhandel trieben: Wenn sich nun keine nichtjüdischen Arbeitskräfte oder hilfsbereite Nachbarn mehr fanden, die am Sabbat die Kühe molken, mußte der Rabbiner klären (und dabei die wirtschaftlichen Existenzprobleme der Betroffenen abwägen), ob die „Landjuden“ von dem religiösen Gesetz der Arbeitsruhe am Sabbat suspendiert werden könnten, ob der Schaden tragbar sei; denn gegen Überlassung der Milch hätten die nichtjüdischen Helfer

<sup>26)</sup> Jüdische Rundschau vom 13. April 1933 (Jüdische Zwischenbilanz); vgl. Robert Weltsch, Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick, Königstein/Ts. 1981, S. 73 f.

<sup>27)</sup> Werkleute-Bund deutsch-jüdischer Jugend, Rundbrief vom 21. April 1933. Kibbuz-Archiv Hasorea, Israel.

<sup>28)</sup> Vgl. Jehuda Reinharz, Hashomer Hazair in Nazi Germany, in: A. Paucker (Anm. 1), S. 317 ff., und den ungedruckten Diskussionsbeitrag von Abraham Schiff, Der Haschomer Hazair unter der NS-Herrschaft, Kibbuz-Archiv Daliah, Israel.

<sup>29)</sup> Der Israelit vom 23. März 1933 (Nechunia, Die Losung der Stunde).

<sup>30)</sup> Der Israelit vom 7. April 1933 (Ein offenes Wort im Namen der Religion).

<sup>31)</sup> An unsere jüdischen Brüder und Schwestern, Aufruf in: Der Israelit vom 7. April 1933.

die Kühe schon gemolken. Das hätte immerhin die Quälerei des Viehs, die der Rabbi ebenfalls bedachte, verhindert, aber eine empfindliche Schädigung der jüdischen Besitzer bedeutet. Diese Probleme standen u. a. in Würzburg und Fulda zur Debatte, nachdem die christlichen Nachbarn den Juden die traditionelle Hilfe am Sabbat verweigert hatten<sup>32)</sup>.

Die „Jüdische Rundschau“ wurde im Frühjahr 1933 zum geistigen Wegweiser für die deutschen Juden durch eine Folge von Artikeln, die mit dem vielzitierten Aufsatz „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!“ des Chefredakteurs Robert Weltsch einen bedeutenden Auftakt hatte<sup>33)</sup>. Der 1. April könne und müsse der Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Daß der jüdische Neubeginn im Zeichen des Zionismus stehen müsse, verstand sich für die „Jüdische Rundschau“ und ihre Leser von selbst. Die Zionisten waren nach dem 1. April 1933, an dem den deutschen Juden nachdrücklich demonstriert wurde, daß ihr Heimatrecht in Deutschland ausgelöscht werden sollte, die einzige Fraktion der deutschen Judenheit, die eine Perspektive bot. Die Durchhalteparolen der Zeitung des Centralvereins hingegen waren wenig tröstlich. „Haltung!“ lautete dort die Losung, und der Historiker Ismar Elbogen propagierte unter dieser Überschrift: „Denken wir an die Geschichte unserer Väter, die immer wieder solche Katastrophen erlebt und dennoch den Lebenswillen nicht aufgegeben haben!“<sup>34)</sup>

Die Schlußfolgerung lautete, die Lage der deutschen Juden sei nur so lange verzweifelt, als sie an sich selbst zweifelten, eine Gemeinschaft gehe nicht unter, solange sie sich nicht selbst aufgebe. In die Praxis umgesetzt, bedeutete das Wohlfahrtsmaßnahmen und Existenzsicherung auf bescheidenem Niveau, Berufsumsichtung und andere Anstrengungen der jüdischen Selbsthilfe wie Wirtschaftsberatung, genossenschaftliche Zusammenschlüsse und Arbeitsvermittlung. Dieser Weg wurde in den folgenden Jahren beschritten. Mit bewundernswertem Einsatz bemühten sich Organisationen wie die „Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe“ oder der „Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ um ein Notdach. Zukunftweisend konnten diese Anstrengungen aber nicht sein, und mehr und mehr war diese Arbeit von der bitteren Erkenntnis geprägt, daß es für Juden in Deutschland keine Existenzmöglichkeit mehr gab. Daß die Vertreter der Juden den Lebensraum, der blieb (wenngleich er immer kleiner wurde), verteidigten

<sup>32)</sup> Rabbi H. J. Zimmels, *The Echo of the Nazi Holocaust in Rabbinic Literature*, London 1977, S. 7 f. — Hier u. a. auch eine Schilderung der Probleme, die für die orthodoxen Juden durch das Verbot der rituellen Schlachtung (Shehitah) entstanden.

<sup>33)</sup> Jüdische Rundschau vom 4. April 1933.

<sup>34)</sup> C. V.-Zeitung vom 6. April 1933.

und daß viele sich an ihr Dasein in Deutschland klammerten, war nur natürlich<sup>35)</sup>.

Unter den vielen Denkschriften, die von Vertretern der Juden an die Reichsregierung adressiert wurden, gab es auch eine vom Oktober 1933, die die orthodox-jüdischen Organisationen verfaßt hatten. Wegen ihrer strengen Gesetzestreue galten sie den liberalen und assimilierten Juden als weltfremd und altmodisch, sie standen auch im Rufe besonderer Leidensfähigkeit. Wenn es Versuche zur Anpassung oder gar Anbiederung an die Verhältnisse gegeben hatte, so gehört dieses Schreiben der orthodoxen Juden an Hitler sicher nicht dazu. Nach der Zurückweisung der antijüdischen Propagandaphrasen wurde hier die Lage der Juden in Deutschland nach einem halben Jahr NS-Herrschaft als unerträglich bezeichnet und bemerkt, die deutsche Regierung könne leicht in den Verdacht geraten, sie betreibe bewußt die Vernichtung des deutschen Judentums. Wenn dies aber zutrefte, dann zögen es die Vertreter der Orthodoxie vor, der Realität ins Auge zu sehen: „Wenn Sie, Herr Reichskanzler, und die von Ihnen geführte nationale Regierung, wenn die verantwortlichen Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP sich in der Tat als Endziel die Ausmerzungen des deutschen Judentums aus dem deutschen Volke gesetzt haben sollten, dann wollen wir uns nicht länger Illusionen hingeben und lieber die bittere Wahrheit erfahren.“<sup>36)</sup>

Die Erkenntnis, daß die Basis jüdischen Lebens in Deutschland verloren ging, war im Frühjahr 1933 jedoch noch nicht besonders verbreitet. Der Schock der Boykott-Aktion stärkte freilich die Autorität der Zionisten, die — je radikaler sich das NS-Regime gab und je bedrohlicher die Situation für die Juden in Deutschland wurde — sich darauf berufen konnten, mit ihrer Propaganda zur Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins und zur Gründung einer eigenen Nation auf palästinensischem Boden auf dem richtigen Wege zu sein, und dies schon seit langer Zeit. Die Leitartikel in der „Jüdischen Rundschau“, die zur Erneuerung des Judentums aufriefen, gaben in der Folgezeit auch vielen Nichtzionisten moralischen Halt. Unter dem Titel „Ja-Sagen zum Judentum“ wurde konstatiert, das Gemeinschaftsgefühl unter Juden sei stärker geworden. Jüdische Menschen, die vor kurzem noch achtlos und gleichgültig aneinander vorbeigingen, seien einander nähergekommen. „Man empfindet den

<sup>35)</sup> Vgl. Kurt Jakob Ball-Kaduri, *Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939*, Tel Aviv 1967; Günter Bernd Ginzler, *Jüdischer Alltag in Deutschland 1933–1945*, Düsseldorf 1984. Immer noch wichtig sind auch die zeitgenössischen Publikationen im Ausland: *Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente*, hrsg. vom Comité des Delegations Juives, Paris 1934 (Reprint Frankfurt 1983), und *Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500 000 deutschen Juden* (Vorwort Lion Feuchtwanger), Paris 1936.

<sup>36)</sup> Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/602.

Juden als Schicksalsgenossen, als Bruder. Jüdische Menschen können wieder miteinander sprechen.“

Aber darum ging es nicht in erster Linie. Die weltanschaulichen Differenzen im Judentum verschwanden keineswegs plötzlich in der Versenkung, die Funktionäre des Centralvereins warnten auch weiterhin davor, sich durch die bewußte und demonstrative Hinwendung zum Jüdischen, in Gruppenisolation — gemeint war: ins Ghetto — zu begeben. Die Zionisten hatten indessen mit ihrem Appell „Ja-Sagen zum Judentum“ eine Aufbruchstimmung erzeugt, die nicht nur nach Taten — etwa der „Hachscharah“, der Ertüchtigung fürs Siedlerleben — drängte, sondern auch zur Suche nach einem neuen jüdischen Selbstgefühl, einer Bestimmung des Standorts: „Wir Juden, die wir die jüdische Gemeinschaft nicht als ‚aufgezwungen‘ betrachten, sondern als eine natürliche geschichtliche Gegebenheit, zu der wir innerlich ja sagen und aus der heraus wir unser gesamtes Leben gestalten wollen, nehmen für uns in Anspruch, die deutsche Bildung und Kultur, in der wir aufgewachsen sind, als unentwindbaren Besitz zu behalten und als deutsche Bürger für das Ganze einzustehen.“<sup>37)</sup>

In anderem Artikel findet sich die Mahnung zum jüdischen Erwachen, ganz unabhängig von der

deutschen Judenpolitik und einer theoretisch denkbaren Wiederherstellung der formalen Gleichberechtigung. Harte Arbeit müßten die Juden an sich selbst leisten mit dem Ziel eines neuen, selbstbewußten Judentums. Ebenso wenig wie die Taufe als Eintrittsbillet in die deutsche Gesellschaft eine brauchbare Lösung jüdischer Probleme gewesen sei, könne man jetzt darauf vertrauen, sich durch individuellen Übertritt in andere geographische Gefilde zu retten. Die Bemerkung, daß die Völker andere Sorgen hätten als das Los der deutschen Juden, sollte sich nur zu bald für viele als bittere Wahrheit herausstellen<sup>38)</sup>.

Eine „Wendung nach innen“ wollten auch die Anhänger des Centralvereins, die Akzente lagen freilich auf der Forderung nach jüdischer Solidarität in schwerer Zeit, auf der Forderung, ein neues soziales Netz zu knüpfen. Das Zauberwort aber hieß „jüdische Kultur“. Die Forderung nach neuer Definition des Begriffs und nach Aktivitäten im Felde der jüdischen Kultur sollte zweierlei bewirken, die Festigung der jüdischen Position nach innen und die Bewahrung der Errungenschaften von Emanzipation und Assimilation nach außen<sup>39)</sup>.

## VI. Einheit in später Stunde

In einer Grußadresse zu Leo Baecks 60. Geburtstag charakterisierte Max Kreutzberger, der Direktor der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ in Berlin, den Zustand des Judentums in Deutschland als „ein Bild chaotischer Verwirrung, innerer Standortlosigkeit und mangelnder Zielstrebigkeit“<sup>40)</sup>. Das war im Mai 1933. Zu dieser Zeit arbeiteten jedoch bereits führende Männer aus allen Lagern des deutschen Judentums mit Eifer daran, das jüdische Leben neu zu strukturieren — organisatorisch mit dem Ziel eines für alle Richtungen repräsentativen Dachverbands, kulturell in der Hoffnung auf die Zusammenfassung der Kräfte zur Artikulation jüdischen Selbstbewußtseins und sozial, um der Notwendigkeit zu wirtschaftlicher Selbsthilfe und Fürsorge zu entsprechen.

Auf dem letztgenannten Tätigkeitsfeld kamen mit der Gründung des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“ im April 1933 die Dinge am schnellsten in Fahrt. Zum einen gab es bereits Organisa-

tionen wie die „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ oder den „Hilfsverein der deutschen Juden“ und das Palästina-Amt der Jewish Agency, zum anderen war angesichts der äußeren Bedrohung die Einigung auf ökonomischem und sozialem Gebiet leichter als in den politisch und ideologisch besetzten Bereichen. So waren im Zentralaussschuß alle wichtigen jüdischen Organisationen vertreten, der Central-Verein, die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der preußische Landesverband jüdischer Gemeinden, die Jüdische Gemeinde Berlin, der Jüdische Frauenbund und die orthodoxe Landesorganisation der Agudas Jisroel. Dem Zentralaussschuß präsiidierte der prominente Rabbiner Leo Baeck; die Richtung bestimmten Jüngere wie der Generalsekretär Max Kreutzberger, der freilich schon 1935 nach Palästina auswanderte, Salomon Adler-Rudel, der 1936 aus Deutschland ausgewiesen wurde, und Friedrich Brodnitz, der 1937 in die USA emigrierte. Der Nachfolger von Brodnitz,

<sup>37)</sup> Jüdische Rundschau vom 16. Mai 1933 (Ja-Sagen zum Judentum!). Die Artikelfolge erschien unter dem Titel „Ja-Sagen zum Judentum!“ auch als Buch.

<sup>38)</sup> Jüdische Rundschau vom 30. Mai 1933 (Mach unsere Rücken wieder gerade).

<sup>39)</sup> C. V.-Zeitung vom 5. Oktober 1934 (Die Wendung nach innen).

<sup>40)</sup> Der Brief war als Einleitung zur damals nicht zustande gekommenen Festschrift zu Leo Baecks 60. Geburtstag gedacht. Abgedruckt in: Bulletin Leo Baeck Institute, 18 (1979) 55, S. 11 f.; vgl. Werner E. Mosse/Arnold Paucker (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966<sup>2</sup>; siehe auch Robert Weltsch (Hrsg.), Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, Stuttgart 1963.

Paul Eppstein, kam 1944 in Theresienstadt ums Leben.

Der Zentralaussschuß bildete in den sechs Jahren, die ihm bis 1938/39 blieben, ein eindrucksvolles und alle Lebensbereiche umfassendes Selbsthilfewerk, finanziert von den jüdischen Gemeinden im Deutschen Reich, aber auch großzügig subventioniert von ausländischen Hilfsorganisationen wie dem American Joint Distribution Committee und der Central British Fund sowie gespeist aus den Sammlungserträgen der Jüdischen Winterhilfe<sup>41)</sup>.

Das Arbeitsprogramm des Zentralaussschusses mußte in Reaktion auf die fortschreitende ökonomische und soziale Diskriminierung der Juden in Deutschland immer wieder erweitert und neu definiert werden. So erhielt der Bereich Bildung und Erziehung nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze größere Bedeutung, als mit einem eigenen jüdischen Schulwerk nicht nur jüdische Gemeinschaft und jüdisches Bewußtsein, sondern gleichzeitig die Auswanderungsfähigkeit durch Hinführung zu praktischen Berufen und durch Unterricht in Hebräisch gefördert wurde. Auswanderungsvorbereitungen und die Hilfe für Auswanderungswillige spielten naturgemäß eine große Rolle, aber auch die Maßnahmen zur Berufsumschichtung, d. h. die Vermittlung von meist manuellen Kenntnissen und Fähigkeiten, mit denen sich die aus ihren Berufen in Verwaltung, Presse u. ä. Verdrängten die künftige Existenz sichern sollten, waren von großer Bedeutung. Die ganze Skala der Wohlfahrtspflege und Wirtschaftshilfe mußte, da ja die jüdischen Deutschen zunehmend aus dem öffentlichen System der sozialen Sicherung ausgegrenzt wurden, vom „Zentralaussschuß für Hilfe und Aufbau“ übernommen werden, und das angesichts der rapide zunehmenden Verarmung der deutschen Juden<sup>42)</sup>.

Darlehenskassen, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftshilfe für besondere Berufsgruppen, Gesundheitsfürsorge, Altenpflege, Anstaltswesen, Kriegsopferfürsorge bildeten im Organisationsplan die wichtigsten Positionen. Die Leistungen waren bewundernswert, und sie demonstrierten Selbstbehauptungskraft und Solidarität in einer von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Umgebung.

Nicht weniger bewundernswürdig waren die Anstrengungen im kulturellen und geistigen Leben, die der „Kulturbund Deutscher Juden“ ab Mitte Juli 1933 unternahm. Die Kulturorganisation, als

deren Protagonist Kurt Singer (Arzt und Musiker und bis Frühjahr 1933 Intendant der Städtischen Oper Berlin), der junge Regisseur Kurt Baumann, der Musikkritiker Julius Bab und viele andere mit Hingabe wirkten, hatte auch eine soziale Funktion, nämlich die, entlassenen jüdischen Musikern, Schauspielern und anderen Künstlern Arbeit und Publikum zu bieten. Dem Selbstverständnis nach war der „Kulturbund Deutscher Juden“ (ab 1935, als sich die Juden nicht mehr deutsch nennen durften, hieß er „Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland“, und von 1938 bis 1941 firmierte er unter dem Namen „Jüdischer Kulturbund in Deutschland“) eine Demonstration selbstbewußten und sich — wenigstens im Geistigen — selbst behauptenden deutschen Judentums. Bei allem programmatischen Streit, der die kurze Geschichte des Kulturbunds durchzog, war diese Organisation die wichtigste Bastion deutsch-jüdischer Assimilation<sup>43)</sup>.

Die Eröffnung des Kulturbund-Theaters in Berlin am 1. Oktober 1933 mit Lessings „Nathan der Weise“ sollte Zeichen setzen, der Opernbetrieb hatte wenig später mit Mozarts Hochzeit des Figaro Premiere. Mehr und mehr bekamen die vielfältigen Aktivitäten des Kulturbunds auf der Bühne und im Konzertsaal, in der Erwachsenenbildung, bei Kunstausstellungen und Rezitationen die Funktionen des Trostes, der Ablenkung im immer schwieriger werdenden jüdischen Alltag. Der Kulturbund war eine Mitgliederorganisation, und die Zugehörigkeit zu ihm bedeutete für viele deutsche Juden die einzige Möglichkeit an irgendeiner Form kulturellen Gemeinschaftslebens teilzunehmen, nachdem ihnen Mitwirkung und Teilhabe am deutschen Kulturbetrieb verwehrt wurde. Die Möglichkeit bot sich freilich vor allem in Berlin und den großen Städten des Deutschen Reiches. Und es war ein kulturelles Ghetto, in dem die Juden Entspannung und Trost suchten<sup>44)</sup>.

Das schwierigste Problem der Selbstdarstellung des deutschen Judentums bildete der dringend unter dem Druck der Verhältnisse eilig und im letzten Moment vollzogene Bau eines gemeinsamen Daches über den politisch, soziologisch und religiös so verschiedenen Organisationen, Richtungen und Gruppierungen. Dem Zusammenschluß im Dachverband, der es der deutschen Judenheit ermöglicht hätte, schon vor Hitlers Machtantritt mit einer

41) Vgl. Clemens Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: W. Benz (Anm. 1), S. 314—412; siehe auch Salomon Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933—1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974.

42) Vgl. Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933—1943, Frankfurt 1988; Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Berlin 1966.

43) Herbert Freeden, Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964; Kurt Düwell, Der Jüdische Kulturverband Rhein-Ruhr 1933—1938. Selbstbesinnung und Selbstbehauptung einer Geistesgemeinschaft, in: Jutta Bohnke-Kollwitz u. a. (Hrsg.), Köln und das rheinische Judentum, Köln 1984; Volker Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, in: W. Benz (Anm. 1), S. 75—267.

44) Insgesamt waren 1936/37 etwa 50 000 Mitglieder in den Kulturbünden in rund 100 Orten organisiert. Der Berliner Kulturbund hatte 1934 etwa 20 000, 1937 etwa 18 200 Mitglieder.

Stimme zu sprechen, hatten vielfältige Hindernisse entgegengestanden — nicht nur die religiösen Gegensätze zwischen der Orthodoxie, den liberalen und den konservativen Gemeinden, sondern auch das föderalistische Bewußtsein der süddeutschen Landesverbände, das mit den Organisationsvorstellungen des „Preußischen Landesverbands jüdischer Gemeinden“ kollidierte. Auch die unterschiedlichen und stets vehement gegeneinander artikulierten Interessen der großen Verbände, nämlich des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, des mitgliederstarken Reichsbunds jüdischer Frontkämpfer und kleinerer Gruppierungen und Sekten, hatten einen Zusammenschluß verhindert. Die 1928 gegründete Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände des Deutschen Reiches und die 1932 daraus hervorgegangene Reichsvertretung waren kaum lebensfähig und nicht in der Lage, die Interessen der deutschen Juden insgesamt zu artikulieren, geschweige denn sie zu vertreten.

Leo Baeck war am 25. Juni 1933 demonstrativ als Präsident der Reichsvertretung jüdischer Landesverbände zurückgetreten, um den Weg zu einer Neugründung freizumachen. Daran arbeiteten seit April 1933 fünf prominente Juden, nämlich der Bankier Carl Melchior und Rabbiner Leo Baeck als Neutrale, Dr. Löwenstein vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Dr. Blumenfeld als Vertreter der Zionistischen Vereinigung und Dr. Julius Brodnitz im Namen des Centralvereins.

In Essen wurde der Vorsitzende der Synagogengemeinde, der Bankier Georg Hirschland, tätig, um zwischen den divergierenden Auffassungen der süddeutschen Landesverbände, der übermächtigen Berliner Gemeinde, der Rabbinerverbände, der Jugendorganisationen zu vermitteln. Die Sondierungen, Gespräche, Verhandlungen zogen sich bis in den Herbst hinein, es wurde um Führungspositionen gestritten und um Personen. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten beanspruchte die Leitung der Dachorganisation, weil die Ausnahmeregelungen für jüdische Weltkriegsteilnehmer im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (vom 7. April 1933, mit dem die Juden aus dem Staatsdienst vertrieben wurden) die Illusion nährten, dieser Personenkreis werde von den Nationalsozialisten grundsätzlich und dauernd bessergestellt werden und sei daher zur Repräsentation deutschen Judentums besonders geeignet. Die Zionisten fühlten sich aus anderen Gründen unterrepräsentiert, und kritisiert wurden in verschiedenen Lagern auch

die beiden Kandidaten, die gemeinsam die Spitze der künftigen jüdischen Vertretung bilden sollten: Leo Baeck als Präsident und der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Otto Hirsch als geschäftsführender Vorsitzender. Hirsch war Präsident des Oberrats der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und gehörte dem Centralverein an. Er ist 1941 im KZ Mauthausen umgekommen. Gegen das Führungsduo Baeck und Hirsch wehrten sich die Berliner Gemeinde, aber auch die Zionisten.

Im September 1933 war die Einigung erzielt — nur die Orthodoxen des Halberstädter Verbands hielten bis 1937 weiterhin Distanz —, und Präsident Baeck veröffentlichte das Programm der „Reichsvertretung der deutschen Juden“. Im wesentlichen sah er drei Aufgaben, nämlich Erziehung im Geiste des Judentums in Schule und Beruf, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und Förderung der Auswanderung aus Deutschland<sup>45)</sup>.

Bis 1943 hat die Reichsvertretung der deutschen Juden (ab 1935 unter der geänderten Bezeichnung „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“) die Belange der deutschen Juden vertreten, nach dem Novemberpogrom 1938 nicht mehr als frei gewählte Körperschaft, sondern als vom nationalsozialistischen Herrschaftsapparat verordnete und eingesetzte „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. Aber auch in dem von der Sicherheitspolizei ernannten Vorstand blieben (mit Leo Baeck als Vorsitzendem) vier Männer der Einigungsstunde von 1933. Durch Auswanderung und Verhaftung dezimiert, durch immer neue Schikanen der Gestapo diskriminiert, arbeitete die Reichsvereinigung bis zum 10. Juni 1943. An diesem Tag wurde sie von der Gestapo geschlossen, und die letzten Mitarbeiter wurden zusammen mit Leo Baeck nach Theresienstadt deportiert. Die schlimmste Diskriminierung hatte darin bestanden, daß die Repräsentanz des deutschen Judentums schließlich ab 1939 auch dazu mißbraucht wurde, für die nationalsozialistischen Judenverfolgung erzwungene administrative Hilfsdienste zu leisten<sup>46)</sup>.

Daraus läßt sich kein Vorwurf konstruieren. Wesentlich war, daß sich 1933 zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Judentums Vertreter der verschiedenen Richtungen zusammengefunden hatten, um die Interessen der existentiell bedrohten Gemeinschaft gemeinsam zu vertreten und die spät gefundene Einheit zu demonstrieren.

<sup>45)</sup> Vgl. Günter Plum, Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?, in: W. Benz (Anm. 1), S. 35–74.

<sup>46)</sup> Vgl. Hans Erich Fabian, Die letzte Etappe, in: Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck am 23. Mai 1953, London 1953, S. 93 f.

---

---

## Kommentar und Replik

---

---

### Wird Österreichs Geschichte umgeschrieben?

Zum Beitrag von Ernst Hanisch:  
„Widerstand in Österreich 1934–1945“ (B 28/88)

Es sei nicht übersehen, daß E. Hanisch sich in seinem Aufsatz über den Widerstand in Österreich um eine objektive Darstellung bemüht und Schlagworten ausweicht. Er gebraucht z. B. nicht den in der linken bis linksextremistischen politischen Literatur zum Anschlußjahr 1938 heuer in großem Ausmaß gebrauchten Ausdruck „Nazi“, wenn er Mitglieder oder Sympathisanten der NSDAP bzw. des Nationalsozialismus meint, obwohl in der englischen und französischen wie amerikanischen politischen Literatur, auch der wissenschaftlichen, dieser Ausdruck durchaus üblich ist, von jener in den kommunistisch oder – wie Jugoslawien – quasikommunistisch orientierten Staaten ganz abgesehen. Im Deutschen gehört der Ausdruck durchaus zu den meidenden Termini, richtigerweise kann man nur das etwas holprige Wort „Nationalsozialisten“ gebrauchen. Und das tut Hanisch. Er erliegt insofern keinen Schlagworten. Er erliegt ihnen freilich leider in bezug auf den Ausdruck „Faschismus“ und „Faschisten“, wenn er sich mit dem Österreich zwischen 1918 und 1938, vor allem ab dem Jahr 1934 befaßt.

Er beurteilt den von ihm so genannten „sogenannten Autoritären Christlichen Ständestaat“ (mit der verfehlten Großschreibung, als ob es ein wissenschaftlicher Begriff wäre) als halbfaschistisch, und man muß schon froh sein, daß er ihn nicht als total faschistisch bezeichnet, wie seine linksextremistischen Gewährsleute dies so gerne tun<sup>1)</sup>. Er benutzt den Ausdruck „Austrofaschismus“, durch Führungszeichen kaum abgeschwächt, und übernimmt damit einen Ausdruck für ein politisches Phänomen, das es nie gegeben hat, wenn man darunter das ganze autoritäre Regime von 1933 bis 1938 versteht und nicht nur die Heimwehr, die (nicht in allen Bundesländern) faschistisch war (im Sinne des italienischen Faschismus, der im Grunde allein diese Bezeichnung verdient). Einen Austrofaschismus hat es nie gegeben, wozu auf die Darstellung bei Fritz Bock hinzuweisen

<sup>1)</sup> Vgl. Margit Scherb/Inge Morawetz (Hrsg.), *Der unheimliche Anschluß*, Wien 1988; s. ferner die Auswahlbibliographie bei Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, Wien 1988.

ist<sup>2)</sup>. Linksextremistische, im Grund genommen von Grund auf antiösterreichische Arbeiten sogenannter Zeitgeschichtler vor allem in Vorarlberg, die nicht müde werden, die christlichsozialen Politiker der Zeit zwischen 1933 und 1938 als „Austrofaschisten“ hinzustellen, pflegen heute das autoritäre Ständestaatsregime und seine Verfechter wie Otto Ender, Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg als „austrofaschistisch“ anzuprangern<sup>3)</sup>. Der tiefere Grund dafür liegt aber, was Hanisch teilweise wenigstens erkennt, darin, daß die zweifellos rücksichtslose Niederwerfung der sozialdemokratischen Revolte vom 12. Februar 1934 bei den „Linken“ ein Trauma hinterlassen hat, das bis heute nicht überwunden ist. Das Merkwürdige dabei ist, daß diese „Linken“, zu denen Ernst Hanisch gehört, kein Wort der Mißbilligung der ebenso rücksichtslosen Niederwerfung des nationalsozialistischen Aufstandes vom 25. Juli 1934 finden und sie so verurteilen, wie sie es verdient.

Es berührt eigenartig, daß für Hanisch der „Austrofaschismus“ als „Halbfaschismus“ mit dem Jahr 1934 beginnt, offenbar mit der Niederwerfung des sozialdemokratischen Aufstandes und dem daraufhin ergangenen Verbot der Sozialdemokratischen Partei und nicht schon mit dem Verbot der NSDAP und der Kommunistischen Partei im Jahre 1933 und der (künstlichen) sogenannten Selbstausschaltung des Nationalrates im März 1933. Hätte Hanisch das auch als Zeitzeugnis gedachte und anerkannte Buch des Verfassers „Bürgerkrieg in Österreich. Das 34er Jahr“<sup>4)</sup> gelesen – er zitiert es auch wohlweislich nicht –, so würde er den „Autoritären Christlichen Ständestaat“ nicht erst im Jahr 1934 beginnen lassen. Dazu gibt es eine Vielzahl objektiver Werke, aber Hanisch zitiert

<sup>2)</sup> Fritz Bock, *Das Schicksalsjahr 1934*, Wien 1983; vgl. ferner Franz Goldner, *Dollfuß im Spiegel der US-Akten*, St. Pölten 1979; Julius Eder, *Kanzler Dollfuß*. Seine österreichische Sendung, Wien 1933.

<sup>3)</sup> Meinrad Pichler/Harald Walser, *Die Wacht am Rhein*. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit, Bregenz 1988; Markus Barnay, *Die Erfindung des Vorarlbergers*, Bregenz 1988; Werner Bundschuh/Harald Walser, *Dornbirner Stadtgeschichte*, Dornbirn 1987, mit der Behauptung, die Stütze der austrofaschistischen Diktatur sei die katholische Kirche gewesen.

<sup>4)</sup> Theodor Veiter, *Das 34er Jahr*. Bürgerkrieg in Österreich, Wien 1984.

grundsätzlich nur solche der heutigen politischen bzw. gesellschaftspolitischen Linken (einschließlich der Linkskatholiken, die ja oft genug „linker“ sind als die parteipolitische Linke), und so gewinnt seine Darstellung einen Anstrich, den manche wohl als eher unwissenschaftlich bezeichnen werden.

Daß er mehr oder weniger konservative Literatur zum autoritären Regime 1933–1938 wie auch zum Anschluß und der Zeit danach fast ausnahmslos unerwähnt läßt, mahnt zur Vorsicht gegenüber seinen Thesen, wobei wir nicht rechtsextremistische Literatur meinen, die es neuerdings zum sogenannten Anschluß (der ja völkerrechtlich kein Anschluß, sondern eine mit militärischer Besetzung erfolgte Okkupation war) auf den Markt geworfen wurde, die aber ein objektiv urteilender Zeitgeschichtler dennoch, mit entsprechenden Warnvermerken, nicht unerwähnt lassen sollte. Aber vor allem die objektiven Darstellungen zum Ständestaat, zum Anschluß und zum Widerstand bleiben bei Hanisch stets dann unerwähnt, wenn sie nicht in sein der gesellschaftspolitischen Linken zugeordnetes zeitgeschichtliches Bild passen, wie etwa die Werke von Otto Ender, Hans Huebner, Leopold Kunschak und vieler anderer<sup>5)</sup>. Es kann zwar anerkannt werden, daß er die heute am meisten nach links driftenden Vorarlberger Zeitgeschichtler und ihre Publikationen unerwähnt läßt, aber eine gesamtösterreichische Darstellung erfordert es, daß auch die die politische Mitte haltende Literatur zum Anschluß und zur Zeit danach erwähnt wird.

Es ist anzuerkennen, daß Hanisch sich für die Kärntner Slowenen und ihre Bemühungen zur fraglichen Zeit einsetzt, aber er geht dabei nur auf die Partisanen und deren Kampfhandlungen gegen die NS-Herrschaft ein, nicht aber erwähnt er die so wichtige neue Literatur zur Entwicklung der Kärntner Slowenen und ihrer Haltung zum Dritten Reich aus der Feder von „christlichen“ Slowenen. Man gewinnt aus der Darstellung von Hanisch den Eindruck, daß es nur Partisanen (Koraln-Partisanen) unter den Slowenen gegeben hätte, die übrigens nicht gerade extrem österreichisch orientiert waren, sondern eher den Anschluß ganz Kärntens, mindestens aber Südkärntens an Tito-Jugoslawien anstrebten. Eine wirklich auch nur annähernd

<sup>5)</sup> Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1969; Hans Huebner, Österreich 1918–1938, Wien (o. J., vermutlich 1947); Leopold Kunschak, Österreich 1918–1934, Wien 1934; Hans Huebner, Dr. Otto Ender, Dornbirn 1957; Otto Ender, Die neue österreichische Verfassung, Wien 1934, dazu noch ein Kommentar-Band; ungewöhnlich informativ und auch für die österreichische Quellenlage wichtig ist das von Ernst Hanisch nicht erwähnte Werk von Rolf Zaugg-Prato, Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich 1918–1938, Bern 1982, mit grundlegender, damals kompletter Literaturübersicht.

sachgerechte Darstellung der Stellungnahme der ethnischen Minderheiten (Volkgruppen) in Österreich zum Anschluß ist bei Hanisch nur am Rande zu finden.

Wie wenig sachgerecht Hanisch vorgeht, zeigt, daß er den längst schon erschienenen dritten Band über Glaise-Horstenau von Peter Broucek unerwähnt läßt<sup>6)</sup> und trotz sonstiger Anerkennung von Wilhelm Wolfs posthum erschienenem Buch „Hundert Jahre Österreich“<sup>7)</sup> behauptet, daß Wilhelm Wolf in diesem Buch „den österreichischen katholischen Antisemitismus als abstoßendes Erbe . . . mitschleppt“, was nun wirklich nicht der Fall ist. Zweifellos wird Hanisch der Persönlichkeit von Wilhelm Wolf nicht gerecht, denn dann müßte er auch erwähnen, daß Wilhelm Wolf nie Mitglied der NSDAP wurde und nach seiner dreitägigen Ministerschaft in der Regierung Seyß-Inquart sich schon relativ bald auf die Insel Lopud in der Adria begab, um über seine Zugehörigkeit zu den gesamtdeutsch-orientierten Katholiken in Österreich nachzudenken und von dort dann mit der deutlichen Distanzierung von der NSDAP und auch vom Anschluß zurückkehrte. Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, mit Wilhelm Wolf sehr oft in dessen Wohnung in der Wiener Hofburg in einem kleinen Kreis zusammenkam, zu dem Paula von Preradovich ebenso wie Ernst Molden gehörten – also Personen, die nach den Nürnberger Rassengesetzen zu eliminieren waren –, um dort von der Philosophie her den Nationalsozialismus zu bekämpfen, weiß, daß derartige Behauptungen, wie sie Hanisch aufstellt, nicht den Tatsachen entsprechen. Dies ist auch publiziert, nur geht Hanisch auf diese Publikationen nicht ein.

Darüber hinaus fällt auf, daß Ernst Hanisch offenkundig kein objektiver Beurteiler des Katholizismus in Österreich ist, denn seine Kritik an dem Buch von Maximilian Liebmann über Kardinal Innitzer<sup>8)</sup> ist keineswegs berechtigt. Schon früher hat Ernst Hanisch über den österreichischen Katholizismus zwischen Anpassung und Widerstand 1938–1945 geschrieben; er erwähnt aber in keiner Weise die zum Teil geradezu großartige Widerstandsführung durch die österreichischen Katholi-

<sup>6)</sup> Peter Broucek, Ein General im Zwielflicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des „Tausendjährigen Reiches“, Wien 1988.

<sup>7)</sup> Wilhelm Wolf, Hundert Jahre Österreich. Politik und Dichtung, hrsg. von Berta Wolf, Salzburg 1940.

<sup>8)</sup> Maximilian Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938, Graz 1988; Maximilian Liebmann und Mitautoren, 1934–1938. Konflikt und Versöhnung, in: Christliche Demokratie, Wien, Sonderheft, 1984. Es sei nicht übersehen, daß es sehr unseriöse Publikationen zu Innitzer und zur Kirche zwischen 1933 und 1939 bzw. 1945 gibt, beispielsweise Viktor Reimann, Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien 1967, oder Karlheinz Deschner, Mit Gott und dem Führer, Köln 1988, die bei Hanisch unerwähnt bleiben.

ken. Nicht wird auch erwähnt, daß in der Zeit des Dritten Reiches überall in Österreich, solange dies noch nicht gänzlich verboten war, die Fronleichnamsprozessionen einen ungeheuren Zulauf hatten, der nur durch den politischen Widerstand erklärbar war, wobei z. B. in Klagenfurt die Gegenkundgebungen der NSDAP kläglich scheiterten und keine Teilnehmer fanden.

Zu erwähnen wäre auch, daß Ernst Hanisch auf Seite 43 behauptet, die ‚Brückenbauer‘ — womit er offenbar auch Wilhelm Wolf meint — hätten an strategisch entscheidenden Stellen die Unabhängigkeit Österreichs untergraben und bis 1945 dem NS-System gedient. Natürlich stützt sich Hanisch dabei im wesentlichen nur auf die heutige links-extremistische, betont antideutsche Zeitgeschichtsschreibung mit ihren Vertretern<sup>9)</sup>, aber schon längst weiß man, daß die sogenannten Brückenbauer, womit die gesamtdeutsch orientierten Katholiken Österreichs in der Zeit 1918 bis 1938 gemeint sind, schon sehr bald nach dem erfolgten Anschluß sich mit Entsetzen vom NS-System trennten.

Hanisch sieht eine Widerstandstätigkeit in Österreich nur von linker Seite (Kommunisten und Sozialdemokraten) als gegeben an, die konservative, sehr starke Widerstandsbewegung O 5 wird von ihm bagatellisiert und die ebenfalls konservative Widerstandsbewegung W-Astra völlig verschwiegen, obwohl gerade diese beiden Widerstandsbewegungen einschließlich der Gruppe um Roman Scholz in erster Linie den Nationalsozialismus bekämpften und vor allem Hitler eliminieren wollten, dies auch unter Anwendung von Waffengewalt. Dazu wäre auch noch zu bemerken, daß gerade diese Widerstandsgruppen mit jenen um Schlabrendorff, Stauffenberg und von Halem sehr aktiv zusammenarbeiteten.

Die Frage nach der österreichischen Nation hat im Widerstand in Österreich in den konservativen Gruppen kaum zur Diskussion gestanden, wenn man davon absieht, daß selbstverständlich die meisten dieser Widerstandsgruppen die alsbaldige Wiederherstellung eines unabhängigen und selbständigen Österreich wünschten. Zu berücksichtigen ist hierbei aber, daß der sogenannte Anschluß gerade in der Nachbarschaft, nämlich in Ungarn wie auch in anderen Nachbargebieten einschließlich Italiens<sup>10)</sup> sehr positiv beurteilt wurde, was auch nicht gerade dazu diente, den Widerstand in Österreich zu stärken.

Nicht begreiflich also ist, daß Ernst Hanisch den sehr aktiven, wenn auch nur teilweise erfolgreichen österreichischen Widerstand in seinen Beziehun-

gen zu anderen Widerstandsgruppen außerhalb des Deutschen Reiches verschweigt. Daß es unter dem noch heute lebenden Dr. Max von Riccabona aus Feldkirch in Paris die Widerstandsgruppe Entraide Autrichien gab (nach der Besetzung von Frankreich kam Riccabona ins Konzentrationslager Dachau), die Aktion Dobretsberger, die Aktionen Richard Redler in Kanada, die sehr konkreten Querverbindungen zur konservativen französischen Résistance im besetzten Paris (u. a. durch den Verfasser dieses Kommentars) — all dies wird, obwohl durchaus längst dokumentarisch belegt, völlig verschwiegen.

Um nochmals auf die Frage der österreichischen Nation zurückzukommen, so stellt Ernst Hanisch dar, daß es eine österreichische Nation gebe, die erst während des Widerstandes gegen das Dritte Reich sich gebildet habe. Schon auf den ersten Blick muß man aber dazu bemerken, daß es eine österreichische Nation nur dann gibt, wenn man darunter eine Konsensualnation, also eine Staatsnation (Summe der Staatsbürger) versteht. Es muß immer wieder betont werden, daß es keine deutsche Nation gibt, was der Verfasser dieser Darstellung wiederholt — auch in „Aus Politik und Zeitgeschichte“<sup>11)</sup> — betont hat, selbst wenn die sogenannten Redner an die deutsche Nation etwas anderes dartun.

Auf das so grundlegende Verhältnis zwischen Bund und Ländern, das auch zu Fragen des Widerstandes und solchen der sogenannten österreichischen Nation von entscheidender Bedeutung ist, geht E. Hanisch in diesem Zusammenhang nicht ein. Zur heutigen Republik haben sich die ehemaligen im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder vereinigt, dies in einer völlig souveränen Art und Weise, und zwar auch unter Teilnahme der Sudetenländer deutscher Sprach- und Volkszugehörigkeit sowie der Südtiroler. Die alemannischen Vorarlberger haben beispielsweise mit dem bajuwarisch orientierten Österreichertum oder mit den in Kärnten sich auswirkenden fränkischen Gruppen oder mit dem erst seit kurzem überhaupt zu Österreich gehörigen Salzburg historisch nur sehr wenig zu tun. Hier von einer österreichischen Nation zu sprechen, ist nur möglich, wenn man die Nation als das sieht, was ihr in der völkerrechtlichen Terminologie zukommt, nämlich die Summe der den Staat bildenden oder auch ihn bejahenden

<sup>11)</sup> Theodor Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk. Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/73. Darin wird die These vertreten, daß es keine deutsche Nation gebe, da Nation ein politischer Begriff sei, ebenso aber auch keine österreichische Nation, die Prof. Hanisch unter Verkennung der juristischen Komponente, obzwar in Einklang mit der sonstigen „linken“ österreichischen politischen Literatur von heute so sehr herauszuarbeiten sucht. Siehe auch Theodor Veiter, Deutschland und das deutsche Volk als Rechtsbegriffe, in: Internationales Recht und Diplomatie, (1967), S. 21—36.

<sup>9)</sup> Vgl. etwa die Zusammenstellung in: 1938, Wien 1988.

<sup>10)</sup> Vgl. Theodor Veiter, Bibliographie zur Südtirolfrage 1945—1983, Wien 1984, Fortsetzungsband im Erscheinen.

Staatsbürger, aber keineswegs eine ethnische Gemeinschaft.

Bei dieser ganzen Sachlage kann man nicht davon sprechen, daß — auch wenn da und dort und vor allem von Hanisch das immer wieder behauptet wird — über Nacht eine österreichische Nation im ethnischen Sinne zwischen 1938 und 1945 entstanden sei. Natürlich ist es durchaus möglich, daß es zu einer solchen ethnischen österreichischen Nation kommt und die Österreicher eines Tages, soweit sie deutschsprachig sind, gar nicht mehr dem deutschen Volk zugehören. Historische Beispiele wie z. B. hinsichtlich der Niederländer zeigen, daß das möglich ist und auch die schweizerische „Willensnation“ läßt hier nachdenklich werden. Sicherlich gibt es die wohl selbstverständliche Bemühung um eine österreichische Konsensualnation und deren Anerkennung nach den leidvollen Jahren der Okkupation durch das Deutsche Reich im März 1938 — eine Konsensualnation, an die viele nicht geglaubt hatten; der von Hanisch so sehr abgelehnte autoritäre Ständestaat hatte von 1933 bis 1938 gerade darum erbittert gekämpft (und nicht die Sozialdemokraten, wie die Renner-Erklärung vom 3. April 1938 zum Anschluß deutlich machte). Aber die These von Ernst Hanisch, daß es eine eigene österreichische Nation im ethnischen Sinne gebe, ist noch immer unrealistisch, trotz

mancher derartiger Gedankengänge wie etwa in der Zeitschrift „Die österreichische Nation“.

Das zwar von Ernst Hanisch nicht erfundene, von ihm aber in den Rang eines Glaubensartikels erhobene Schlagwort vom Austrofaschismus und von der heutigen Notwendigkeit einer österreichischen Antifaschismus-Bewegung, derzeit verkörpert im völlig überflüssigen Propagandabetrieb um das Wiener Mahnmal gegen Krieg und Faschismus des kommunistischen Künstlers Alfred Hrdlicka, wurde wohl am präzisesten ins rechte Lot gerückt durch Alexander Vodopivec<sup>12)</sup>, einen der bedeutendsten, allerdings christlich-konservativen Zeitgeschichtler im heutigen Österreich.

Nichts gegen Ernst Hanisch und seine Forschungen, die beachtlich sind. Aber: Österreich besteht nicht nur aus Linksozialisten und Kommunisten und ein Kampf — heute — gegen den Austrofaschismus ist sinnentleert. Objektive Abwägungen sind im wissenschaftlichen Bereich wichtiger als politische Glaubensartikel.

*Prof. Dr. Theodor Veiter, Feldkirch*

---

<sup>12)</sup> Alexander Vodopivec, Dialektik des Antifaschismus, Leitartikel in den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 30./31. Juli 1988.

# Österreichs Geschichte soll dem internationalen wissenschaftlichen Standard gemäß geschrieben werden

Von Karl R. Popper habe ich gelernt: Kritik ist das Salz der Wissenschaft; sie ist für den Kritisierenden keine Schande, sondern eine Ehre; sie hilft ihm exakt zu denken, Widersprüche zu vermeiden, differenzierter zu formulieren.

Von der Kritik Theodor Weiters kann man drei Schichten abheben: eine erste Schicht, die von Unterstellungen, vagen politischen Zuschreibungen, ressentimentvollen, vor allem auch von inner-vorarlbergischen Querelen geprägt ist. Auf dieser Ebene werde ich nicht antworten. Festzuhalten ist allerdings, daß Theodor Weiter eine These meines Beitrags ungewollt bestätigt, die These nämlich, wie wenig professionell die Zeitgeschichtsforschung in Österreich ausgerichtet ist, wie sehr wissenschaftliche Laien, die ihre Rolle als Zeitzeugen mit der Rolle des Wissenschaftlers verwechseln, häufig die Diskussion bestimmen. Eine zweite Schicht besteht aus Kritikpunkten, die ich akzeptieren kann, die mir vielleicht auch weiterhelfen. Die dritte Schicht machen Kontroversen aus, die unterschiedliche Bezugfelder betreffen, die verschiedene Lösungen ermöglichen, die aber alle im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses bleiben.

1. Theodor Weiter hat recht. Ich hätte sein Buch „Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich“ (Wien 1984) zitieren sollen. Er hat aber unrecht, wenn er meint, ich hätte sein Buch nicht gelesen. Weiter moniert des weiteren, daß ich den dritten Band der Erinnerungen von Edmund Glaise von Horstenau nicht zitiere. Ich bin nun einmal der altmodischen Ansicht, daß ein Autor nur das zitieren darf, was er wirklich gelesen hat. Der dritte Band des großangelegten Erinnerungswerkes ist im Frühjahr 1988 erschienen. Weiter wird mir wohl zubilligen, daß ein Aufsatz, der am 8. Juli 1988 erscheint, einige Monate früher geschrieben werden muß. Zu diesem Zeitpunkt war das Buch noch nicht am Markt. Daß ich zahlreiche andere Werke zum „Ständestaat“ nicht erwähnt habe, hat einen sehr einfachen Grund: Der „Ständestaat“ als solcher war nicht mein Thema, nur ein Hinweis auf die zusammenfassende Diskussion (Anm. 13 meines Beitrags) war angebracht. Allerdings mutet es schon recht merkwürdig an, wenn mein Kritiker Rechtfertigungsschriften von wesentlichen Trägern des „Austrofaschismus“ wie die von Otto Ender und Leopold Kunschak als „objektive Darstellungen“ bezeichnet. Welchen Sinn es im übrigen haben soll, in einer wissenschaftlichen Publikation rechtsextreme Pamphlete zu erwähnen, muß mir Th. Weiter erst noch erklären.

Für die persönlichen Informationen über die Person Wilhelm Wolfs bin ich meinem Kritiker dankbar. Er muß aber das erwähnte Buch „Hundert Jahre Österreich. Politik und Dichtung“ (Salzburg 1940) schon vor sehr langer Zeit gelesen haben, sonst wären ihm (hoffe ich zumindest) die eindeutig antisemitischen Charakterisierungen des Hofmannsthal-Kreises doch wohl noch im Gedächtnis (z. B. auf Seite 99).

Daß der kurze Absatz über die slowenischen Partisanen höchst unzureichend ist, weiß niemand genauer als der Verfasser. Mir ging es lediglich darum, diese sensible Materie zumindest in den Grundrissen zu skizzieren. Im übrigen zeigt sich gerade beim Partisanenproblem, wie ideologisch fragmentiert die bisherigen Darstellungen allesamt sind.

2. Der Typus der Herrschaft, der sich in Österreich ab 1933 entwickelt hat, wird seit mehr als fünfzig Jahren kontrovers diskutiert. Das hängt mit politischen und ideologischen Grundüberzeugungen zusammen, die nicht einfach über Bord zu werfen sind. Jede der verwendeten Typenbezeichnungen „Ständestaat“, „autoritäres Regime“, „Austrofaschismus“ oder „Klerikofaschismus“ ist problematisch und charakterisiert das österreichische Herrschaftssystem dieser Zeit nur unzureichend; obendrein hat sich das System auch laufend verändert. Hier ist die Diskussion so festgefahren, daß auf dieser Ebene kein Fortschritt zu erwarten ist. Weiterkommen werden wir nur, wenn die empirische Forschung stärker forciert wird. Weder sind die Herrschaftsträger genau identifiziert, noch liegen gehaltvolle Analysen der politischen Eliten vor, noch wissen wir genügend über die ökonomischen Interessenslagen: Welcher Teil der österreichischen Wirtschaft unterstützte Dollfuß, welcher setzte auf die deutsche Option und aus welchen Gründen usw.? Die von Weiter verlästerten Vorarlberger Zeitgeschichtler haben zumindest regional zu dieser Frage neue Erkenntnisse erbracht (z. B. Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938, Wien 1983).

Daß die Niederwerfung des NS-Putschversuches vom Juli 1934 von seiten der Heimwehr teilweise brutal geschah, ist unbestritten. Kein Verständnis habe ich allerdings für die Gleichsetzung des Februar 1934 mit dem Juli 1934. In dem einen Fall ging es um die Verteidigung der Demokratie, im anderen Fall um die Etablierung der NS-Herrschaft in Österreich — das ergibt doch wohl einen gravierenden Unterschied.

Ebenso unbestritten ist die Widerstandsleistung österreichischer Katholiken. Ich habe in meinem Beitrag doch herausgehoben, daß die Konservativen (mehrheitlich Katholiken) mit 44,5 Prozent die zweitstärkste Gruppe des österreichischen Widerstands stellten. Diese Tatsache darf jedoch nicht dazu führen, die Kooperationsversuche der katholischen Kirche mit dem NS-Regime zu übersehen und die verheerende Wirkung der katholischen „Brückenbauer“ auszuklammern. Wenn Veiter ausgerechnet von mir die Berücksichtigung der Zentrum-Peripherie-Spannungen einfordert, dann wird jeder Kenner der österreichischen Historiographie der letzten zehn Jahre nur lächeln können. Ich verzichte auf eine Aufzählung meiner diesbezüglichen Arbeiten.

Interessanter (und auch aktueller) ist das Thema „Widerstand und österreichische Nationsbildung“. Die deutschen Kollegen werden sich gewiß wundern, wenn aus Vorarlberg apodiktisch verkündet wird: Es gibt keine deutsche Nation! Wie dem auch sei — ich jedenfalls habe nie einen ethnischen Nationsbegriff verwendet, wie mir Veiter unterstellt. Ich bin stets von einer (sozial-wissenschaftlich inspirierten) „Nationsbildung“ in der Gefolgschaft von Karl W. Deutsch, Stein Rokkan und Ernst Gellner ausgegangen, einer Nationsbildung, die als offener Kommunikations- und Mobilisierungsprozeß konzipiert ist. Diese Nationsbildung kann in die eine Richtung gehen, in die Richtung einer „deutschen“ Nation, sie kann aber auch stoppen, umkehren und in eine andere Richtung, sprich: in die österreichische, gehen. Für ein sol-

ches Konzept ist die „deutsche“ ethnische Herkunft der meisten Österreicher, die Verwendung der „deutschen“ Sprache, ein Faktor unter anderen.

Für einen solchen Einstieg ist auch eine emphatische Ablehnung der jahrhundertlang gemeinsamen „deutschen“ und „österreichischen“ Geschichte im alten Reich und im Deutschen Bund unnötig, wenn gleichzeitig auch die gemeinsame österreichisch-tschechische, österreichisch-ungarische, österreichisch-polnische etc. Geschichte mitberücksichtigt wird. Die aufgeregte Reaktion einiger österreichischer Historiker über die Einbeziehung Österreichs in das „Deutsche Historische Museum“ in Berlin ist so notwendig wie ein Kropf. (Auch mir wäre allerdings ein Standort Frankfurt/M. lieber als ausgerechnet Berlin!)

Selbstverständlich kann ein so komplizierter Prozeß wie eine Nationsbildung nicht über Nacht gelingen (auch nicht in der nationalsozialistischen Nacht), wie mir Veiter unterschiebt. Was ich behauptet habe, war lediglich, daß der Widerstand *ein*, d. h. also nicht der einzige Nukleus der österreichischen Nationswerdung darstellt. Mehr nicht. Von einem Kritiker sollte man doch verlangen dürfen, daß er den kritisierten Text zumindest genau liest.

Mit dem letzten Satz der Veiterschen Kritik jedenfalls stimme ich voll überein: „Objektive Abwägungen sind im wissenschaftlichen Bereich wichtiger als politische Glaubensartikel.“

*Prof. Dr. Ernst Hanisch, Salzburg*

### **Manfred Funke: München 1938: Illusion des Friedens**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/88, S. 3–13

Aus militärstrategischen Gründen suchte Hitler die Tschechoslowakei zu beseitigen. Deren Bündnisse mit Moskau und Paris jedoch sowie starke militärische Befestigungen und das Vertrauen auf britische Protektion veranlaßten Prag zum trotzigem Widerstand gegen den wachsenden Druck aus Berlin. Prags Unnachgiebigkeit versuchte Hitler deshalb nicht nur mit Gewaltandrohung von außen sondern auch durch unannehmbare Autonomieforderungen seitens der Sudetendeutschen im tschechoslowakischen Staatsverband zu zermürben. Entsprechend bekam die Sudetendeutsche Partei vom Auswärtigen Amt in Berlin den Auftrag, von der Prager Regierung immer mehr zu verlangen als diese zugestehe, um die politische Sprengkraft in der Tschechoslowakei zu steigern. Parallel dazu inszenierte Droh-Reden Hitlers und grenznahe militärische Demonstrationen mußten in Europas Hauptstädten als brutale Entschlossenheit des deutschen Diktators gedeutet werden, der wegen der Sudeten einen neuen Krieg mit den Westmächten riskieren zu wollen schien.

Um den Frieden in Europa zu retten, fügten sich die Ministerpräsidenten Italiens, Englands und Frankreichs dem Münchener Verhandlungsdiktat. Das der Tschechoslowakei zugemutete Opfer war kein Beleg blinder Appeasement-Politik. Großbritannien als Schlüsselkraft Europas war aufgrund seiner weltweit bedrohten Empire-Interessen und des erheblichen Rüstungsdefizits weder willens noch fähig, wegen der das Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich reklamierenden Sudeten einen Präventivkrieg auszulösen. Ein solcher war faktisch in Frankreich und England um so weniger durchsetzbar, als Hitler pathetisch mehrfach versicherte, nach dem Anschluß der Sudeten an das Deutsche Reich keine weiteren territorialen Forderungen mehr zu haben.

### **Anselm Faust: Die „Reichskristallnacht“: Der Judenpogrom vom November 1938**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/88, S. 14–21

Der Judenpogrom im November 1938 war eine an das In- und Ausland gerichtete Inszenierung der nationalsozialistischen Machthaber. Anlaß der gelenkten Ausschreitungen war das Attentat des polnischen Juden Herschel Grünspan auf den deutschen Legationssekretär vom Rath. Durch teils mündliche, teils schriftliche Befehle aus München und Berlin waren Organisation und Ablauf der „Reichskristallnacht“ vorgegeben, weshalb sie überall nach demselben Muster vonstatten ging, wenngleich nicht jede Einzelheit den Intentionen ihrer Anstifter entsprach.

Der Pogrom und die anschließenden Maßnahmen waren weniger als Rache- und Sühneakte, sondern in erster Linie als Mittel zur Intensivierung der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik gegenüber den Juden konzipiert. Gleichwohl war der Pogrom ebenso wenig das Resultat vorausschauender Planung, wie er ein impulsiver Revancheakt der Bevölkerung war. Insbesondere die Analyse der jeweiligen Vorgänge vor Ort zeigt, daß er aus einer Vielzahl hastig befohlener und flüchtig koordinierter Einzelaktionen bestand. Ein „Vorausignal für Auschwitz“ war der Pogrom letztlich nicht, da sich keine gerade historische Entwicklungslinie zwischen den Ereignissen des November 1938 und der systematischen Vernichtung der Juden in den Lagern Osteuropas ziehen läßt.

Die Novemberereignisse scheinen die Polarisierung der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der Judenpolitik des Regimes vertieft zu haben. Die Judenfeinde fühlten sich gerechtfertigt und ermuntert, während sich die Gegner der antijüdischen Politik bestätigt sahen und viele bislang Gleichgültige nicht länger unberührt blieben. Die allgemeine Stimmung im Herbst und Winter 1938/39 hat die „Reichskristallnacht“ indes nicht geprägt.

### **Wolfgang Benz: Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus 1933–1939**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/88, S. 22–33

Das deutsche Judentum verhielt sich angesichts der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ zunächst in seiner Mehrzahl ängstlich abwartend. Zumeist fühlte und dachte man „deutsch“ und hoffte auf die schützende Kraft von Recht und Gesetz, die Mäßigung der Nationalsozialisten durch internationale Einflüsse und die Hilfe des Reichspräsidenten Hindenburg.

Unter dem Druck nationalsozialistischer Pressionen schlossen sich dann jedoch – wenn auch nur zögernd – die jüdischen Reihen, und insbesondere die Zionisten drängten auf innere Erneuerung, eine bewußte und demonstrative Hinwendung zum Judentum. Unter dem Dach des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“ bemühten sich seit April 1933 alle wichtigen jüdischen Organisationen, den in der deutschen Gesellschaft zusehends isolierten und verarmenden Juden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unterstützung zu geben. Die schlimmste Diskriminierung der deutschen Juden bestand schließlich darin, daß der Nachfolger des Zentralausschusses – die 1938 von den Nationalsozialisten verordnete und eingesetzte „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ – von 1939 bis 1943 gezwungen wurde, für die Verfolgung und Vernichtung der Juden administrative Hilfsdienste zu leisten.